Sonderbeilage zu ak - analyse+kritik

4,50€ nr. 5 - sommer 04

FANTÔMAS

magazin für linke debatte und praxis

REISEPASS
PASSPORT
PASSEPORT

STAAT UND AUTONOMIE

3 **Editorial**
4-5 Von einem Staat zum andern – und raus.
Von **Redaktion *Fantômas***

Theorien des Staates 6-27
Von Stellungs- und Bewegungskriegen – Kämpfe im und um den Staat.
Eine Einführung in die materialistische Staatstheorie
Von **Ingo Stützle** 7

Wer hat Angst vorm bürgerlichen Staat? Vom Staatsfetischismus
zur Gouvernementalität – und weiter
Von **Stefanie Graefe** 11

Postscriptum über die Kontrollgesellschaft.
Von **Gilles Deleuze** 16

Schwanengesänge der alten Ordnung. Die Zukunft des Kapitalismus.
Ein Überblick über aktuelle Debatten
Von **Moe Hierlmeier** 19

Das Gespenst der Migration.
Krise des Nationalstaats und Autonomie der Migration
Von **Manuela Bojadžijev, Serhat Karakayalı, Vassilis Tsianos** 24

28-57 Praxen der Autonomie
29 Das Öl des 21. Jahrhunderts.
Staat und Autonomie in den Kämpfen um die Kontrolle des Wissens
Von **Oliver Moldenhauer**

31 Löcher im Staat. Über zwei Versuche, die Demokratie zu praktizieren
Von **Thomas Seibert**

34 Multiples
Von **Bernhard Eberle**

37 Staat anstelle des Staates. Politische Ordnung, sozialer Krieg
und Selbstorganisation in den Favelas von Rio. Ein Reisebericht
Von **Susanne Dzeik**

41 Zerstört die Zähler, genießt das Wasser!
Globale Konzerne, lokaler Staat und soziale Bewegung in Johannesburg
Von **Patrick Bond**

46 Landkarten für die Territorien des Prekären.
Im Transitbereich zwischen Arbeit und Nicht-Arbeit
Von den **precarias a la deriva**

52 Spektakel diesseits und jenseits des Staates.
Soziale Rechte und Aneignung öffentlicher Räume: die Kämpfe der französischen Intermittents
***GlobalProject*/Koordination der Intermittents**

54 Außerhalb der Apparate. Die Transnationalität der Gewerkschaften lässt auf sich warten
Ein Gespräch mit **Helmut Weiss**

Dichtung und Wahrheit 58-63
Der Riss ins Dunkle. Auszüge aus den „Arsenikblüten“
Von **Danielle Sarréra** 59

Glossar 61

Bernhard Eberle – Multiples
Von **Petra Gerschner und Michael Backmund** 63

Staat und Autonomie. *Fantômas* 5

Man könnte mal was zum Staat machen. Genauer gesagt: ein Heft. Das müsste eins sein, soviel war klar, das sich dem Staat nicht ergibt. Und dann geht es darum: den Staat nicht ohne die Autonomie im und vom Staat zu denken.

Braucht man dafür Staatstheorie? Ganz bestimmt ja – und ganz bestimmt nicht im Singular. Statt dessen: Ansätze, die, wie auch immer, den Staat als Dynamik denken, die von sozialen Kämpfen ebenso angetrieben wie angegriffen wird, ohne dass diese Kämpfe auf den Staat zu reduzieren wären. Die Suche danach führt zurück zu den „Klassikern" linker Staatstheorie wie über diese hinaus, was die Beiträge im ersten Teil des Heftes unter der Überschrift „Theorien des Staates" zeigen. Von Gramsci, Althusser und Poulantzas über Foucault und Deleuze bis hin zur Kontroverse um die gegenwärtige Krise des Nationalstaats, die transnationalen Linken ihre Aufgaben stellt; etwa die, die Autonomie der Migration vor dem Hintergrund der Neuzusammensetzung der globalen Arbeitskraft zu begreifen.

Jedoch: Ein fest zugesagter Text zum Thema queer-/feministische Theorien und Kämpfe um Staat wurde uns so kurz vor der Produktion abgesagt, dass wir ihn nicht ersetzen konnten. Damit fehlt ein entscheidender Beitrag, gerade weil queer-/feministische Perspektiven und Kämpfe in den anderen – „klassischen" wie neueren – Ansätzen wie stets allenfalls implizit abgehandelt werden. Eine Theorie von Staat, die uns interessiert, wird auch in der Gegenwart eine sein müssen, die antipatriarchale Kämpfe nicht als Unterkategorie des allgemeinen Klassenkampfs und eine feministische Perspektive nicht als bloße Umschrift neomaterialistischer Ansätze versteht. Das zu präzisieren werden wir – hier oder in *ak* – nachholen.

Von den Theorien des Staates zur Autonomie der Praxen. Die Beiträge im zweiten Teil des Heftes sind ausgehend von heutigen Kämpfen geschrieben, deren gemeinsames Merkmal ist, dass sie die herkömmliche Trennung „etatistischer" von „antietatistischer" Politik überschreiten: die Kämpfe von WissensproduzentInnen weltweit gegen die Durchsetzung und Ausweitung geistiger Monopolrechte, von brasilianischen Landlosen für das Recht auf Land und Existenz, von FavelabewohnerInnen um die Organisation des Überlebens, von SüdafrikanerInnen gegen die Umwandlung öffentlicher Güter wie Wasser oder Strom in Waren, von Madrider Prekären um Sichtbarkeit und soziale Rechte, von französischen „Intermittenten" gegen Prekarisierung und den Ausverkauf von Kunst, außerdem von (un-)möglichen transnationalisierten Arbeitskämpfen.

Schließlich: Dichtung und Wahrheit. Wer sich zwischen den staatstheoretischen und -praktischen Begriffen verirrt, findet Orientierung im Glossar. Danielle Sarréras „Arsenikblüten" zeigen, wie eine Poesie klingt, die von dort kommt, wo der Staat am fernsten ist. Und schließlich verweist der letzte Text auf einen neuen Anfang. Denn er stellt ein künstlerisches Projekt vor: Bernhard Eberles Multiples „Reisepässe". Diese durchziehen das Heft und materialisieren damit auch eine Entscheidung: den Bildern in *Fantômas* mehr Autonomie einzuräumen. Folgende Überlegungen haben dahin geführt, die bisherige Konzeption der „Bebilderung" zu verändern.

Ein Experiment

Texte muss man lesen, um sie zu verstehen. Manchmal sogar zwei oder drei Mal, um Inhalt, Kontext, Semantik, aber auch Andeutungen, Nebenlinien und Intention der Autorin, des Autors oder des Kollektivs nachvollziehen zu können. Gerade die lustvolle Aneignung von kreativen und komplexen Texten setzt voraus, Basis, Geschichte und Verlauf eines Diskurses einordnen zu können. Dafür ist es hilfreich, mehr zu wissen, als das Alphabet. Oft erschließen sich erst dann Verweise und weitere Rezeptionsebenen der Texte. Es gibt die unausgesprochene Übereinkunft darüber, dass ein Text, der sich beispielsweise auf marxistische Begriffe bezieht, besser zu verstehen ist, wenn man schon einmal in den Blauen Bänden geblättert hat.

Kunst und Kultur sind Teil des gesellschaftlichen Prozesses – ein Aussparen dieses Diskurses schafft analytische Leerstellen. Fotos, Bilder oder künstlerische Projekte verstehen sich nicht als simple Illustration von Buchstaben – auch wenn sie allzu häufig dazu verwendet werden. Sie sind eigenständiger Ausdruck eines kreativen Prozesses. Kunst verlangt also auch „gelesen", betrachtet, erspürt und erfahren zu werden und setzt voraus, sich darauf einzulassen: Sie kann einem gefallen oder nicht, man kann sie inhaltlich ablehnen oder sich magisch angezogen fühlen. Für Texte gibt es inhaltliche und handwerkliche Kriterien, die über subjektive Geschmacksfragen hinausgehen – nicht anders ist es bei Kunst.

Ab dieser Nummer starten wir deshalb ein Experiment: *Fantômas* wird zukünftig in Bezug zur aktuellen Themensetzung eigenständige künstlerische Projekte und die Künstlerinnen und Künstler präsentieren. Die Text- und die neue Bildredaktion gehen damit ein Kommunikationsprojekt zwischen politischer Debatte und künstlerischer Produktion ein. Das kann für uns und die Leser und Leserinnen manchmal eine echte Herausforderung sein. Manchmal auch eine Zumutung: Man muss sich dann nicht nur mit den Texten plagen, sondern auch noch mit den visuellen Beiträgen.

Doch Kunst und Texte in *Fantômas* plagen nicht nur. Sie sollen auch helfen, „diesem für unsere unerfüllten Aussichten zu kleinen Ort" (Sarréra) wenigstens temporär zu entwischen und andere Möglichkeiten des Aufenthalts in Betracht zu ziehen.

Von einem Staat zum andern – und raus.

Es gibt verschiedene Gründe, sich mit Staatstheorie zu befassen; der erste liegt immer noch darin, im eigenen Leib und Leben Staat und Staatlichkeit auch dann ausgesetzt zu sein, wenn man darauf gar keine Lust hat. Dringlich wird die Sache, will man sich vom Staat befreien. Noch mal dringlicher, wenn sich der „Staat" genannte Zusammenhang gesellschaftlicher Praxen rasant wandelt, von einem Tag zum andern, sich zugleich aber sowohl die Bewegung als auch die Theorie – selbst wenn sie das wollten – nur in anmaßender Verkennung „revolutionär" nennen könnten. Das ist ganz offensichtlich unsere Situation. In der geht es deshalb um Navigation auf kurze Sicht, um Selbstverständigung auf Probe, zapatistisch gesprochen: um ein fragendes Vorangehen. „Konkrete politische Aufgaben", schrieb Lenin ehedem, „muss man in der konkreten Situation aufstellen. Alles ist relativ, alles fließt, alles ändert sich. (...) Es gibt keine abstrakte Wahrheit. Die Wahrheit ist immer konkret."

I.

Die Demonstrationen des 1. 11. 2003 und des 3. 4. 2004 hierzulande zeigen deutlich, dass die neoliberale Hegemonie brüchig wird und Widerstand sich – um ein seit Jahren selten gehörtes Wort zurückzurufen – „massenhaft" in Bewegung setzt. Sie zeigen aber auch, dass von ideologischer, erst recht von organisatorischer Autonomie solcher Bewegung kaum die Rede sein kann. Zu gering der Abstand von Staat und Ökonomie, zu stark der Wunsch, mit den Mächtigen noch einmal ins Gespräch zu kommen, zu groß die Bereitschaft, Anschluss zu halten an die von oben inszenierte „Reformdebatte". Zu schwach vor allem der Wille, schon in der Form des eigenen Auftritts einen neuen Raum zu eröffnen, ein neues Spiel zu spielen. Beruht die Stärke neoliberaler Herrschaft wesentlich darin, offenbare Unzufriedenheit und Widerspenstigkeit auf „Politikverdrossenheit" zu reduzieren, laufen Proteste, die sich den Spielregeln klassischer Repräsentationspolitik fügen, Gefahr, Teil des Problems zu bleiben. Das gilt, um hier jedes Missverständnis auszuschließen, für den Vorsitzenden Sommer nicht weniger als für das letzte Aufgebot sozialistischer Arbeiterparteien „in Gründung". Let's sing another song, folks, this one has grown old and bitter.

II.

Trotzdem markieren die Demonstrationen einen in seinen Möglichkeiten noch gar nicht ausgeloteten Bruch. Denn ohne Zweifel befindet sich der historische Block von sozialdemokratischer Partei, sozialpartnerschaftlicher Einheitsgewerkschaft und nationalem Sozialstaat in fortschreitender Zersetzung. Es war aber gerade dieser Block, der die Linken in Deutschland spätestens seit den 1920er Jahren zu aus eigener Kraft nicht zu sprengender Marginalität verdammte – mit Folgen, die nach '68 noch die Neue Linke entweder zur Anpassung oder zur Selbstbeschränkung aufs eigene Milieu zwangen. Das fällt jetzt weg. Zwar ist keine gesellschaftliche Kraft in Sicht, die das Vakuum besetzen will. Das aber ändert an dessen Öffnung nichts. Sozialdemokratische Partei, sozialpartnerschaftliche Einheitsgewerkschaft und nationaler Sozialstaat sind für immer mehr Leute kein Projekt, keine Option mehr. Hier nicht, und anderswo noch weniger.

III.

Die Schwäche der „Bewegung gegen den Sozialkahlschlag" – wie, in anderer Weise, der globalisierungskritischen Bewegung – besteht in ihrem defensiven, sozial- und nationalstaatsnostalgischem Charakter. Das darf Linke nicht dazu führen, den Abwehrkampf und damit die Intervention in diese Bewegung zu verweigern. Im Gegenteil: wer soziale Rechte und materielle Garantien, die in sozialen Kämpfen errungen wurden, verteidigt, räumt sich wenigstens die Möglichkeit ein, mit Standortnationalismus und Konkurrenzindividualismus, der Doppelspitze neoliberaler Hegemonie, zu brechen. Das gilt selbst dann, wenn der nationale Sozialstaat die politische Form war, weitergehende soziale Kämpfe einzuhegen und zu befrieden. Wo beginnen, wenn nicht da.

IV.

Genauso verfehlt wäre es aber, dabei stehen zu bleiben und auf neo-sozialdemokratische „Wahlalternativen" zu hoffen, auf die sich die Linken nach Lage der Dinge übrigens einstellen müssen. Die Zersetzung des national-sozialstaatlichen Blocks wird von „neuen Linksparteien" nicht aufgehalten, doch können sie Räume schließen, die autonom noch gar nicht erprobt wurden. Eine schnelllebige Zeit, wie man so sagt. Wie aber geht „Offensive"? Wie lassen sich Abwehrkämpfe subversiv umkehren, die Linke nicht überspringen können, wollen sie nicht einfach nur recht behalten und unter sich bleiben? Zwei Dinge fallen uns da ein: sich Klarheit verschaffen und sich auf die Kämpfe beziehen, und zwar nicht nur auf die, die man vor der Nase hat.

Ad 1: Der nationale Sozialstaat ist wirklich am Ende. Die von den dominanten kapitalistischen Staaten bewusst betriebene De-Regulierung der Kapital-, Finanz- und Wissensströme und die mit ihr einhergehende, von den Informationstechnologien weiter voran getriebene Internationalisierung der Arbeitsteilung haben die Standortkonkurrenz zwischen diesen Staaten soweit verschärft, dass sie nicht länger Sozialstaaten bleiben konnten, sondern „nationale Wettbewerbsstaaten" (J. Hirsch) werden mussten. Deren Ziel aber ist die Schaffung und

Garantie der jeweils bestmöglichen Verwertungsbedingungen für ein transnational freigesetztes Kapital – und sonst *erst mal* gar nichts. Auf der Basis struktureller Massenerwerbslosigkeit entfällt die strategische Grundlage bisheriger Sozialstaatlichkeit, die ja gerade in der Verallgemeinerung hochentlohnter und hochverrechtlichter Lohnarbeit zur tendenziell weltumspannenden „Vollbeschäftigung“ bestand. Die zum System verfestigte Unterbeschäftigung führt im globalen Süden zu gesellschaftlichen Verhältnissen noch unterhalb von Ausbeutungsverhältnissen, drückt aber – wieder in Tendenz – auch im Norden immer mehr prekär Beschäftigte auf den Status von „working poor“ herab, deren Erwerbstätigkeit zur Bestreitung des Lebensunterhalts nicht mehr hinreicht. „Staat“ wird dabei zu dem Zusammenhang gesellschaftlicher Praxis, der diese Tendenzen nach den gegebenen Kräfteverhältnissen zu regulieren sucht. Ohne vorschnell Alarm schlagen zu wollen, ist im „lang anhaltenden Krieg gegen den Terrorismus“ schon jetzt zu erkennen, worauf das im Extrem hinausläuft. Das Angebot zum Mitmachen zielt dabei nicht mehr auf Wohlstand oder erweiterte Rechte, sondern nur noch, aber immerhin auf „Sicherheit“.

Von all dem abgesehen aber war der nationale Sozialstaat, wie Toni Negri anmerkt, immer schon „ein Stück Scheiße“. Staat der nationalen Lohnarbeit, eingerichtet unter systematischer Voraussetzung der asymmetrischen Herrschafts- und Machtverhältnisse zwischen Nord und Süd und West und Ost. Ein Privileg des Nordens und Westens, nicht nur im Norden und Westen zugleich an die Beschränkung jedenfalls einer großen Zahl von Frauen auf unbezahlte Reproduktionstätigkeiten, an deren Abhängigkeit und die Abhängigkeit der Alten, der Kranken, der Jungen vom männlichen „Ernährer“ gebunden. Deshalb ein Staat der weißen Männer, „oben“ wie „unten“. Der nationale Sozialstaat war damit stets ein autoritärer Staat, auch und gerade in den bürokratischen Formen sozialer Sicherung, die er allein auszubilden in der Lage war. Und er war und ist, last but not least, ökologisch ein Desaster.

Ad 2: Die sozialen Kämpfe im lebensweltlichen Alltag wie im weltgesellschaftlichen Zusammenhang wurden immer auch *im*, oft sogar *für* den nationalen Sozialstaat – wurden aber immer *auch* gegen dieses „Stück Scheiße“ geführt. Das aber ist das Wichtigste, wenn es um die Wende aus der Defensive geht. In einer Situation, in der sich Proteste gegen die neoliberale Prekarisierung der Lebens- und Arbeitsbedingungen defensiv an den zurück genommenen sozialstaatlichen Garantien orientieren, gilt es, an die antipatriarchalen, anti-industrialistischen und antirassistischen Revolten wieder anzuknüpfen, die den Sozialstaat und die ihn tragenden und von ihm bestätigten Vergesellschaftungsweisen von links infragestellten.

V.

Auch jenseits des nationalen Sozialstaats – also hier und heute – führt das im ersten Schritt auf soziale Rechte und materielle Garantien zurück. Das hat unüberhörbar mit Staat zu tun und hört doch mit Staat nicht auf. Wer auf seine Rechte pocht oder neue, weiter ausgespannte Rechte erstreiten will, geht, das sagten wir schon, von sich und nicht mehr vom Standort aus, und spricht zugleich nicht nur von und für sich, weil soziale Rechte *Rechte für alle* oder eben Privilegien weniger sind. In der Drift über die Grenzen des nationalen Sozialstaats, in der wir treiben, heißt das von links her: wirklich für alle überall und sowieso für alle, die hier sind. Und: Rechte hat nicht, wer seine Pflichten erfüllt, schon deshalb nicht, weil immer weniger Leute auch nur die Möglichkeit haben, sich beschissenen Pflichten opfern zu dürfen. Das führt im zweiten Schritt auf die Kämpfe zurück. Welche Kämpfe, wo zu beginnen? Zehrten nicht gerade die Reproduktionsstrategien der Linken vom nationalen Sozialstaat, im strategischen Gebrauch der Zeitressourcen einer verlängerten studentischen Existenz wie im JobberInnentum, im alternativökonomischem Experiment wie in der privilegierten Besetzung „kreativer“ oder sozialer Berufe, sogar in der Teilnahme am „Marsch durch die Institutionen“ und nicht zuletzt der individuellen Nutzung sozialstaatlicher Garantien? Das alles tendiert heute gegen Null, und öffnet Linken damit einen Ort, der zum Anfang des Kampfes werden kann, jenseits des nationalen Sozialstaats, historisch, weil es um dessen Wiederherstellung nicht gehen kann, territorial, weil dieser Kampf aus seiner eigenen Dynamik „den funktionalen Zusammenhang der Rechtsordnung des Staats, seines Territoriums und der Zugehörigkeit der Staatsbürger zur jeweiligen Nation“ aufsprengen muss (Bojadžijev u.a., vgl. hier S. 24ff.).

Wir freuen uns auf Kämpfe um transnationale soziale Rechte, die noch zu beginnen sind. Dazu braucht man nicht nur, aber auch Staatstheorie, nicht um des Staates willen, sondern um Autonomie gewinnen zu können, im und gegen den Staat.

Redaktion *Fantômas*

theorien des staates.

staatstheorie, die zu betreiben das vergnügen lohnt, hat das mögliche ende des staates zum ziel. deshalb wendet sie sich zuerst gegen andere staatstheorien – solche, die andere ziele verfolgen, solche aber auch, die dem ziel nicht (mehr) genügen. worum es geht: den staat an sein ende zu denken.

- ☐ *stützle* über stellungs- und bewegungskriege bei gramsci, althusser und poulantzas.
- ☐ *graefe* über selbst- und staatsführung bei foucault und der roten hilfe westberlin.
- ☐ *deleuze* über disziplin und kontrolle in der krise der einschließung.
- ☐ *hierlmeier* über aufstieg und fall des imperiums.
- ☐ *bojadžijev, karakayalı und tsianos* über einschluss und auszug bei agamben, hardt/negri und balibar.

Von Stellungs- und Bewegungskriegen: Kämpfe in und um den Staat

Eine Einführung in die materialistische Staatstheorie

Von Ingo Stützle

Die Arbeiten von Gramsci, Althusser und Poulantzas gelten zu Recht als Klassiker materialistischer Staatstheorie. Ingo Stützle zeigt, dass sie nicht in einem abstrakten Raum entstanden sind, sondern in der Geschichte der Kämpfe.

Dem Staat begegnet man überall: auf Demos, im Sozialamt oder in der Universität. Deshalb haben wir immer schon bestimmte Vorstellungen darüber, was er ist, welche Funktionen er hat und wie er zu anderen gesellschaftlichen Momenten in Beziehung steht. Wenn der Krieg gegen den Irak darauf zurückgeführt wird, dass bestimmte Regierungsfunktionäre der USA in er Ölindustrie beschäftigt sind oder waren, so steckt dahinter die Vorstellung, dass bestimmte Einzelkapitale *unmittelbaren* Einfluss auf die Staatsregierung haben und die Regierungsgeschicke lenken. Wenn in der globalisierungskritischen Bewegung eingeklagt wird, der Staat solle endlich seiner Funktion als Garant des Allgemeinwohls für alle BürgerInnen nachkommen, wird ihm eine Funktion unterstellt, die es nur zu verwirklichen gilt: wenn nötig durch Druck von der Straße. Das sind nur zwei Beispiele. Das politische Bewusstsein ordnet die gesellschaftliche Wirklichkeit nach bestimmten Vorstellungen von Staat, auch wenn keine Theorie vom Staat zugrunde liegt. (1)

Genau das ist der Einsatzpunkt für eine theoretische Beschäftigung mit der Form Staat und seinen Funktionen. Da trotz aller verstreuten, mehr oder weniger hilfreichen Anmerkungen eine Theorie des Staates bei Marx nicht zu finden ist, beginnt eine ausdrücklich materialistische Staatstheorie erst mit Antonio Gramscis Analysen der Oktoberrevolution und der Niederlage der revolutionären Prozesse in Westeuropa. Seine *Kritik der Politik* hat bis heute nichts an Aktualität verloren.

Gramsci – Schützengräben im Klassenkampf

Die zentrale Fragestellung im Werk von Antonio Gramsci (1891-1937) war: Warum gelang die Revolution in einem zurückgebliebenen Land wie Russland, nicht aber in den wirtschaftlich entwickeltsten Staaten des kapitalistischen Westens? Wie war diese Niederlage möglich? Die Niederlage der italienischen Arbeiterbewegung musste er unter den Faschisten am eigenen Leib erfahren: er wurde ins Gefängnis gesteckt und starb an den Folgen der Haft.

Das Scheitern der revolutionären Bewegungen im Westen macht für ihn die Schwachpunkte der gängigen Revolutionstheorien deutlich. Er kritisiert den „revolutionären Attentismus" der II. Internationale, die auf den großen und alles entscheidenden „Kladderadatsch" (Bebel) wartete. Aber in ihrer Hoffnung, die russische „Revolution gegen das Kapital" lasse sich einfach auf den Westen übertragen, werden auch die theoretischen Ausführungen der linksradikalen Organisationen der komplexen Situation nicht gerecht. Deshalb versucht Gramsci, die begriffliche Apparatur der marxistischen Theorie zu erweitern. In seiner Staatstheorie kommt dem Begriff *Hegemonie* ein zentraler Stellenwert zu. Darunter versteht er die Fähigkeit der herrschenden Klassen, ihre Interessen so durchzusetzen, dass sie von den subalternen Klassen als Allgemeininteressen anerkannt werden und sich ein „aktiver Konsens der Regierten" zu einem „historischen Block" materialisiert. Die Hegemonie der herrschenden Klasse in einem historischen Block bedarf allerdings eines realen, materiellen Kompromisses und ist kein bloßer ideologischer Schein. Beispielhaft für einen solchen historischen Block war der sozialstaatliche Klassenkompromiss in der Nachkriegszeit auf der Basis von Fordismus und Keynesianismus.

Den „Ort", an dem soziale Kräfte um Hegemonie ringen, bezeichnet Gramsci als *Zivilgesellschaft*. Damit meint er Institutionen wie Familie, Schule, Kirchen, Militär, und politische Gruppierungen, aber auch Sportverbände und andere Vereinigungen des „bürgerlichen" Lebens. In all diesen Institutionen materialisiert sich die herrschende Ideologie. Deshalb ist die Zivilgesellschaft kein neutrales Terrain, sondern herrschaftsförmig organisiert. Im Blick auf die Zivilgesellschaft unterscheidet Gramsci zwei Modalitäten staatlicher Macht: den Staat im *engeren* Sinn, d.h. den Regierungsapparat und die politisch-juridischen und repressiven Organisationen („politische Gesellschaft"), und den „erweiterten" oder *integralen* Staat, der sich aus der „politischen Gesellschaft" und der „Zivilgesellschaft" zusammensetzt.

Von dieser Unterscheidung her analysiert er dann den Sieg der Oktoberrevolution und die Niederlage der Revolution in Westeuropa. Während in Russland ein Zentrum der Macht erstürmt und zerstört werden konnte, bestand „im Westen zwischen Staat und Zivilgesellschaft ein richtiges Verhältnis, und beim Wanken des Staates gewahrte man sogleich eine robuste Struktur der Zivilgesellschaft. Der Staat war nur ein vorgeschobener Schützengraben, hinter welchem sich eine robuste Kette von Festungen und Kasematten befand" (GH 4, S. 874). Reduzierte sich im Osten Staatsmacht auf repressive Gewalt, war Staatsmacht im Westen „Hegemonie, gepanzert mit Zwang" (GH 4, S. 783).

Die Krise des Marxismus – die Interventionen Althussers

Nach dem II. Weltkrieg kam es im Kalten Krieg zu einer rasanten Restauration kapitalistischer Verhältnisse, während die etablierten kommunistischen Parteien vollständig unter der Hegemonie der KPdSU und damit des Stalinismus gerieten. Die ging so weit, dass sich die französische KP der „Entstalinisierung" der KPdSU nach dem XX. Parteitag widersetzte. Da sie gleichzeitig während der antikolonialen Kämpfe in Algerien keine klare Position bezog, führte sie die traditionelle Arbeiterbewegung in die Stagnation. Auf diese Kri-

se antwortete Jean-Paul Sartres existenzialistischer Marxismus, der auf subjektives Handeln und eine aktivistische revolutionäre Praxis setzte. Die KPF öffnete sich dieser Herausforderung erst spät und orientierte sich in internen Debatten im Rückgriff auf den frühen und humanistischen Marx. Dagegen wollte Louis Althusser (1918 – 1990) Marx mit Erkenntnissen aus Psychoanalyse und Strukturalismus konfrontieren. Die Folge war eine Schule machende Neulektüre des *Kapital*, die bis heute zahlreiche ideologie- und subjekttheoretische Arbeiten inspiriert.







Ideologie und ideologische Staatsapparate (IISA)

Althusser greift in seinem programmatischen Aufsatz „Ideologie und ideologische Staatsapparate" (IISA) die Ideen Gramscis auf. Ihm geht es um die Frage, wie sich die kapitalistischen Produktionsverhältnisse in den (Alltags-) Ideologien der Subjekte reproduzieren. Die erste begriffliche Unterscheidung, die er trifft, ist die zwischen *Staatsmacht* und *Staatsapparat*. Der Staatsapparat ist relativ autonom vom Besitz der Staatmacht. Ferner unterscheidet er zwischen „repressiven" und „ideologischen Staatsapparaten" (RSA bzw. ISA). Funktionieren die ISA „in erster Linie" mit Ideologie, arbeiten die RSA primär mit Gewalt. Dabei ist ihm bewusst, dass es keine „reinen" Apparate gibt und sich die Unterscheidung von RSA und ISA nur im Blick auf ihre jeweils dominierende Funktionsweise treffen lässt.

Die Funktion der ISA ist es, obligatorische Verhaltensweisen hervorzubringen. Althusser konzipiert dies als Anrufung der Individuen als „Subjekte". Subjekt ist, wer sich der ideologischen Anrufung freiwillig unterwirft und ihre „Rituale" befolgt. Der Machteffekt der Anrufung besteht darin, dass sich ein Individuum gerade dann für „frei" hält, wenn es sich als Subjekt erfährt. Auch die Parteien der ArbeiterInnenbewegung seien Elemente der ISA: Die Ideologie der Arbeiterparteien rufen die Mitglieder als „Kämpfer-Subjekte" an .

Während Althusser in IISA selbst von einer marxistischen Staatstheorie spricht, tritt er im Rahmen einer Konferenz, die sich mit der „Krise des Marxismus" herumschlägt, die Flucht nach vorne an: „Wir können es offen sagen: Es gibt eigentlich keine tatsächliche ‚marxistische Staatstheorie'" . Eine Reihe von Faktoren trugen zu dieser Feststellung bei: Der Staat war in den realsozialistischen Staaten alles andere als abgestorben und in der Konfrontation mit dem stalinschen Erbe standen die kommunistischen Parteien – allen voran die italienische KPI und die französische KPF – unter Legitimationsdruck; nicht zuletzt auch aufgrund der neuen sozialen Bewegungen, die die Form Partei als solche in Frage stellten. Deshalb fordert Althusser im Anschluss an Marx' „Kritik der Politischen Ökonomie" eine „Kritik der Politik" .

Nicos Poulantzas – Der Staat als soziales Verhältnis

Anfang der 60er Jahre kam der in Griechenland geborene Poulantzas (1936 – 1979) nach München, um zu promovieren. Wegen der dort noch sehr von nationalsozialistischen Ideen geprägten Atmosphäre siedelte er schon bald nach Paris über. War er zu dieser Zeit noch vom existenzialistischen Marxismus Sartres geprägt, weil dieser Handlung, Subjekt und soziale Auseinandersetzungen ins Zentrum rückte, näherte er sich ab Mitte des Jahrzehnts den Positionen Althussers an und entwickelt schließlich immer stärker eigene Positionen. Nach den Mairevolten von 1968 rezipierte er nicht nur Schriften, die die Frage von Massenbewegung und Kulturrevolution einbezogen, sondern beschäftigte sich auch mit anderen Theorien – vor allem mit den Arbeiten Foucaults.

Im Gegensatz zu Althusser sind die Arbeiten von Poulantzas stärker von strategischen Fragestellungen durchzogen. Im Mittelpunkt steht der Bezug der Klassenkämpfe zur konkreten Staatlichkeit einerseits unter faschistischer oder diktatorischer Herrschaft, andererseits in den parlamentarischen Demokratien. Seine theoretische Anstrengung gilt dem Verständnis der letzteren und der Frage nach einer adäquaten kommunistischen Praxis. Er kritisiert, dass alle bisherigen revolutionären Versuche die bürgerlichen Freiheitsrechte beseitigt hätten, eine emanzipatorische Linke diese aber nicht leichtfertig zur Disposition stellen dürfe. Stärker als Althusser bezieht er die neuen sozialen Bewegungen und die Krise der kommunistischen Parteien explizit in die theoretische Auseinandersetzung ein. Sein sehr viel konsequenterer Bruch mit dem immer noch verbreiteten marxistischen Dogma-

tismus zeigt sich in seiner Ablehnung zentraler Begriffe wie Basis/Überbau oder „Diktatur des Proletariats". Im Gegensatz zu anderen zeitgenössischen TheoretikerInnen stellen diese Begriffe für ihn schon damals Sackgassen dar.

Ausgangspunkt seiner Staatstheorie ist die Kritik an zwei grundlegenden Vorstellungen: Der Staat als Sache/Instrument und der Staat als Subjekt. Die letztere schreibt dem Staat eine eigene Rationalität zu oder konzipiert diesen als Träger und Durchsetzungsform der Vernunft. Eine größere Rolle spielen aber die Vorstellungen, die den Staat als neutrale Sache konzipieren, deren Gebrauch vom Willen des Besitzers abhängig ist. Diesem Kurzschluss entgeht Poulantzas, indem er im Anschluss an Althusser zwischen *Staatsapparaten* und *Staatsmacht* unterscheidet. Allerdings lehnt er Althussers Vorstellung des Staatapparats als „Festung" ab. Der kapitalistische Staat dürfe nicht „als ein sich selbstbegründendes Ganzes" begriffen werden, „sondern, wie auch das ‚Kapital', als ein Verhältnis, genauer als die *materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses zwischen Klassen und Klassenfraktionen, das sich im Staat immer in spezifischer Form ausdrückt*" . Der Staat ist ein Kampffeld, das sich in formierten Institutionen verkörpert.

Den Zusammenhang von Politik und Ökonomie denkt Poulantzas immer als eine wechselseitige Konstitution. So ist der Staat durch seine Abwesenheit in der Ökonomie anwesend und ermöglicht gerade durch seine Abwesenheit die Konstitution einer autonomen ökonomschen Sphäre. Dabei kommt der Politik gegenüber der Ökonomie in so weit das Primat zu, als der Staat die zentrale Funktion hat, den Zusammenhalt der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft zu organisieren: nur er kann die langfristige Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaft garantieren. Zwar sind damit deren grundlegenden Widersprüche und Krisenhaftigkeit nicht beseitigt, doch gibt der Staat eine Form vor, in der sich diese bewegen können. So ist der Staat in allen Kämpfen als Struktur präsent, während zugleich die Kämpfe stets Kämpfe im Staat sind. Die Beziehung zwischen Staat und Ökonomie ist folglich keine äußerliche und der Staat selbst das zentrale Feld gesellschaftlicher Widersprüche. Indem er der „Ort" ist, an dem ein *von allen* Klassen relativ unabhängiges, herrschaftsförmiges Kompromissgleichgewicht organisiert wird, gewinnt der Staat eine „relativen Autonomie" gegenüber allen Klassen. Genauer: Erst der Staat organisiert die Bourgeoisie zur Klasse. Zuvor stehen die bürgerlichen Klassenfraktionen in Konkurrenz zueinander und stellen dabei den jeweils erreichten Klassenkompromiss in Frage. Je stärker die Widersprüche zwischen den Fraktionen werden, desto stärker ist die Autonomie des Staates. Da der Kompromiss auch die subalternen Klassen einschließen muss, sind auch sie und ihre Interessen im Staat präsent. Deshalb schließt der Kompromiss unter anderem materielle Zugeständnisse an die Subalternen ein, die dadurch aber gerade nicht zur Klasse organisiert, sondern untereinander fragmentiert und gespalten werden.



Allerdings drücken sich die Kämpfe immer nur vermittelt, nie unmittelbar im Staat aus. Ihre Vermittlung denkt Poulantzas immer im Sinne einer Repräsentation: Etwas, das vorhanden ist, wird durch die Repräsentation politisch neu formatiert, d.h. modifiziert und organisiert. Auch deshalb ist der Staat kein „monolithischer Block ohne Risse" (ebd., S. 122), sondern durch Klassenwidersprüche gespalten, in die sich die Klassen im Maß ihrer Macht einschreiben. Das findet seinen Ausdruck dann auch im unterschiedlichem Gewicht und in den Grenzlinien zwischen den Staatsapparaten.

Ist der Staat in vielen marxistischen Ansätzen stets Klassenstaat, geht Poulantzas einen entscheidenden Schritt weiter und weist in seinem Buch *Staatstheorie* ausdrücklich darauf hin, dass der Staat nicht nur durch Klassenkämpfe, sondern durch verschiedene soziale Kämpfe bestimmt wird. Ohne genauer darauf einzugehen, hebt er dabei die Geschlechterverhältnisse hervor. Er verweist auf die Probleme, vor die die neuen sozialen Bewegungen die traditionellen Arbeiterparteien stellen, die aufgebaut sind, als könne die Gesellschaft auf die Fabrik reduziert werden. Jedoch geht er nicht so weit, auf die Autonomie der Bewegungen zu setzen: „Ich halte es durchaus für notwendig, dass diese sozialen Bewegungen eine reale Autonomie besitzen, aber zugleich müssen die Parteien der Linken in ihnen auf geeignete Weise präsent sein. Allerdings macht gerade diese Forderung eine radikale Umwandelung eben dieser Parteien erforderlich."

Da materialistische Staatstheorie die

Probleme emanzipatorischer Praxis vor dem Hintergrund konkreter Kämpfe und der spezifischen Verfasstheit kapitalistischer Produktionsweise bearbeitet, dürfen ihre konkreten Erkenntnisse nicht einfach verallgemeinert werden. Statt dessen müssen sie in ihrer Besonderheit behandelt werden und immer nach ihren Konstitutionsbedingungen und ihrer Verallgemeinerbarkeit hin befragt werden.

rungen dürfen umgekehrt nicht dazu führen, die Herrschafts- und Gewaltförmigkeit der staatlichen Apparate auszublenden, wie dies historisch sowohl in den diversen Stamokap-Theorien als auch in den Vorstellungen vom „Marsch durch die Institutionen" der Fall war. In sträflicher Weise wurde vor allem in den 90er Jahren der Herrschaftscharakter der kapitalistischen Staaten in den Theorien von Global Governance und der Weltbürger- und -zivilgesellschaft ausgeblendet. Als Gegengift zu solchen Ansätzen, die den Staat als ein grundsätzlich herrschaftsfreies Terrain begreifen, ist die Lektüre der hier vorgestellten Autoren nach wie vor unverzichtbar.

Ingo Stützle lebt in Berlin und ist Aktivist bei FelS (für eine linke Strömung) in der AG „Sozialer Widerstand".













Nützliche Gegengifte

An den Fragen und Problemen, an denen die genannten Autoren stehen und in denen sie stecken geblieben sind, gilt es auch in den heutigen Debatten anzusetzen. Um so erstaunlicher aber ist es, dass weder Hardt/Negri noch Holloway auf Poulantzas Staatstheorie eingehen. Beide haben die Tendenz zu vereinfachenden, instrumentalistischen Staatsvorstellungen, in denen wichtige Differenzierungen wieder verloren gehen. Diese Differenzie-

Der Artikel wurde von der Redaktion stark gekürzt. Die Langfassung ist unter www.akweb.de/Fantomas nachzulesen.

Anmerkung:

1) Die *arranca!*-Redaktion hat das Verhältnis an mehreren Punkten durchdiskutiert: Organisationsfrage, Existenzgeld, Staats-Antifa und Globalisierungskritik.

Literatur:

arranca!-Redaktion (2002): Staatsangelegenheiten, in: *arranca!*, Nr. 24

Althusser, Louis (1977): Ideologie und ideologische Staatsapparate, Hamburg

Althusser, Louis (1978): Die Krise des Marxismus, Hamburg

Gramsci, Antonio (1990ff.): Gefängnishefte, 10 Bde., zitiert: GH, Hamburg

Hardt, Michael / Negri, Antonio (2002): Empire. Die neue Weltordnung, Darmstadt

Holloway, John (2002): Die Welt verändern ohne die Macht zu übernehmen, Münster

Poulantzas, Nicos (1978): Staatstheorie, Hamburg

Poulantzas, Nicos (1979): 'Es geht darum, mit der stalinistischen Tradition zu brechen!', in: *Prokla* 37, 127 - 140.

Wer hat Angst vorm bürgerlichen Staat?

Vom Staatsfetischismus zur Gouvernementalität – und weiter

von Stefanie Graefe

Auf eine Theorie des Staates zu verzichten sei dasselbe wie sich eine ungenießbare Mahlzeit zu ersparen. Mit diesen Worten wendet sich Michel Foucault in einem unmittelbar nach seinem Tod im Juni 1984 in der *Libération* veröffentlichten Text gegen eine Attitüde, von der auch die Geschichte der Linken so manches Lied zu singen weiß: die „Staatsphobie".

Diese Staatsphobie ist wie jede Phobie eine zwiespältige Angelegenheit, denn die Angst vor dem Staat geht in der Regel mit einer Fixierung einher - nämlich mit dem Verlangen, die innerste Wahrheit des Staates freizulegen. Aus Foucaults Sicht ein aussichtsloses Unterfangen, gründet die Phobie doch auf der falschen Annahme, gesellschaftliche Machtbeziehungen ließen sich aus einem kohärenten „Wesen" des Staates ableiten.

Den Staat als autonomes, stets souverän handelndes Subjekt zu denken, identisch etwa mit „Kapital" und „Bourgeoisie" und als zentrale Quelle gesellschaftlicher Macht – das ist aus Foucaults Sicht nicht mehr als eben eine fixe Idee. Damit wendet er sich implizit auch gegen eine Staatskonzeption, die unter kommunistischen, antiimperialistischen und sonstigen Linken bis in die 80er Jahre hinein – und teilweise darüber hinaus – in der einen oder anderen Form recht verbreitet war. Noch in den späten 90er Jahren wurde zum Beispiel auf autonomen Frauen/Lesben-Demos der Slogan: *Feuer und Flamme fürs Patriarchat, der größte Zuhälter ist der Staat* skandiert: der Staat als (männliches) Subjekt und souveräner Machtausübender gegenüber der zum Objekt gemachten Hure, welcher sich durch die Skandalisierung des wirklichen Charakters ihres Zuhälters Hoffnung auf Befreiung bietet. Viel früher (und in ganz und gar nicht feministischen Kontexten, etwa im *Kommunistischen Bund*) vertrat man die These von der „schrittweisen Faschisierung von Staat und Gesellschaft", also von einem „strukturellen Staatsfaschismus", und fasste damit ebenfalls den Staat als Einheit mit seinem wirklichen, hier: faschistischen Wesen, das sich gemäß der ihm eigenen Entwicklungslogik entfaltet.

„Der Staat hat kein ‚Herz', das ist wohl bekannt, und zwar nicht nur, insofern er nicht über Gefühle verfügt – weder über gute noch über schlechte -, sondern auch in dem Sinne, dass er kein Inneres hat. (...) Es geht nicht darum, dem Staat sein Geheimnis zu entreißen." (Foucault 2000b, S. 70)

„Struktureller Staatsfaschismus wäre somit eine kapitalistische Herrschaftsform zur Umgehung des offenen Faschismus, eine ‚friedlichere' und ‚ökonomische' Version des offenen Faschismus, eine Herrschaftsform jedoch, die beim Scheitern ihrer zentralen Aufgabe, dem antizipierenden Krisenmanagement, jederzeit die Möglichkeit des offenen Faschismus bereithält." (Clemenz 1973, S. 23f.)

Widersprüche und Konflikte innerhalb der Staatsapparate, zwischen verschiedenen Regierungstechniken oder Machtregimen erscheinen in dieser oder ähnlichen Sichtweisen als Masken des wirklichen Gesichts des Staates - und die Eroberung der Staatsmacht wird damit umgekehrt zur einzig „wahren" revolutionären Perspektive. Zu einem bevorzugten Gegenstand der Enttarnung wird notwendigerweise der „Reformismus", insofern dieser als besonders wirkungsvolle Tarnung des Staates operiert.

1973, also 11 Jahre vor Foucaults „Staatsphobie", veröffentlicht die *Rote Hilfe West-Berlin* im *Kursbuch* eine ausführliche Kritik der linken „Entlarvungsagitation". Als eines von vielen Beispielen zitiert sie eine Stellungnahme der *Roten Fahne* aus dem Jahr 1972, in der die von der Landesregierung Niedersachsen nach den Morden an Georg von Rauch und Thomas Weißbecker (1) geforderte generelle Schießerlaubnis in „Extremsituationen" als Beleg dient für den sich auf Geheiß der herrschenden Klasse zukünftig unaufhaltsam verallgemeinernden Polizeiterror.

Die Konsequenzen dieser Art von Beschwörungen der „Schicksalsmacht" Staat sind, so die *Rote Hilfe*, erstens die Unfähigkeit, die tatsächlichen Kräfteverhältnisse im Staat zu analysieren, und davon ausgehend dann zweitens die Unmöglichkeit „die tatsächlichen Kräfte des revolutionären Lagers zu mobilisieren." In der Tat: Real praktizierter Widerstand taucht bei der *Roten Fahne* nur noch auf in der subjektlosen Formulierung „was zu rechtfertigen nicht gelang".

Wo die AutorInnen der Westberliner *Roten Hilfe* die strukturelle Schwäche linker Staatskonzepte und der daraus folgenden Politikansätze kritisieren, kritisiert Foucault die Schwäche von staats- und herrschaftsfixierten Machttheorien. Gemeinsam ist beiden Kritiken, dass es ihnen um das geht, was Entlarvungsagitation und Staatsfixierung unterschlagen: die Vielfältigkeit, Produktivität und Relationalität von Macht. Für Foucault steht fest: Man sollte das Problem des Staates nicht überbewerten.

Diese Schwächung der Stellung des Staates in der Machttheorie geht andererseits aber mit einer Ausweitung seiner Bedeutung einher, wenn Foucault den modernen Staat als „Individualisierungsmatrix" beschreibt. Demnach „überlebt" der moderne abendländische Staat vor allem dadurch, dass er „aus Individuen Subjekte macht", d.h. indem er die Regierung der Individuen an deren Bewusstsein, Selbsterkenntnis und Identität kettet. Wenngleich es ungenau ist, davon zu sprechen, dass „der" Staat dies „tut"; vielmehr geht es Foucault darum, eben jene Verbindung aus „Regierung" von Menschen (3) und deren individueller Subjektivität konzeptionell zu erfassen, die er im Begriff „Gouvernementalität" – regiert werden und sich selbst regieren - auf den Begriff bringt.

Der Staat „in" und „zwischen" uns wird so sichtbarer – und damit auch jene alltäglichen Kämpfe, Machtbeziehungen und Selbstverhältnisse, die der Staat nunmehr zur *Voraussetzung* hat, wenn Foucault ihn als „beweglichen Effekt von Gouvernementalität" definiert – und damit die „staatsphobische" Logik vom Staat als Quelle von Macht exakt umkehrt, indem er die Perspektive von den Staatsapparaten auf die Prozesse von Subjektivierung umlenkt.

„... eine sehr raffinierte Struktur, in die die Individuen durchaus integrierbar sind – unter einer Bedingung: dass die Individualität in eine neue Form gebracht wird." (Foucault 1994, s. 249)

„Was in Niedersachsen verabschiedet wird, wird seine bundesweite Ausdehnung in allernächster Zukunft erfahren. Die Befugnisse der Polizei zum manövermäßigen Auftreten werden von der Monopolbourgeoisie Schritt für Schritt ausgeweitet. Der Zweck solcher Aktionen ist eindeutig: Gewöhnung der Massen an den Polizeiterror, Einschüchterung jedes Einzelnen." (2)

„Der Staat ist keine Universalie; der Staat ist keine an sich autonome Quelle der Macht; der Staat ist nichts anderes als die Tat-sachen. (...) Der Staat ist nichts anderes als der bewegliche Effekt eines Regimes vielfältiger Gouvernementalität." (Foucault 2000b, S. 69f.)

„Aus uns Renitenten sind keine angepassten Engel geworden, dafür aber Menschen, die bereit sind, auch und gerade im Knast zu zeigen, dass die Basis einer vernünftigen Zusammenarbeit auf Vertrauen beruht." (zit.n. Rote Hilfe West-Berlin, S.89)

Reformismus: Gouvernementalität konkret

Ist der Staat als „beweglicher Effekt" zu denken, der sich weniger durch Repression als vor allem durch die Integration von Individuen am Leben erhält, dann markiert der staatliche Reformismus einen wichtigen Moment innerhalb dieser Dynamik. Anschaulich beschreibt die *Rote Hilfe*, wie die antiautoritäre Revolte im sozialliberalen Reformismus Anfang der 70er Jahre Eingang findet: in der Installation neuer Programme und Institutionen unter der Überschrift „politische Sozialisation", in der Debatte um Polizei-Reform und der darin entwickelten Konzeption vom „Polizeibeamten als Sozialarbeiter", in der Bildungsreformpolitik und in der kontinuierlichen Aufstockung der Sozialbürokratie – kurz: in neuen Formen von Gouvernementalität.

Diese lediglich als „Befriedung" zu fassen, greift um Längen zu kurz, wie die dem *Rote-Hilfe*-Beitrag eingefügte Untersuchung von Gisela Burkhardt zum Strafvollzug zeigt: So ist es zwar naheliegend, den Alibicharakter jener in Berlin-Tegel im Anschluss an die Knastrevolten von 1969 (4) erfolgten Einrichtung einer „sozialtherapeutischen Abteilung" für die Meuterer nachzuweisen und Sozialtherapie mit Gehirnwäsche synonym zu setzen. Nicht zuletzt die Äußerungen der „Renitenten" selbst legen diesen Schluss nahe.

Und in der Tat kann eine Knastarbeit der Linken, so Burkhardt, keinesfalls an der Konzeption der Knast-Psychologen ansetzen, denn das Konzept Sozialtherapie basiert selbstverständlich auf einem Deal - mehr Freiheitsspielräume gegen Unterwerfung unter einzel- und gruppentherapeutische Spielregeln – und zielt damit auf effiziente gesellschaftliche Integration und Anpassung.

Gleichwohl, betont Burkhardt, überschneidet sich das Angebot Sozialtherapie mit manifesten Bedürfnissen der Gefangenen. Die Linke wäre deshalb erstens aufgefordert, in ihrer „Antirepressionsarbeit" genau daran und damit an der Subjektivität der Gefangenen selbst anzuknüpfen, anstatt diese wiederum zu Objekten von Manipulation und Befriedung zu erklären und zweitens, endlich zur Kenntnis zu nehmen, dass der Staat ganz offensichtlich gezwungen wurde, auf die Knastbambule in einer Weise zu reagieren, die den Gefangenen und ihren Forderungen *auch* entgegenkommt.

Staat, Bevölkerung und Linke

Der von der *Roten Hilfe* untersuchte sozialliberale Reformismus lässt sich als eine mögliche historische Konkretisierung jener modernen Gouvernementalität verstehen, die sich nach Foucault vom Feudalstaat vor allem darin unterscheidet, dass sie nicht in erster Linie auf die Sicherung eines Territoriums, sondern auf die Regierung und Optimierung der Bevölkerung als wichtigste Ressource des Staates zielt.

Und wenn der Reformismus eine Transformationsmatrize des Verhältnisses zwischen Staat und Bevölkerung ist, wäre es aus Sicht der *Roten Hilfe* wiederum Aufgabe der Linken, dieses Verhältnis in den Widerspruch zu treiben.

Dafür jedoch ist Voraussetzung, die Verschiebung des Verhältnisses verstanden zu haben. Die Analyse der staatsreformerischen Gouvernementalität im unmittelbaren Anschluss an die 1968er-Revolten führen die Berliner AutorInnen zu dem Schluss, dass sich die ihrerzeit entscheidenden Kämpfe in jenem Feld abspielen, das die antiautoritäre Revolte politisiert hat und das für die traditionelle Linke das Reich der Nebenwidersprüche war: der so genannte Reproduktionsbereich. Und auch Foucault schreibt den antiautoritären Kämpfen ein Jahrzehnt später eine privilegierte Funktion zu, wenngleich er sie nicht bloß als antiautoritäre, sondern umfassender als „Kämpfe um Subjektivierung" versteht und von Kämpfen gegen Ausbeutung oder Herrschaft abgrenzt.

Das emanzipatorische Privileg, das diesen Kämpfen im modernen abendländischen Staat eigen ist, folgt für Foucault aus dessen „gouvernementalem" Existenzprinzip; die Subjektivierungskämpfe betreffen also den Staat in seiner tatsächlichen Funktionsweise. Die *Rote Hilfe* ihrerseits zielt mit ihrer Analyse vor allem darauf ab, den strategischen Ansatzpunkt einer „revolutionären Linken" genauer zu bestimmen.

Zog der Reformismus seinen Initiationsimpuls aus den radikalsten Momenten der Bewegung, so belegt seine gesamtgesellschaftliche Verallgemeinerung eine Schwäche der Linken selbst: Weil sich die Linke auf die staatliche Repressionsmaschine fixierte, so die AutorInnen, konnte der Reformismus hegemonial werden.

Diese zunächst vielleicht unscheinbare Differenz der beiden hier diskutierten Ansätze wird, wendet man sich der Gegenwart zu, noch deutlicher.

„Das ist nur vordergründig und unmittelbar ein ‚Bravwerden', dahinter steckt das richtige Bedürnis, Fremdbestimmung loszuwerden und sich selbst bestimmen zu könnnen – dies müssen wir unterstützen." (ebd., S. 101)

„Das Interesse als Bewusstsein jedes einzelnen der Individuen, aus denen sich die Bevölkerung zusammensetzt, und das Interesse als Interesse der Bevölkerung (...), werden die Zielscheibe und das fundamentale Instrument der Regierung der Bevölkerungen sein." (Foucault 2000a; S. 61)

„Eine linke Politik, die das Verhältnis Staat-Bevölkerung, das der Reformismus anzielt, (...) nicht als Widerspruch zu entfalten versteht (...) wird zum Sektendasein verkommen." (Rote Hilfe West-Berlin, S. 124)

„... die Opposition gegen die Macht der Männer über Frauen, der Eltern über ihre Kinder, der Psychiatrie über die Geisteskranken, der Medizin über die Bevölkerung, der Verwaltung über das Leben der Leute. (...) Diese Form von Macht wird im unmittelbaren Alltagsleben spürbar, welches das Indivdiuum in Kategorien einteilt, ihm seine Individualität aufprägt, es an seine Identität fesselt..." (Foucault 1994, S. 246f.)

How to lead yourself to neoliberal freedom

Die im Anschluss an Foucault entwickelten *Gouvernementality Studies* untersuchen die Formen von Regierung, die in der neoliberalen Gegenwart ganz offensichtlich gesamtgesellschaftlich zur Anwendung kommen: jenen universalen Imperativ der Selbstführung, der seine paradigmatische Form in der „Ich-AG" findet. Sie weisen entlang von Analysen unterschiedlichster neoliberaler Programmatiken (5) nach, wie Selbstmanagement, lebenslanges Lernen, möglichst grenzenlose Flexibilität etc. weniger als staatlich-autoritär verordnete Pflicht denn als quasi-natürliche Notwendigkeit entworfen werden; als Notwendigkeit also, sich selbst als Humankapital zu verstehen und effizient zu managen.

Weniger zur Sprache kommt in den Gouvernementalitätsstudien allerdings, dass die Perfidie neoliberaler Hegemonie nicht so sehr in den Anrufungsformen selbst liegt, als vielmehr darin, dass die neoliberal propagierte „Freiheit" der flexibilisierten Unternehmersubjekte mit einer intensivierten Ausbeutung immer größerer Bevölkerungsteile nicht nur einhergeht, sondern diese gerade vorantreibt. Wenn es nun richtig ist, wie die *Rote Hilfe* sinngemäß meinte, dass stets die radikalsten Momente sozialer Kämpfe die Implementierung neuer Formen von Gouvernementalität antreiben und wenn es stimmt, wie Foucault meinte, dass die neuen sozialen Bewegungen der 1970er und 1980er diese radikalsten Momente produzierten, dann ist die gesamtgesellschaftliche Verallgemeinerung jenes neoliberalen Credos des „Führe dich selbst" *auch* Effekt jener Kämpfe um Subjektivierung, auf die Foucault sich Anfang der 1980er Jahre noch so emphatisch bezog. Und tatsächlich greift ja die neoliberale Aktivierung des Selbst ideologisch gerade auf ehemals radikal oppositionelle Werte wie Selbstbestimmung, Flexibilisierung von

Identitäten und eine kreative und dynamische Gestaltung von Lebensführungen zurück.

Doch wenn die Hegemonialisierung bestimmter Regierungstechniken stets *auch* Reflex einer strukturellen Schwäche der Linken ist, wie wiederum die Berliner AutorInnen nahe legen, dann stellt sich zudem die Frage, um welche Schwäche es sich in diesem Fall handelt. Positiver formuliert: welche Aufgabe sich einer radikalen und staatskritischen Linken heute stellt. Geht man davon aus, dass die neuen sozialen Bewegungen der 1970er und 1980er gewissermaßen praktisch werden ließen, was Foucault theoretisch vorschlug – weniger die Kämpfe gegen Ausbeutung oder institutionalisierte Herrschaft, als vielmehr und vor allem Kämpfe um Subjektivierung zu führen –, dann stellt sich ganz offensichtlich allerspätestens jetzt die Aufgabe, diese Gegenüberstellung aufzugeben und jene seit 1968 politisierten Felder Reproduktion, soziale Beziehungen und Subjektivität gerade auch als Orte von Ausbeutung und damit

„Muss man daraus schließen, dass der Staat nur eine sekundäre und zu vernachlässigende Rolle bei der Konstitution der materiellen Existenz der Macht spielt? Muss man, um von dem Trugbild eines totalisierenden Staates wegzukommen, notwendig in die illusionäre Vorstellung vom Staat als bloßen Anhängsel der Gesellschaft verfallen? Keinesfalls." (Poulantzas 2002, S. 67)

dynamisch, produktiv oder gar umkämpft sein muss.

Verdichtete Gouvernementalitäten und Kräfteverhältnisse

Nicht zufällig kritisierte deshalb Poulantzas schon 1978 die Foucaultsche Machtanalytik, ausgehend von der Grundannahme, dass der Staat gerade in den Produktionsverhältnissen und Klassenkämpfen eine entscheidende Rolle spielt, insofern er in deren Reproduktion stets präsent ist – allerdings eben nicht im Sinne einer vollständigen Determinierung: Die Staatsapparate selbst sind von Kämpfen durchzogen. Während Foucault wider Staatsphobie und Ökonomismus die Aufmerksamkeit auf Machtbeziehungen und Gouvernementalität lenkt, betont Poulantzas, dass Ausbeutung und Produktionsverhältnisse einerseits *und* die Vielfalt der Machtverhältnisse andererseits jenes Feld bereitstellen, auf dem sich der Staat





von Klassenkämpfen zu umkämpften Terrains zu machen – eine Aufgabe, der sich viele der gegenwärtigen Bewegungen gegen die globalisierte Verallgemeinerung kapitalistischer Herrschaft glücklicherweise ja schon längst angenommen haben.

Möglicherweise könnte dies die Sache mit dem Staat sowieso weniger unverdaulich machen: ihn tatsächlich von den Kämpfen aus zu denken, als verdichtetes Kräfteverhältnis, wie es Nicos Poulantzas vorgeschlagen und der Beitrag der *Roten Hilfe* exemplarisch am Fall Reformismus durchbuchstabiert hat. Bloß ist dies gerade nicht dasselbe wie Foucaults Vorschlag, den Staat als „Effekt von Gouvernementalität" zu fassen. Zum einen, weil in „Kräfteverhältnissen" noch eine Verbindung zu *konkreten* gesellschaftlichen Kräften enthalten ist, die auch die „Gouvernementalitäten" einsetzen, transformieren oder bekämpfen. Zum anderen ist „Verdichtung" ein dynamischer Begriff, der auf einen bestimmten Moment in einem Transformationsprozess verweist, während ein „Effekt" die zwar möglicherweise schwer wiegende Folge eines solchen Prozesses ist, selbst aber keineswegs als umkämpftes Terrain reproduziert. (6)

Vermutlich aber wird das Potenzial zur Unterbrechung gegenwärtiger Staats(trans)formationen umso größer sein, je weniger sich diese auch theoretischen Kämpfe auf die Entlarvung neoliberaler Gouvernementalitäten und je mehr sie sich auf tatsächliche Transformation der sozialen und damit auch der „ökonomischen" Kräfteverhältnisse beziehen.

Im Jargon der frühen 1970er gesprochen: Die tatsächlichen Potenziale der radikalen Linken lassen sich wahrscheinlich nur dann in Erfahrung bringen, wenn die

neoliberale Subjektivierungsideologie auch theoretisch liquidiert ist. Vielleicht macht das schließlich auch die Aufgabe leichter, sich vom Staat und dessen Insitutionen samt ihren Individualisierungstypen zu befreien.

Stefanie Graefe lebt in Hamburg und ist Redakteurin bei ak – *analyse + kritik und* Fantômas.

„Die tatsächliche Schwäche oder Stärke der revolutionären Linken lässt sich wahrscheinlich erst dann in Erfahrung bringen, wenn der Avantgardeanspruch liquidiert ist." (Rote Hilfe West-Berlin 1973, S. 124)

„Abschließend könnte man sagen, dass das (...) Problem, das sich uns heute stellt, nicht darin liegt, das Individuum vom Staat und dessen Institutionen zu befeien, sondern uns sowohl vom Staat als auch vom Typ von Individualisierung, der mit ihm verbunden ist, zu befreien. Wir müssen neue Formen von Subjektivität zustandebringen, indem wir die Art von Individualität, die man uns jahrhundertelang auferlegt hat, zurückweisen." (Foucault 1994, S. 250)

Literatur:

Bröckling, Ulrich; Krasmann, Susanne; Lemke, Thomas (Hrsg.) (2000): Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt/Main 2000

Clemenz, Manfred (1973): Staatsfaschistische Tendenzen im Spätkapitalismus, in: *Kursbuch* 31, Berlin, S. 1-27

Foucault, Michel (1994): Das Subjekt und die Macht, in: Hubert L. Dreyfus; Paul Rabinow: Michel Foucault. Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik, Weinheim

Ders (2000a).: Die Gouvernementalität, in: Bröckling et al. (Hrsg)., S. 41-67

Ders. (2000b): Staatsphobie, in: Bröckling et al. (Hrsg.), S. 68-71

Poulantzas, Nicos (2002): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus. Mit einer Einleitung von Alex Demirovic, Joachim Hirsch und Bob Jessop, Hamburg

Rote Hilfe West-Berlin (1973): Staatsgewalt, Reformismus und die Politik der Linken, in: *Kursbuch* 31, Berlin, S. 29-125





Anmerkungen:

1) Beide waren Mitglieder des *Blues*, einer Vorläufergruppe der *Bewegung 2. Juni*. Wegen eines Überfalls auf den Quick-Reporter Rieck wurden sie zusammen mit Bommi Baumann verhaftet. Bei der Verhandlung im Moabiter Kriminalgericht im Juli 1971 bekommen Baumann und Weißbecker Haftverschonung, von Rauch nicht. Die sich ähnlich sehenden Weißbecker und von Rauch geben sich im Gerichtssaal als der jeweils andere aus, von Rauch gelingt auf diesem Weg die Flucht. Georg von Rauch wurde am 3. Dezember 1971 durch die Polizei erschossen, Thomas Weissbecker ein Vierteljahr später.

2) *Rote Fahne*, Nr. 47, 14.6.72, zit.n. *Rote Hilfe West-Berlin* 1973, S.33

3) Nicht im Sinne einer konkreten Staatsregierung,, sondern im Sinne einer „Führung" von Menschen.

4) Im Januar 1969 revoltieren 200 Häftlinge im Gefängnis Tegel und befreien sich gegenseitig aus ihren Zellen. Erst mit Hilfe von 200 Polizisten kann die Revolte niedergeschlagen werden. Im Januar 1970 entwickelt ein Arzt mit 20 „Vollzugsstörern" ein neues Konzept innerhalb der Strafanstalt, das mit dem Prinzip des Gruppenvollzugs arbeitet und in der Einrichtung einer „sozialtherapeutischen Abteilung" mündet.

5) Vgl. z.B. Bröckling et al. 2000.

6) Ein Programm, das auch über Poulantzas selbst hinausweist, insofern dieser z.B. den Begriff des „Kräfteverhältnisses" jenseits sozialer Klassen, etwa entlang von „Geschlecht" nicht ausarbeitet.

Postscriptum über die Kontrollgesellschaft

Von Gilles Deleuze

Der hier dokumentierte Text des poststrukturalistischen Philosophen Gilles Deleuze erschien zuerst 1990. Er ist einer der wichtigsten Texte der staats- und machttheoretischen Debatte der letzten Jahre. Wir dokumentieren ihn hier in voller Länge.

I. Historik

Foucault hat die 'Disziplinargesellschaften' dem 18. und 19. Jahrhundert zugeordnet; sie erreichten ihren Höhepunkt zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Nun werden die großen Einschließungs-Milieus organisiert. Das Individuum wechselt immer wieder von einem geschlossenen Milieu zum nächsten über, jedes mit eigenen Gesetzen: zuerst die Familie, dann die Schule („du bist hier nicht zu Hause"), dann die Kaserne („du bist hier nicht in der Schule"), dann die Fabrik, von Zeit zu Zeit die Klinik, möglicherweise das Gefängnis, das Einschließungsmilieu schlechthin. Das Gefängnis dient als Analogie: Wenn die Heldin in 'Europa 51' Arbeiter sieht, kann sie ausrufen: „Ich glaubte Verurteilte zu sehen..." Das ideale Produkt der Einschließungsmilieus, das in der Fabrik besonders deutlich sichtbar ist, wurde von Foucault sehr gut analysiert: konzentrieren; im Raum verteilen; in der Zeit anordnen; im Zeit-Raum eine Produktivkraft zusammensetzen, deren Wirkung größer sein muss als die Summe der Einzelkräfte. Foucault wusste jedoch ebenfalls um die kurze Dauer dieses Modells: es folgte auf die Souveränitätsgesellschaften, die ganz andere Ziele und Funktionen hatten (abschöpfen eher als die Produktion organisieren, über Leben und Tod entscheiden eher als das Leben verwalten); der Übergang vollzog sich schrittweise, und Napoleon hat anscheinend die endgültige Umwandlung der einen Gesellschaftsform in die andere bewerkstelligt. Aber die Disziplinierungen gerieten ihrerseits in eine Krise, zugunsten neuer Kräfte, die sich langsam formierten und sich nach dem Zweiten Weltkrieg rasant entwickeln sollten: Die Disziplinargesellschaften, da gehören wir schon nicht mehr dazu, wir waren schon dabei, sie zu verlassen.

Wir befinden uns in einer allgemeinen Krise aller Einschließungsmilieus, Gefängnis, Krankenhaus, Fabrik, Schule, Familie. Die Familie ist ein „Heim", es ist in der Krise wie jedes andere Heim, ob schulisch, beruflich oder sonst wie. Eine Reform nach der anderen wird von den zuständigen Ministern für notwendig erklärt: Schulreform, Industriereform, Krankenhausreform, Armeereform, Gefängnisreform. Aber jeder weiß, dass diese Institutionen über kurz oder lang am Ende sind. Es handelt sich nur noch darum, ihre Agonie zu verwalten und die Leute zu beschäftigen, bis die neuen Kräfte, die schon an der Türe klopfen, ihren Platz eingenommen haben. Die 'Kontrollgesellschaften' sind dabei, die Disziplinargesellschaften abzulösen. „Kontrolle" ist der Name den Burroughs vorschlägt, um das neue Monster zu bezeichnen, in dem Foucault unsere nahe Zukunft erkennt. Auch Paul Virilio analysiert permanent die ultra-schnellen Kontrollformen mit freiheitlichem Aussehen, die die alten – noch innerhalb der Dauer eines eingeschlossenen Systems operierenden – Disziplinierungen ersetzen. Es ist nicht nötig, die außergewöhnlichen Pharmaerzeugnisse anzuführen, die Nuklearformationen, Genmanipulationen, auch wenn sie dazu bestimmt sind, in den neuen Prozess einzugreifen. Es ist nicht nötig zu fragen, welches das härtere Regime ist, oder das erträglichere, denn in jedem von ihnen stehen Befreiungen und Unterwerfungen einander gegenüber. In der Krise des Krankenhauses als geschlossenem Milieu konnten zum Beispiel Sektorisierung, Tageskliniken oder häusliche Krankenpflege zunächst neue Freiheiten markieren, wurden dann aber Bestandteil neuer Kontrollmechanismen, die den härtesten Einschließungen in nichts nachstehen. Weder zur Furcht, noch zur Hoffnung besteht Grund, sondern nur dazu neue Waffen zu suchen.

II. Logik

Die verschiedenen Internate oder Einschließungsmilieus, die das Individuum durchläuft, sind unabhängige Variablen: dabei wird davon ausgegangen, dass man jedes Mal wieder bei Null anfangen muss; zwar gibt es eine gemeinsame Sprache dieser verschiedenen Milieus, aber sie ist 'analogisch'. Dagegen sind die verschiedenen Kontrollmechanismen untrennbare Variationen, die das System einer variablen Geometrie mit 'numerischer' (das heißt nicht notwendigerweise binärer) Sprache bilden. Die Einschließungen sind unterschiedliche 'Formen', Gussformen, die Kontrollen jedoch sind eine 'Modulation', sie gleichen einer sich selbst verformenden 'Gussform', die sich von einem Moment zu anderen verändert, oder einem Sieb, dessen Maschen von einem Punkt zum anderen variieren. Das zeigt sich an der Frage der Löhne: Die Fabrik war ein Körper, der seine inneren Kräfte an einen Punkt des Gleichgewichts brachte, mit einem möglichst tiefen für die Löhne; in einer Kontrollgesellschaft tritt jedoch an die Stelle der Fabrik das Unternehmen, und dieses ist kein Körper, sondern eine Seele, ein Gas. Gewiss war auch in der Fabrik schon das System der Prämien gut bekannt, aber das Unternehmen setzt eine viel tiefgreifendere Modulation jedes Lohns durch, in Verhältnissen permanenter Metastabilität, zu denen äußerst komische Titelkämpfe, Ausleseverfahren und Unterredungen gehören. Die idiotischen Spiele im Fernsehen sind nicht zuletzt deshalb so erfolgreich, weil sie die Unternehmenssituation adäquat zum Ausdruck bringen. Die Fabrik setzte die Individuen

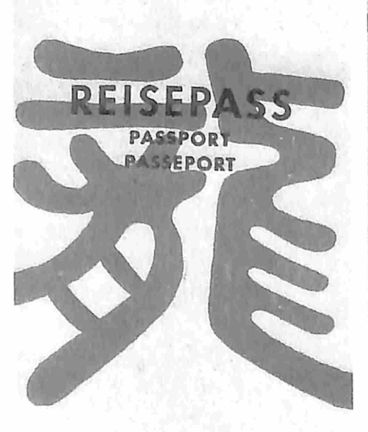
zu einem Körper zusammen, zum zweifachen Vorteil des Patronats, das jedes Element in der Masse überwachte, und der Gewerkschaften, die eine Widerstandsmasse mobilisierten; das Unternehmen jedoch verbreitet ständig eine unhintergehbare Realität als heilsamen Wetteifer und ausgezeichnete Motivation, die die Individuen zueinander in Gegensatz bringt, jedes von ihnen durchläuft und in sich selbst spaltet. Das modulatorische Prinzip des „Lohns nach Verdienst" verführt sogar die staatlichen Bildungseinrichtungen: Denn wie das Unternehmen die Fabrik ablöst, löst die permanente 'Weiterbildung' tendenziell die 'Schule' ab, und die kontinuierliche Kontrolle das Examen. Das ist der sicherste Weg, die Schule dem Unternehmen auszuliefern.

In den Disziplinargesellschaften hörte man nie auf anzufangen (von der Schule in die Kaserne, von der Kaserne in die Fabrik), während man in den Kontrollgesellschaften nie mit irgend etwas fertig wird: Unternehmen, Weiterbildung, Dienstleistung sind metastabile und koexistierende Zustände ein und derselben Modulation, die einem universellen Verzerrer gleicht. Kafka, der schon an der Nahtstelle der beiden Gesellschaftstypen stand, hat im 'Prozess' die fürchterlichsten juristischen Formen beschrieben: Der 'scheinbare Freispruch' der Disziplinargesellschaften (zwischen zwei Einsperrungen) und der 'unbegrenzte Aufschub' der Kontrollgesellschaften (in kontinuierlicher Variation) sind zwei sehr unterschiedliche juristische Lebensformen. Und wenn unser Recht schwankend ist und sich in der Krise befindet, so liegt das daran, dass wir die eine verlassen haben und in die andere eintreten. Die Disziplinargesellschaften haben zwei Pole: die Signatur, die das 'Individuum' angibt und die Zahl oder Registriernummer, die seine Position in der 'Masse' angibt. Denn für die Disziplinierungen bestand nie eine Inkompatibiliät zwischen beidem, die Macht ist gleichzeitig vermassend und individuierend, das heißt konstituiert die, über die sie ausgeübt wird, als Körper und modelt die Individualität jedes Glieds dieses Körpers (Foucault sah den Ursprung dieser doppelten Sorge in der pastoralen Macht des Priesters – die gesamte Herde und jedes einzelne Tier; die weltliche Macht sollte sich ihrerseits bald mit anderen Mitteln zum Laien – „Hirten" machen). In den Kontrollgesellschaften dagegen ist das Wesentliche nicht mehr eine Signatur oder eine Zahl, sonder eine Chiffre: Die Chiffre ist eine 'Losung' während die Disziplinargesellschaften durch 'Parolen' geregelt werden (unter dem Gesichtspunkt der Integration, aber auch des Widerstands). Die numerische Sprache der Kontrolle besteht aus Chiffren, die den Zugang zur Information kennzeichnen bzw. die Abweisung. Die Individuen sind 'dividuell' geworden, und die Massen Stichproben, Daten, Märkte oder 'Banken'. Vielleicht kommt im Geld noch am besten der Unterschied der beiden Gesellschaften zum Ausdruck, weil die Disziplin immer im Zusammenhang mit geprägtem Geld stand, zu dem das Gold als Eichmaß gehört, während die Kontrolle auf schwankende Wechselkurse, auf Modulationen verweist, die einen Prozentsatz der verschiedenen Währungen als Eich-Chiffre einführen. Der alte Geldmaulwurf ist das Tier der Einschließungsmilieus, während das der Kontrollgesellschaften die Schlange ist. Der Übergang von einem Tier zum anderen, vom Maulwurf zur Schlange, ist nicht nur ein Übergang im Regime, in dem wir leben, sondern auch in unserer Lebensweise und unseren Beziehungen zu anderen. Der Mensch der Disziplinierung war ein diskontinuierlicher Produzent von Energie, während der Mensch der Kontrolle eher wellenhaft ist, in einem kontinuierlichen Strahl, in einer Umlaufbahn. Überall hat das 'Surfen' schon die alten 'Sportarten' abgelöst.

Es ist einfach, jede Gesellschaft mit Maschinentypen in Beziehung zu setzen, nicht weil die Maschinen determinierend sind, sondern weil sie die Gesellschaftsformen ausdrücken, die fähig sind, sie ins Leben zu rufen und einzusetzen. Die alten Souveränitätsgesellschaften gingen mit einfachen Maschinen um: Hebel, Flaschenzüge, Uhren; die jüngsten Disziplinargesellschaften waren mit energetischen Maschinen ausgerüstet, welche die passive Gefahr der Entropie und die aktive Gefahr der Sabotage mit sich brachten; die Kontrollgesellschaften operieren mit Maschinen der dritten Art, Informationsmaschinen und Computern, deren passive Gefahr in der Störung besteht und der aktive Gefahr Computer-Hacker und elektronische Viren bilden. Es ist nicht nur eine technologische Entwicklung, sondern eine tiefgreifende Mutation des Kapitalismus. Eine Mutation, die inzwischen gut bekannt ist und sich folgendermaßen zusammenfassen lässt: Der Kapitalismus des 19. Jahrhunderts ist einer des Eigentums und, was die Produktion betrifft, der Konzentration. Er errichtet also die Fabrik im Milieu der Einschließung, wobei der Kapitalist Eigentümer anderer Milieus ist, die analog konzipiert sind (das Heim des Arbeiters, die Schule). Was den Markt angeht, so wird er manchmal durch Spezialisierung, manchmal durch Kolonisierung, manchmal durch Senkung der Produktionskosten orientiert, die er oft in die Peripherie der Dritten Welt auslagert, selbst in komplexen Produktionsformen wie Textil, Eisenverarbeitung, Öl. Es ist ein Kapitalismus









der Überproduktion. Er kauft keine Rohstoffe und verkauft keine Fertigerzeugnisse mehr, sondern er kauft Fertigerzeugnisse oder montiert Einzelteile zusammen. Was er verkaufen will, sind Dienstleistungen, und was er kaufen will, sind Aktien. Dieser Kapitalismus ist nicht mehr für die Produktion da sondern für das Produkt, das heißt für Verkauf oder Markt. Daher ist sein wesentliches Merkmal die Streuung, und die Fabrik hat dem Unternehmen Platz gemacht. Familie, Schule, Armee, Fabrik sind keine unterschiedlichen analogen Milieus mehr, die auf einen Eigentümer konvergieren, Staat oder private Macht, sondern sind chiffrierte, deformierbare und transformierbare Figuren ein und desselben Unternehmens, das nur noch Geschäftsführer kennt. Sogar die Kunst hat die geschlossenen Milieus verlassen und tritt in die offenen Kreisläufe der Bank ein. Die Eroberung des Marktes geschieht durch die Kontrollergreifung und nicht mehr durch Disziplinierung, eher durch Kursfestsetzung als durch Kostensenkung, eher durch Transformation des Produkts als durch Spezialisierung der Produktion. Die Korruption gewinnt hier neue Macht. Zum Zentrum oder zur „Seele" des Unternehmens ist die Dienstleistung des Verkaufs geworden. Man bringt uns bei, dass die Unternehmen eine Seele haben, was wirklich die größte Schreckens-Meldung der Welt ist. Marketing heißt jetzt das Instrument der sozialen Kontrolle und formt die schamlose Rasse unserer Herren. Die Kontrolle ist kurzfristig und auf schnellen Umsatz gerichtet, aber auch kontinuierlich und unbegrenzt, während die Disziplin von langer Dauer, unendlich und diskontinuierlich war. Der Mensch ist nicht mher der eingeschlossene, sondern der verschuldete Mensch. Allerdings hat der Kapitalismus als Konstante beibehalten, das drei Viertel der Menschheit in äußerstem Elend leben: zu arm zur Verschuldung und zu zahlreich zur Einsperrung. Die Kontrolle wird also nicht nur mit der Auflösung der Grenzen konfrontiert sein, sondern auch mit dem Explodieren von Slums und Ghettos.

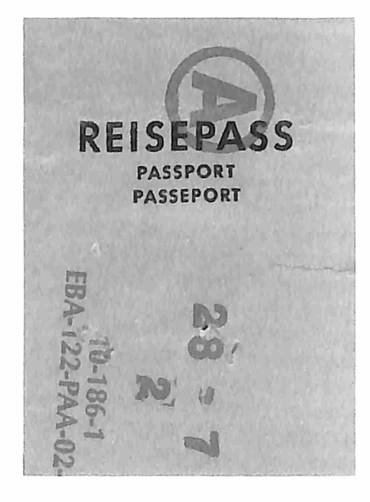
III. Programm

Man braucht keine Science-Fiction, um sich einen Kontrollmechanismus vorzustellen, der in jedem Moment die Position eines Elements in einem offenen Milieu angibt, Tier in einem Reservat, Mensch in einem Unternehmen (elektronisches Halsband). Felix Guattari malte sich eine Stadt aus, in der jeder seine Wohnung, seine Straße, sein Viertel dank seiner elektronischen (dividuellen) Karte verlassen kann, durch die diese oder jene Schranke sich öffnet; aber die Karte könnte auch an einem bestimmten Tag oder für bestimmte Stunden ungültig sein; was zählt, ist nicht die Barriere, sondern der Computer, der die – erlaubte oder unerlaubte – Position jedes einzelnen erfasst und eine universelle Modulation durchführt.

Die sozio-technische Untersuchung der Kontrollmechanismen, erfasst bei ihrem Aufkommen, müsste kategorial sein und beschreiben, was schon jetzt anstelle der disziplinarischen Einschließungsmilieus, deren Krise alle Welt verkündet, aufgebaut wird. Es könnte sein, dass alte Mittel, die den früheren Souveränitätsgesellschaften entlehnt sind, wieder auf den Plan treten, wenn auch mit den nötigen Anpassungen. Entscheidend ist, dass wir am Beginn von etwas Neuem stehen. Im 'Gefängnis-Regime': die Suche nach „Ersatz"-Strafen, zumindest für die kleinen Delikte, und der Einsatz elektronischer Halsbänder, die dem Verurteilten auferlegen, zu bestimmten Zeiten zu Hause zu bleiben. Im 'Schul-Regime': die neue Medizin „ohne Arzt und Kranken", die potentielle Kranke und Risiko-Gruppen erfasst, was keineswegs von einem Fortschritt hin zur Individuierung zeugt, wie man sagt, sondern den individuellen oder numerischen Körper durch die Chiffre eine „dividuellen" Kontroll-Materials ersetzt. Im 'Unternehmens-Regime": neuer Umgang mit Geld, Produkten und Menschen, die nicht mehr die alte Fabrikform durchlaufen. Das sind ziemlich winzige Beispiele, die jedoch verdeutlichen können, was unter Krise der Institutionen zu verstehen ist, nämlich der fortschreitende und gestreute Aufbau einer neuen Herrschaftsform. Eine der wichtigsten Fragen dürfte die Untauglichkeit der Gewerkschaften betreffen: In ihrer ganzen Geschichte waren sie gebunden an den Kampf in den Einschließungsmilieus oder gegen die Disziplinierungen. Können sie sich der neuen Situation anpassen oder machen sie neuen Widerstandsformen gegen die Kontrollgesellschaften Platz? Lassen sich schon Ansätze dieser künftigen Formen sehen, die in der Lage wären, die Freuden des Marketings anzugreifen? Viele junge Leute verlangen seltsamerweise, „motiviert" zu werden, sie verlangen nach neuen Ausbildungs-Workshops und nach permanenter Weiterbildung; an ihnen ist es zu entdecken, wozu man sie einsetzt, wie ihre Vorgänger nicht ohne Mühe die Zweckbestimmung der Disziplinierungen entdeckt haben. Die Windungen einer Schlange sind noch viel komplizierter als die Gänge eines Maulwurfbaus.

Aus: Gilles Deleuze, Unterhandlungen. 1972 – 1990. Frankfurt 1993. Das französische Original erschien in *L'autre Journal*, Nr. 1, Mai 1990.







Schwanengesänge der alten Ordnung?

Die Zukunft des Kapitalismus – Ein Überblick über aktuelle Debatten

Von Moe Hierlmeier

Krisen sind im Kapitalismus nichts Ungewöhnliches. Zyklische Bereinigungskrisen gibt es, seit es den Kapitalismus gibt. Nichts Neues also, könnte man meinen angesichts der Verwertungskrise, in der der Kapitalismus momentan weltweit steckt. Doch handelt es sich wirklich um eine normale zyklische Krise? In letzter Zeit häufen sich Arbeiten linker Theoretiker, die von einer fundamentalen Epochenkrise ausgehen. Doch was bildet sich da neu heraus? Moe Hierlmeier stellt im Folgenden die Thesen von Roth, Wallerstein, Kurz und Negri/Hardt vor. Ihr gemeinsamer Ausgangspunkt ist die Diagnose, dass sich die klassische Weltordnung der territorialen Nationalstaaten transformiert. Wir stecken demnach mitten in einer epochalen Krise. In der Deutung der Möglichkeit aber, die diese Krise eröffnet, trennen sich ihre Wege.

Das System strategischer Unterbeschäftigung (Roth)

Für Karlheinz Roth steht der Kapitalismus vor der dringenden Aufgabe, eine neue Expansionsdynamik in Gang zu setzen. Da mit China und Osteuropa in spätestens 15 Jahren die letzten äußeren Wachstumsquellen in den kapitalistischen Weltmarkt integriert sein werden, muss es sich um eine innere Expansion handeln. Nur wenn dies gelingt, kann sich ein neues Akkumulationsregime herausbilden. Roth spricht vom System der „strategischen Unterbeschäftigung". Den Versprechungen von Keynesianismus und Fordismus nach dauerhafter Entwicklung, Vollbeschäftigung und wachsender Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum mittels Massenkonsum wird darin eine Absage erteilt. Die veränderten äußeren Weichenstellungen – man denke etwa an die neue NATO-Strategie – und der innere Sozialkahlschlag sind in diesem Zusammenhang zu sehen. In einem Prozess der Polarisierung und Re-Proletarisierung wird die Massenarmut in die Metropolen zurückkehren. Diese dramatischen Umwälzungen führen zur Demontage der repräsentativ-demokratischen Systeme von innen heraus. Deutlich wird dies anhand der Selbstzerstörung der historischen Sozialdemokratie in all ihren Formen.

Die äußeren Rahmenbedingungen entwickeln sich in Richtung „ultra-imperialistischer Abstimmungsverfahren". Damit widerspricht er denjenigen, die seit den Alleingängen der Bush-Regierung vor allem im Irak-Krieg ein Auseinanderbrechen des NATO-Militärsystems und somit eine verschärfte innerimperialistische Konkurrenz zwischen den USA und den Kernstaaten der EU (Deutschland und Frankreich) voraussehen. Stattdessen erwartet Roth die Formierung eines neuen kollektiven Imperialismus, „der die Weltinstitutionen an die militärische Weltherrschaft der USA anpasst und sich in den strategischen Krisenzonen des Weltsystems mit Methoden festsetzt, die an den klassischen Kolonialismus erinnern. Trotz aller Rivalitäten unter den Großmächten scheint ein neues Netzwerk imperialistischer Herrschaft zu entstehen, das innere Gegensätze ständig ausgleicht und die gemeinsame Kontrolle über die strategischen Ressourcen sowie die Stagnations- und Depressionsgebiete des Weltsystems durchsetzt." Dies geht einher mit einer neuen Kultur der Ausschließung, die vor allem im Kampf gegen die MigrantInnen sichtbar wird. Umrisse einer Gegenperspektive gegen diesen Ultraimperialismus sind für Roth nur noch auf internationaler Ebene erkennbar. Die Eroberung der Macht im Rahmen des Nationalstaates kann keine emanzipatorische Perspektive mehr sein.

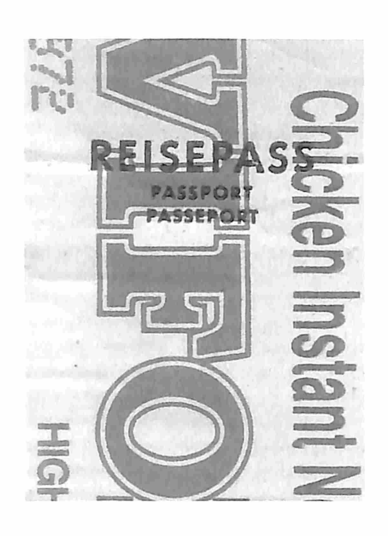
Der Schwanengesang des Weltsystems (Wallerstein)

Für Roth ist der Ausgang des Projekts einer inneren Expansion zur Herausbildung eines neuen Akkumulationsregimes völlig offen. Aufgrund der Radikalität der stattfindenden und noch bevorstehenden Einschnitte wird der Widerstand gegen dieses Projekt schon deshalb massenhaft sein, weil die Folgen für die meisten unerträglich sein werden. In der bevorstehenden chaotischen und instabilen Phase können schon kleinere Initiativen

größere Wirkungen erzielen. Hier trifft sich Roth mit Immanuel Wallerstein, auf dessen dünnes, aber äußerst gehaltvolles Büchlein „Utopistik“ Roth ausdrücklich verweist. Auch Wallerstein sieht den Kapitalismus in einer fundamentalen Krise. Die ideologische Zelebrierung der Globalisierung ist für ihn in Wahrheit „der Schwanengesang unseres historischen Systems. Wir sind in die Krisenphase dieses Systems eingetreten.“ (2002, S. 41) Allein diese Aussage kann als kleine Sensation gewertet werden, hat Wallerstein als Begründer der Weltsystemtheorie doch bis vor kurzem die Stabilität und Erneuerungsfähigkeit des im 16. Jahrhundert entstandenen kapitalistischen Weltsystems betont. Doch jetzt sieht er uns an einem Knotenpunkt der historischen Entwicklung und in einer Phase des Übergangs, die er als „Verwandlungs-ZeitRaum“ bezeichnet.

Wie kommt Wallerstein zu dieser Krisenanalyse? Ein zentrales Element ist für ihn die Auflösung der Staatenordnung als langfristige Folge der Kämpfe von 1968. Diese Ordnung aber war der zentrale Baustein des Weltsystems. Die Staaten waren für ihn nie autonome Gebilde, sondern immer auf das Gesamtsystem ausgerichtet, das – als System – einer kapitalistischen Logik folgte. Das galt natürlich auch für die Staaten des autoritären Sozialismus. Wer aus dieser Logik ausscheren wollte, musste einen hohen Preis zahlen. Insofern waren alle Revolutionen bis 1968 wichtige Ereignisse, die zwar die Geokultur des Systems nachhaltig beeinflussten, es als Ganzes aber nicht in Frage stellten. Erst mit der „Weltrevolution von 1968“ griff eine Antistaatsideologie um sich. Deutlich wird dies in einer Neoliberalisierung der Sozialdemokratie und der Entwicklung der Alternativbewegung, deren historisches Erbe die Grüne Partei angetreten hat. Dies ist eine Folge des Scheiterns aller etatistischen Ansätze, sei es der Sozialdemokratie, des Parteikommunismus oder der nationalen Befreiungsbewegungen, die alle ihre historische Chance hatten, aber ihre Versprechen nicht einhalten konnten oder wollten. Dies führte zu einer Desillusionierung in Bezug auf staatliche Strukturen. Mit dem Staatensystem wurde aber einer der entscheidenden Pfeiler des modernen Weltsystems unterminiert, weil eine endlose Kapitalakkumulation ohne Staaten nicht möglich ist.

Wallerstein prognostiziert, dass den Neoliberalen ihr Lachen über das Verschwinden der Staaten noch im Halse stecken bleiben wird. Denn anders als von der (neo)liberalen Ideologie behauptet, brauchen vor allem die transnationalen Unternehmen starke Staaten zur Realisierung der Profite. Ohne Staaten ist der Kapitalismus viel krisenanfälliger. Da der Antietatismus heute weite Teile der Bevölkerung erfasst und diese Entwicklung unumkehrbar ist, kann das gegenwärtige System „als solches nicht überleben“. Hinzu kommt, dass mit den New Yorker Anschlägen von 2001 die Phase der US-Nachkriegshegemonie zu Ende gegangen ist. Die Hoffnungen der Falken in der US-Regierung, diese Hegemonie durch ihre militärische Macht schnell wieder herstellen zu können, hat sich nicht erfüllt. Die unmittelbare Zukunft ist deshalb äußerst instabil und weist Momente einer globalen, systemischen Anarchie auf. Im Gegensatz zu Roth erwartet Wallerstein eine zunehmende Distanz zwischen Europa und den USA. In Ostasien wird sich unter Widersprüchen ein geopolitisch bedeutender Block aus China, Japan und Korea herausbilden. Die Verbreitung von Atomwaffen und Mitteln zu deren Herstellung an den Süden wird fortschreiten. Die Kämpfe der nächsten 50 Jahre werden ausschlaggebend dafür sein, welche Richtung das neue System einschlägt. Dabei geht er davon aus, dass das Lager von Porto Alegre „solider und wahrscheinlich auch militanter“ werden wird. Dagegen könnte das Lager von Davos (1) in unterschiedliche Fraktionen zerfallen. Zu erwarten ist eine Periode „schrecklicher politischer Kämpfe“. Ethnisch und rassisch übercodierte Konflikte werden zunehmen, mafiotische Strukturen und Chaos werden den Verwandlung-ZeitRaum bestimmen. Allerdings eröffnen sich in Übergangszeiten wie heute auch die Möglichkeiten politischer Interventionen. Hier geht Wallerstein über seine bisherigen Arbeiten hinaus, in denen er den strukturellen Determinismus des Weltsystems in den Vordergrund gestellt hat. Nun hofft er, dass die Subjekte ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen und somit die Grundlagen für das historische System der nächsten 500 Jahre legen können. Er setzt dabei auf eine Regenbogen-Koalition unterschiedlicher sozialer Bewegungen und betont, dass die kommenden Auseinandersetzungen extrem schwierig sein werden. Mit Blick auf die *Grünen* warnt er vor einer jederzeit möglichen Vereinnahmung der Bewegung.

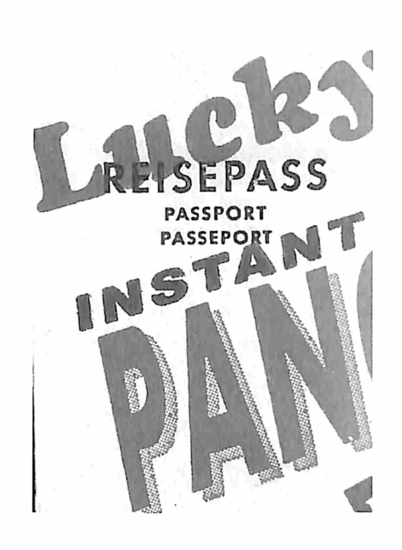


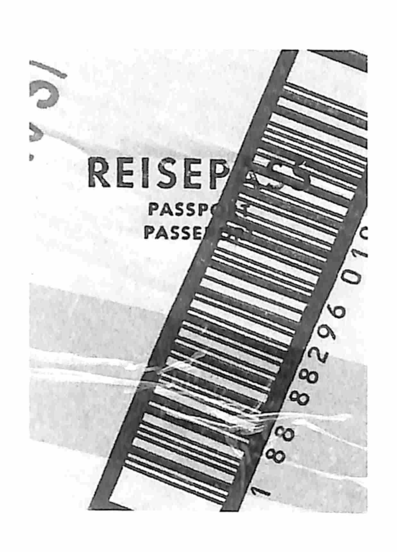


Verfall des Kapitalismus (Kurz) und ...

Sind die Arbeiten von Roth und Wallerstein thesenhaft, so ist für Robert Kurz das Szenario schon lange klar: Der Kapitalismus steht vor seiner finalen Krise. Diese hat zwei zentrale Momente: Die Krise der Lohnarbeit und die Krise der Geldverwertung sind untrennbar miteinander verbunden. Infolge der Zuspitzung dieser Krise stößt der Kapitalismus an eine absolute historische Grenze. Dabei verweist Kurz auf vier Prozesse: Rationalisierung, Tertiarisierung, Fiktionalisierung und Globalisierung. Durch die Rationalisierung verliert die Mehrwert schaffende Arbeit an Bedeutung und der Kapitalismus damit seine Grundlage. Als Folge der mikroelektronischen Revolution ist die Rationalisierung für Kurz unumkehrbar. Die Arbeitslosigkeit kann nie mehr durch einen Boom wie im Fordismus aufgefangen werden. Die grundlegende Trias von Arbeit-Geldeinkommen-Warenkonsum wird obsolet. Aus dieser Krise bietet auch die Tertiarisierung der Produktion, also die Entwicklung zu einer Dienstleistungsgesellschaft, keinen Ausweg, weil diese im kapitalistischen Sinne zumeist keinen Mehrwert produziert, sondern vielmehr aus dem industriellen Mehrwert gespeist werden muss. Die Krise der Geldverwertung zeigt sich am deutlichsten in der Fiktionalisierung des Geldkapitals. „Wenn diese Blase platzt, entspricht der Unterschied zur Weltwirtschaftskrise etwa dem, ob man aus dem Erdgeschoss oder aus dem 50. Stock 'runterfällt." (1995, S. 57)

Die Globalisierung schließlich bewirkt mittels Herstellung eines unmittelbaren Weltkapitals, dass die Nationalstaaten und -ökonomien an Bedeutung verlieren und damit auch Begriffe wie Erste und Dritte Welt. Die globalen Krisen lassen sich nicht mehr in den klassischen Begriffen der Wirtschafts-, Innen- und Außenpolitik begreifen. Das Verschwinden der Wert bildenden Arbeitssubstanz hat dramatische Folgen. Diese zeigen sich in einem Zersetzungsprozess der herrschenden Produktions- und Lebensweise – zuerst in einem irreversiblen sozial-ökonomischen Zusammenbruch großer Teile der Peripherie des Weltmarkts. Aber auch in den kapitalistischen Metropolenländern polarisieren sich die sozialen Verhältnisse: „Es gibt in jeder Stadt, jedem Stadtteil, jedem Land, bald in jeder Weltregion sog. Produktivitätsinseln, die immer noch für den Weltmarkt produzieren können, und daneben die Verslumung" (1995, S. 54) Es entstehen ein schrumpfender globaler Minderheitskapitalismus einerseits und dessen Zonen der Barbarei andererseits. Ganze Weltregionen beginnen aus der kapitalistischen Reproduktionsfähigkeit herauszufallen. Überall zeigt sich die Brüchigkeit des Systems. Was als Ethno- und Stammeskriege erscheint, ist in Wirklichkeit das Zerfallsprodukt des Kapitalismus. Da diese Konflikte und ihre Folgen eine Bedrohung für den kapitalistischen Verwertungsprozess darstellen, sind die imperialistischen Mächte bemüht, die Konfliktherde unter Kontrolle zu halten. Die militärischen Interventionen, die zu diesem Zweck weltweit stattfinden, haben aber nichts mehr mit dem klassischen Imperialismus zu tun, der sich ganze Territorien aneignen wollte. Vielmehr hat sich ein „ideeller Gesamtimperialismus" herausgebildet, dem es zuerst nicht um Eroberung, sondern um die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung geht. Auch wenn sich große Regionen mittlerweile weitgehend der Verwertungslogik entziehen, so ist ein punktuelles Verwertungsinteresse etwa im Hinblick auf Rohstofflieferungen nicht zu leugnen. Auch für die Aufrechterhaltung globaler Wertschöpfungsketten braucht der Imperialismus Sicherheit. Deshalb bezeichnet Kurz den neuen Imperialismus als Sicherheitsimperialismus. Daran haben trotz aller Differenzen alle kapitalistischen Staaten ein Interesse. Der Kern dieses „ideellen Gesamtimperialismus" ist die NATO. Diese legitimiert sich zunehmend selbst, im Namen des Völkerrechts – oder der Menschenrechte – militärisch in anderen Regionen zu intervenieren. Die ständige Selbstlegitimierung führt zu einem Ende der Souveränität und des Völkerrechts.





Allerdings stehen diese militärischen Interventionen auf tönernen Füßen, weil überall in den Zerfallsprodukten des Waren produzierenden Weltkapitals Plünderungsökonomien entstehen. Diese Ökonomien werden nicht mehr von klassischen Staaten mit ihren regulären Armeen organisiert. Stattdessen bilden die „Überflüssigen" und deren Warlords überall bewaffnete Banden, Clans, mafiotische Strukturen, die um den schrumpfenden gesellschaftlichen Reichtum kämpfen. In diesem molekularen Bürgerkrieg herrscht tendenziell ein Krieg aller gegen alle. Gegen diese Kräfte hat

ein klassischer Krieg nur noch wenig Sinn. Wenn – wie im Irak – doch ein Krieg zwischen zwei regulären Armeen geführt wird, wird deutlich, dass es wegen der ungeheuren technischen Überlegenheit zwar sehr einfach ist, den Krieg, aber sehr schwierig, den Frieden zu gewinnen. Eine immer größere Aufgabe bei den Weltordnungskriegen fällt daher den zivilen Kräften des Gesamtimperialismus zu. Allerdings sind diese auch sehr verwundbar, wie der Anschlag auf das UN-Quartier im Irak gezeigt hat. Nichtregierungsorganisationen und Militärs arbeiten in Kriegsgebieten oft zusammen. Eine ihrer zentralen Aufgaben im Rahmen des „ideellen Gesamtimperialismus" besteht darin, eine Elendswanderung der Überflüssigen in die Zonen der Elendsverursachung zu verhindern. Kurz bezeichnet dies als Ausgrenzungsimperialismus. Es entsteht eine imperiale Apartheid, eine Zitadellenkultur, die neue „Berliner Mauern" errichtet, etwa um die Außengrenzen der EU.

Positive Perspektiven hat Kurz wenige, weshalb er Sturmwarnung gibt: „Die Landkarte der Entzivilisierung nimmt Gestalt an. (...) Es gibt keinen emanzipatorischen Aufstand, aber jedermann fängt an, sich zu bewaffnen. Die ultima ratio von Vernichtung und Selbstvernichtung ist das erste und das letzte Wort des Kapitalismus" (1999, S. 780) Dagegen setzt er auf die Renaissance radikaler Gesellschaftskritik und auf neue Formen genossenschaftlicher Selbstverwaltung auf der Ebene gesamtgesellschaftlicher Ressourcenflüsse, die er in dem Begriff des „Welt-Kibbuzes" zusammenfasst.

... der Aufstieg des Empire (Hardt/Negri)

Kurz nimmt in seinen Analysen die Vogelperspektive ein. Was er sehen kann und will ist die Verfallsgeschichte des Kapitalismus. Die von ihm beschriebenen Tendenzen und Entwicklungen sind schwer zu leugnen und doch zu einlinear gemalt. Autonom handelnde Subjekte tauchen aus dieser Perspektive kaum auf. Sie sind nur Teil eines sich hinter ihrem Rücken abspielenden Dramas mit Namen „finale Krise der Wertvergesellschaftung", deren Zwänge sie unverstanden exekutieren. Deshalb agieren bei ihm meist nur Amokläufer, Terroristen, marodierende Banden und Warlords sowie die Bewohner der Wohlstandsinseln samt antideutscher Kriegsfanatiker als die ineinander verhakten Akteure wachsender Welt(un)ordnung. Was sich sonst noch bewegt, sind meist altlinke Unmittelbarkeitsfetischisten, die einem platten, steinalten Arbeiterbewegungsmarxismus frönen. Diesen Vorwurf erhebt er auch gegenüber Michael Hardt und Antonio Negri, deren „neo-operaistischen Kitsch" er gelegentlich einen „nazistisch-antisemitischen O-Ton" (2003, S. 263) zuschreibt.

Was bringt Kurz zu diesen Ausfällen? Im Gegensatz zu seinem Zerfallsszenario entwickeln Negri und Hardt ein Szenario, das für die Menge (Multitudo) neue Perspektiven der Befreiung eröffnet. Dabei nehmen sie eine ganz andere Perspektive ein als Kurz. Sie spüren den Kämpfen der Multitudo und der Souveränität nach, um Möglichkeiten der Befreiung ausfindig zu machen. Neue Potenziale entdecken sie in der strukturellen Dominanz immaterieller Arbeit, die zu einer Zunahme von Kommunikation, Kooperation und affektivem Element führen. Gerade hierin und somit in der Entwicklung des Kapitalismus sehen sie neue Möglichkeiten der Befreiung.

Trotz aller Unterschiede und aller Polemik gibt es verblüffende Ähnlichkeiten in der Gegenwartsanalyse mit den anderen Autoren – auch mit Kurz. Wie diese gehen Hardt/Negri davon aus, dass wir uns in einer Phase epochaler Umbrüche befinden. Wir sind „Zeugen eines einzigartigen Übergangs in der Geschichte der Moderne." (S. 249) Die Souveränität der Nationalstaaten zerfällt. Eine neue Form von Souveränität in der Epoche der Globalisierung der kapitalistischen Produktion und Zirkulation – Hardt und Negri bezeichnen sie als „Empire" – bildet sich heraus, die eine einzige Herrschaftslogik eint. Auch wenn den USA im Empire eine privilegierte Rolle zufällt, sind sie „kein territoriales Zentrum der Macht" - und „tatsächlich ist dazu heute kein Nationalstaat in der Lage". Das Empire ist dezentriert und deterritorialisierend.

Das Empire zeichnet sich durch die Auflösung der Innen/Außen-Anordnung auf den unterschiedlichsten Ebenen aus und unterscheidet sich somit grundlegend von älteren Formen der Souveränität wie dem Imperialismus. Wenn das traditionelle Konzept der nationalstaatlichen Souveränität durch den Globalisierungsprozess an Bedeutung verliert, so





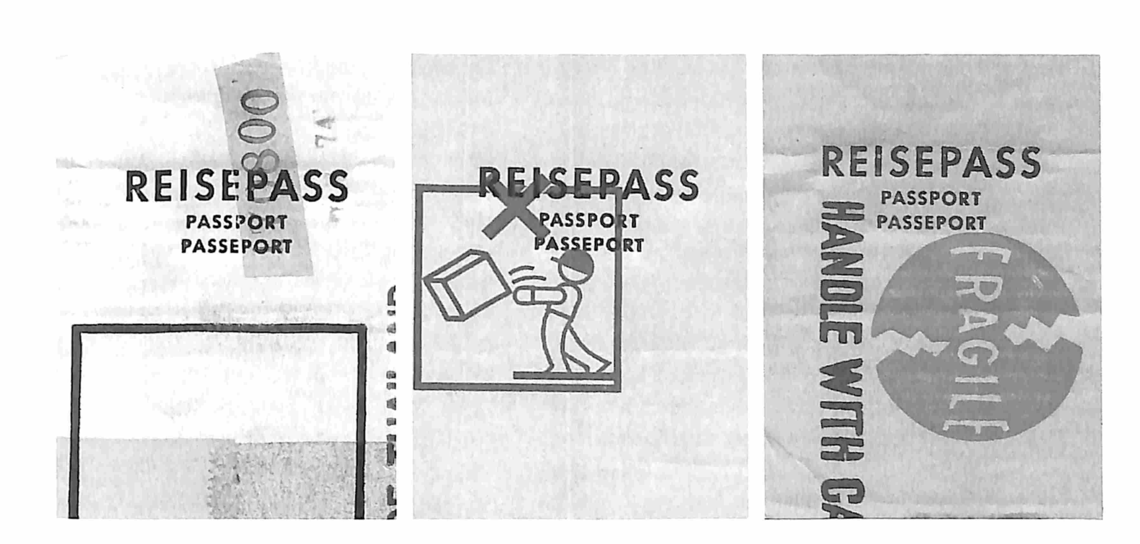


auch die damit verbundene Vorstellung der Autonomie des Politischen. Politik ist nun eingebettet in ein System des transnationalen Kommandos. Auch militärisch ist die Zeit der zwischenstaatlichen Kriege beendet. Stattdessen sind wir in das Zeitalter der kleinen und inneren Kriege eingetreten.

Wenn es kein territoriales Zentrum im Empire gibt, so stellt sich die Frage, wie sich die Macht auf supranationaler Ebene konstituiert. Der scheinbar chaotische und ungeordnete konstitutionelle Rahmen des Empire aus Nationalstaaten, nationalstaatlichen Gemeinschaften und internationalen Organisationen bildet bei genauerer Analyse eine Pyramide mit drei Ebenen, die aber selbst wieder unterteilt sind. An der Spitze der ersten Stufe stehen die USA, die sich letztendlich den Einsatz von Gewalt vorbehalten. Darunter befindet sich die Gruppe von Nationalstaaten, die ihre Politik in Organen wie den G8, den Clubs von Paris und London oder in Davos aufeinander abstimmt und von denen die grundlegenden weltweiten monetären Institutionen kontrolliert werden. Diese erste Ebene garantiert die Einheit des Empire. Auf einer zweiten Ebene befinden sich die transnationalen Konzerne (TNK) und noch etwas darunter die klassischen Nationalstaaten. Die dritte und breiteste Ebene der Pyramide bilden die Gruppen, die innerhalb des Empire populare Interessen repräsentieren. Dazu gehören etwa Teile der UN-Institutionen und die Kräfte der globalen Zivilgesellschaft, wie z.B. die NGOs.

Diese Konstitution ist jedoch alles andere als stabil. Im Empire breiten sich vielmehr die kleinen und unbestimmten Krisen aus. Hardt/Negri sprechen von einer Omni-Krise. Die imperiale Souveränität organisiert sich nicht mehr um einen zentralen Konflikt herum, sondern über ein Netzwerk von Mikrokonflikten, die das Charakteristikum der Omni-Krise sind. Hardt/Negri bezeichnen diese Krise als Korruption. Sie ist die Weise, wie das Empire existiert. Dies ist nicht moralisch zu verstehen, sondern wörtlich als ein „Zusammenbrechen", eine ständige Veränderung und Verschiebung der Bestandteile des Empire. Die imperiale Souveränität ist also durchzogen von Widersprüchen und Instabilitäten, woraus sich aber auch ständig neue Freiräume für Veränderungen ergeben. Das Empire ist somit an jedem Punkt angreifbar und zu erschüttern. Hier kommen Hardt und Negri mit Wallerstein und Roth gegen Kurz zusammen.

In allen vier Ansätzen steckt genügend Stoff, um sie produktiv in Verbindung zu setzen, wenn man ihre Aussagen nicht als fixe Wahrheiten, sondern als Untersuchungsperspektiven versteht. Über die aufgeworfenen Fragen muss weiter diskutiert werden.



Offene Fragen

Wie bildet sich eine neue globale Ordnung heraus? Wie tief geht der Funktionsverlust der Nationalstaaten? Welche Bedeutung haben inter- und transnationale Netzwerke? Welche Formen nehmen die mit der neuen Ordnung verbundenen Konflikte an? Und was bedeutet dies alles für die Linke? Sicherlich dies: Dass diese Linke gut beraten ist, an den offenen Fragen weiter zu diskutieren und sich nicht auf unproduktive Polemiken für oder gegen den einen oder anderen Ansatz einzulassen.

Moe Hierlmeier *ist Redakteur bei* Fantômas *und Mitglied des BUKO-Arbeitsschwerpunktes Weltwirtschaft.*

Anmerkung:
1) In Porto Alegre trafen sich 2001 zum ersten Mal die GegnerInnen der neoliberalen Globalisierung. Demgegenüber treffen sich seit Beginn der 70er Jahre führende Manager, Politiker und Wirtschaftswissenschaftler zum World Economic Forum (WEF) in Davos. Das WEF gilt als eine der wichtigsten Plattformen des Neoliberalismus.

Literatur:
Hardt, Michael / Negri, Antonio (2002): Empire. Die neue Weltordnung. Frankfurt a.M.
Kurz, Robert (1995): Mit Volldampf in den Kollaps. In: IG-Rote Fabrik (Hg.): Krise – welche Krise? Zürich
Kurz, Robert (2003): Weltordnungskrieg. Das Ende der Souveränität und die Wandlung des Imperialismus im Zeitalter der Globalisierung. Bad Honnef
Roth, Karlheinz (2004): Perspektiven von oben – Gegenperspektiven von unten. Überlegungen zu Agenda 2010 und globalem Akkumulationsregime, in ak 482
Wallerstein, Immanuel (2002): Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts. Wien
Wallerstein, Immanuel (2003): Auftakt zur globalen Anarchie. In Prokla 133: Imperialistische Globalisierung.

Das Gespenst der Migration

Krise des Nationalstaats und Autonomie der Migration

Von Manuela Bojadžijev, Serhat Karakayalı, Vassilis Tsianos

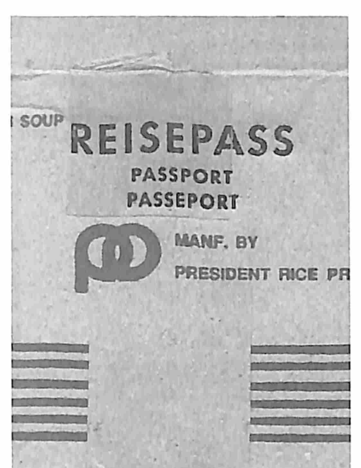
Fasst Giorgio Agambens *Homo sacer* die Migration im Modus ihrer Einschließung in den Lagern, geistert durch Hardt/Negris *Empire* ein „Gespenst der Migration" als permanente Freisetzung von Mobilität. Der folgende Beitrag aus der antirassistischen Gruppe *Kanak Attak* überprüft ihre Thesen aus der Perspektive der Kämpfe, in denen nicht nur der Platz der MigrantInnen ausgefochten wird.

Für Agamben befindet sich die bisherige Struktur des Nationalstaats, die sich auf den funktionalen Zusammenhang der Rechtsordnung des Staats, seines Territoriums und der Zugehörigkeit der Staatsbürger zur jeweiligen Nation gründet, in Auflösung. (1) Um die neue Funktionsweise von Macht und das neue Verhältnis zwischen Souveränität und Territorium bestimmen zu können, untersucht er das Verhältnis von Souveränität, Ausnahmezustand und Lager. Dabei verbindet er das juridisch-institutionelle Machtmodell traditioneller Staatstheorie mit Foucaults biopolitischem Machtmodell einer Disziplinierung der Bevölkerungen und der Körper. Tatsächlich kommen beide Modelle im Lager zur Anwendung, in dem der Ausnahmezustand, der eigentlich eine zeitweilige Aufhebung der Ordnung darstellt, eine permanente räumliche Verortung erhält: Lager sind Ausnahmebereiche *innerhalb* eines Territoriums, die sich dennoch *außerhalb* des Geltungsbereiches des Gesetzes befinden. Indem das Flüchtlings- oder Gefangenenlager seinen Insassen jeglichen rechtlichen oder politischen Status verweigert, reduziert es sie auf ihre physische Existenz und verwandelt dabei einen außerordentlichen Akt der Macht in eine ordnungsgemäße Technik des Regierens. Insofern ist das Lager ein Ort, in dem aus Rechtlosigkeit Recht geschaffen wird.

Hardt/Negri werfen Agamben vor, die Figur des Einschlusses überzubewerten und die Globalisierung auf ihre totalitäre Seite zu reduzieren. (2) Demgegenüber müsse Globalisierung auch als „Passage" verstanden werden. Die Passage ist kein „Übergang zu etwas", sondern selbst eine Produktionsweise bzw. die Gleichzeitigkeit verschiedener Produktionsweisen, in der – darin stimmen Hardt/Negri mit Agamben überein – der Biomacht, d.h. der machtförmigen Kontrolle der Produktion und Reproduktion des Lebens selbst, paradigmatische Bedeutung zukommt. Allerdings zeigen sie gegen Agamben gerade an den Prozessen der Illegalisierung der MigrantInnen wie der Abschiebepraxis gegenüber Flüchtlingen, dass die staatlichen Maßnahmen zur Regulierung der Bevölkerung und der Widerstand gegen solche Biomacht auf dem gleichen Feld operieren: „Während der gesamten Geschichte der Moderne haben die Mobilität und die Migration der Arbeitskräfte die Disziplinierungen, denen die Arbeiter unterworfen waren, gesprengt (...) Ein Gespenst geht um in der Welt, und sein Name ist Migration." (Hardt/Negri, S. 224f)

Zirkulationsprozess der Kämpfe

Dass diese Anrufung des *Kommunistischen Manifests* auch ironisch gelesen werden muss, zeigt ihre Platzierung im Text. Die Stelle findet sich in einem Kapitel, dessen Überschrift *Intermezzo: Gegen-Empire* lautet. Dieses Kapitel steht zwischen dem zweiten und dem dritten Teil des Buches, d.h. zwischen den *Passagen der Souveränität* und den *Passagen der Produktion*. In diesem Intermezzo (Zwischenspiel) gestehen die Autoren zum einen, bis jetzt nicht in der Lage gewesen zu sein, „schlüssig aufzuzeigen, welcherart politische Subjektivitäten die Mächte des Empire herausfordern und überwinden könnten, denn diese Subjektivitäten werden nur im Bereich der Produktion zu finden sein." (ebd., 217) Und sie räumen ein, dass die Figuren, in denen sie die Modi des Widerstands denken, Figuren der Mobilität sind: Nomadismus, Desertion und Exodus. Deren politische Bedeu-







tung aber, das ist unsere These, lässt sich erst dann belegen, wenn man auf den operaistischen Begriff der „Klassenzusammensetzung" zurückgeht.

Mit der Theorie der Klassenzusammensetzung bzw. -neuzusammensetzung gewannen die OperaistInnen neue Analyseinstrumente für die Fragen der Spaltung bzw. Einheit der ArbeiterInnenklasse und der politischen Überdeterminierung der ökonomischen Prozesse der Arbeitskraftallokation, d.h. ihrer Verteilung in unterschiedlichen Verwendungen. Das gelang ihnen, weil sie die horizontale Arbeitsteilung nicht als Resultat technologischer Neuerungen, sondern umgekehrt die „technische Zusammensetzung des Kapitals" als Verfestigung eines politischen Kräfteverhältnisses zwischen den Klassen erklärten. So wurde sichtbar, dass und wie sich die ArbeiterInnenklasse politisch in permanenter Neuzusammensetzung befindet, auf die das Kapital mit einer kontinuierlichen Umstrukturierung des Arbeitsprozesses reagiert. Diese stete Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse bezeichneten die OperaistInnen als den „Zirkulationsprozess der Kämpfe". Erst in seiner Perspektive kann die Frage der Fragmentierung der Arbeiterklasse für eine emanzipatorische Politik fruchtbar gemacht werden, und zwar gerade unter den Gesichtspunkten der Migration und der Geschlechterverhältnisse. Will man dabei allerdings die Reproduktion des Schemas Etatismus vs. Anti-Etatismus vermeiden, muss die Analyse unserer Auffassung nach die Perspektive einer a-staatlichen Politik einnehmen, deren Referent nicht mehr die Präsenz der Arbeiterklasse im Staat ist, sondern neue Formen der politischen Repräsentation, die man mit dem Begriff der Multitude nur vorgreifend fassen kann.

Das Beispiel Almanya

Verdeutlichen kann das ein Rückblick auf das fordistische „Gastarbeiter"-System in Almanya. Dabei ging es um einen nationalistisch überdeterminierten Kompromiss, der sich in einer spezifischen Arbeitsteilung artikulierte. Die MigrantInnen verrichteten tendenziell die mit Handarbeit verbundenen Tätigkeiten, die einheimischen Arbeiter stiegen zu KopfarbeiterInnen auf. Genau dieses Wahrnehmungsschema aber verstellte den Blick auf die praktische Kritik des „Gastarbeiter"-Systems. Denn das dieser Wahrnehmung entspringende „Unterschichtungs"-Paradigma – die GastarbeiterInnen „unterschichten" die einheimischen ArbeiterInnen – konnte die wilden Streiks und die Revolten der MigrantInnen weder konzeptionell fassen noch praktisch nutzen. Das „Gastarbeiter"-System wollte die Zerstreuung, die Tendenz zur Neuzusammensetzung der Trennung von Hand- und Kopfarbeit durch die Kontrolle der Mobilität regulieren. Dabei sollten das Rotationsverfahren, die Visaregelungen und das Ausländergesetz nicht nur die internationale und grenzüberschreitende, sondern auch die sektorale Mobilität innerhalb der Produktionsapparate begrenzen. Tatsächlich aber entzogen sich die MigrantInnen diesem Kontrollversuch und unterliefen die temporäre Begrenzung der Migration, mit der sie auf den Status einer flexiblen Reservearmee festgelegt werden sollten. So wurde in der Bundesrepublik Deutschland 1973 zwar ein allgemeiner Anwerbestopp für Gastarbeiter ausgerufen, doch reorganisierten die MigrantInnen ihre Bewegungsfreiheit in Form der Familienzusammenführung. Diese „Autonomie der Migration", so Yann Moulier Boutang, „zeigt sich in ihrer Selbstständigkeit gegenüber den politischen Maßnahmen, die darauf zielen, sie zu kontrollieren. Migration unter dem Gesichtspunkt ihrer Autonomie zu betrachten, bedeutet, die sozialen und subjektiven Dimensionen der Migrationsbewegungen zu betonen." (3) Die Betonung liegt dabei auf *Bewegungen*, weil der Begriff der „Autonomie der Migration" von ihren Konstitutionsbedingungen innerhalb des kapitalistischen Arbeitsprozesses ausgeht, nicht aber ein Subjekt (Staat vs. MigrantInnen) unterstellt.

Betrachtet man die Migration nicht als Anhängsel ökonomischer Prozesse, nicht als Spielball von Push- oder Pull-Effekten, sondern als „Exodus" im Sinne Hardt/Negris, ergibt sich eine historische Analogie zum „Exodus" der ArbeiterInnen aus den Fabriken, aus den Normalarbeitsverhältnissen und den patriarchalen Verhältnissen, die vom Operaismus als Revolte gegen die Fabrikdisziplin und die an sie gekoppelten Lebensweisen interpretiert wurde. War der Exodus aus der Fabrik eine Flucht aus dem sozialpartnerschaftlichen Kompromiss des Fordismus, der die Disziplin der Arbeit gegen ihre sozialstaatliche, relative Absicherung erkaufte, so ist der migrantische Exodus die Aufkündigung desselben Kompromisses – diesmal gegen die nationalstaatlichen Grenzen gerichtet.

Undocumented Migration – Migrants without documents

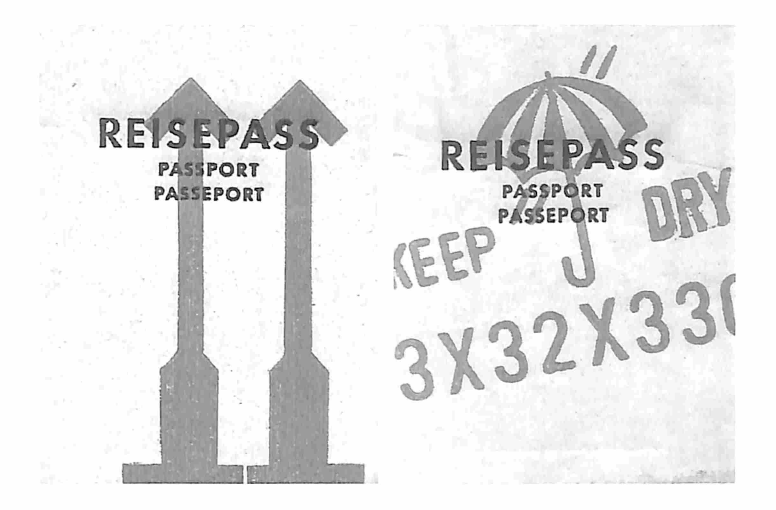
Nimmt man die Perspektive des (Post-)Operaismus ein, nach der es für die Entwicklung der Geschichte, des Staates oder der Ökonomie keine objektiven Gesetzmäßigkeiten gibt, liegt es nahe, sie nach der Formulierung des *Kommunistischen Manifests* als eine Geschichte der Kämpfe zu betrachten. Die Revolten der Bauern gegen ihre Enteignung im Spätmit-





telalter, die bis zur Französischen Revolution fortgeführten Kämpfe der Bettler und mobilen Arbeiter gegen die Vagabondagegesetze und der Klassenkampf der Arbeiterbewegung haben sich eingeschrieben in die Geschichte der Herrschaft. Dabei bestimmen sich die permanente Weiterentwicklung staatlicher Unterwerfungspraktiken und der sich stets auf andere Weise neu herstellende Kompromiss mit den Subalternen aus der Dynamik der Widerstände. Bezieht man das auf das Verhältnis von Migrationsregime und Autonomie der Migration, reicht es nicht aus, nur einen der beiden Pole zu fassen: Die von Hardt und Negri betonte Autonomie der Migration existiert offensichtlich nicht ohne die Politik der Kontrolle, deren Extremform Agamben im Lager analysiert – und andersherum. Das Verhältnis zwischen beiden, ihre Bewegungsform, kann man nur bestimmen, wenn man den modus operandi des Migrationsregimes in den Blick nimmt. Dieser kreist um die Frage der Arbeit. Heute überqueren täglich tausende MigrantInnen zu Fuß oder mit Linienflügen, mit dem Zug oder schwimmend die angebliche Festung Europa auf der Suche nach einem besseren Leben oder nur einem besseren Einkommen. Viele sind Pendler, die mit einem Touristenvisum einreisen und nach Ablauf des Visums in Europa bleiben. Millionen leben bereits hier und arbeiten unter widrigen, oft niederträchtigen Bedingungen in irregulären Beschäftigungsverhältnissen im unteren, schlechtbezahlten Segment des Markts der personenbezogenen Dienstleistungen. Die *Sans Papiers* arbeiten in Hotels, im Haushalt, als SexarbeiterInnen, nur in ganz wenigen Fällen in der klassischen industriellen Fertigung. Sie sind oft hoch qualifiziert, können ihren Berufen aber nicht nachgehen. Wie schon in der klassischen, offiziellen Arbeitsmigration der Nachkriegszeit akzeptieren viele MigrantInnen die schlechten Lebens- und Arbeitsbedingungen, solange sie selbst eine kurz- oder mittelfristige Perspektive für ihren Aufenthalt haben. Sobald sie merken, dass die Vorstellung, nach einigen Jahren mit einer großen Menge angespartem Geld wieder zurückzukehren, nicht mehr haltbar ist, ändern sie ihre Haltung. Wer bleiben will, wer seine Kinder in die Schule schicken will, wer „normal" leben will, muss um seine Rechte kämpfen. In vielen Ländern Europas sind seit dem Ende der neunziger Jahre daher Kämpfe um Legalisierung aufgeflammt, die mal in Niederlagen, mal in Erfolgen, meist einer Mischung aus beidem endeten. Entscheidend ist nun aber, dass diese Kämpfe sich auf einem Terrain abspielen, das nicht einfach in einer Opposition Staat vs. Multitude gedacht werden kann. Worauf es ankommt, ist zu verstehen, unter welchen Bedingungen die Migration sich organisiert, und das verlangt, die Modalitäten in den Blick zu nehmen, denen die Migrantinnen angesichts der Kontrollanstrengungen der europäischen Staaten sich gegenübersehen. Beruhte das Migrationsregime der „Gastarbeiter"-Anwerbung auf einem sozialpartnerschaftlichen und nationalen Kompromiss, gilt es heute, die Konturen desjenigen Kompromisses zu zeichnen, der die Migration illegalisiert. Setzt man die Migrationsbewegungen dagegen einfach in Opposition zum Empire, hätte der Kompromiss bloß die Funktion, ihre Dynamiken zu unterbrechen und zu sabotieren. Praktisch aber haben die MigrantInnen in ihren Kämpfen um Mobilität und Bürgerrechte den Kompromiss historisch unaufhörlich verschoben. Hier kommen die Überlegungen ins Spiel, die Etienne Balibar in seinem jüngsten Buch *Sind wir Bürger Europas?* anstellt. (4) Dort entwirft er vier „Baustellen der Demokratie" im Zu-





sammenhang mit dem fortschreitenden Konstitutionsprozess der Europäischen Union. Neben der Rechtsfrage und einer „Sprache Europas" geht es ihm dabei um eine gesamteuropäische Reorganisation der Arbeitszeit und um eine „Demokratisierung der Grenzen". Seit den Streiks 1995 in Frankreich zeige sich, dass die Ausrichtung der Arbeitskämpfe unter Berücksichtigung der Zusammenhänge von Bürgerschaft und „Beruf" überprüft werden muss: „Die Wende in der europäischen Bürgerschaft fällt de facto mit der Krise des nationalen Sozialstaats zusammen, in dem die mehr oder weniger effektive Lösung der ‚sozialen Frage' die Reproduktion der Nationform ermöglichte, während gleichzeitig der Nationalstaat eine bestimmte Definition der Arbeit und des Arbeiters kodifiziert und sanktioniert hat." (ebd., 284 f.) Die Frauen- und Ökologiebewegungen, aber auch die Kämpfe der Migration haben sich historisch gegen die zentrale Bedeutung der produktiven Arbeit und die Ausschließlichkeit klassischer Klassenkampfkonzeptionen gerichtet, sie aber nicht völlig negiert, sondern in einen neuen Zusammenhang gestellt und erweitert. Angesichts der Krise des europäischen Sozialmodells könne deshalb nicht von einem „Ende der Arbeit" gesprochen werden. Dabei verweist Balibar explizit auf Hardt/Negris Begriff der „immateriellen Arbeit": Wenn produktive Arbeit zugleich „Produktion von Gesellschaftlichkeit" wird, geht es nicht mehr nur um die Herstellung materieller Existenzmittel, sondern auch um potenziell politische Praxis: „Das Prinzip, das man hier einmal mehr formulieren kann, kehrt das traditionelle Verhältnis von Tätigkeit und Hegemonie vollständig um: nicht arbeiten, um (Güter oder Werte) zu produzieren, sondern produzieren (Güter oder Dienstleistungen, Informationen, Erkenntnisse), um zu arbeiten, das heißt, ein bürgerliches Grundrecht wahrnehmen." (ebd., 285) Wenn die Arbeit sich ändert, müssen sich auch die Formen des gemeinsamen Kampfes ändern. Ein Konzept von Gemeinwesen und Bürgerschaft sei dafür nötig, das nicht auf Integration und Konsens beruht (ebd., 135 ff.), sondern den „Bürger" vom transnationalen Standpunkt als politisch aktiven Kämpfer vorstellt. Die materielle Grundlage einer für Immigranten offenen „Bürgerschaft in Europa" (im Gegensatz zu einer „europäischen Staatsbürgerschaft") bilde die Aushandlung von Grenzübertritten für Migrationsbewegungen, die ein neues Aufenthaltsrecht schaffe, mit dem Ziel, eine Veränderung des historischen Verhältnisses der Bevölkerung zum Territorium zu finden. Letztlich, zunächst, nicht mehr als ein Kampf aus dem Inneren des Migrationsregimes heraus, der seine Grenzen zu überschreiten versucht.

Manuela Bojadžijev, Serhat Karakayalı und Vassilis Tsianos *leben in Frankfurt und machen Politik und Theorie bei Kanak Attak (www.kanak-attak.de) und der Gesellschaft für Legalisierung (www.rechtauflegalisierung.de). In Fantômas 2/2002 schrieben sie über Endlose Pfade. Für das Recht auf Legalisierung des Aufenthalts.*

Anmerkungen:

1) Agamben, Giorgio, *Homo sacer*. Frankfurt am Main, 2002.
2) Hardt, Michael /Toni Negri, *Empire. Die neue Weltordnung*. Frankfurt am Main, 2002, S. 373ff.
3) Moulier Boutang, Yann, *Nicht länger Reservearmee. Thesen zur Autonomie der Migration und zum notwendigen Ende des Regimes der Arbeitsmigration*. In: *Subtropen* 04/2002.
4) Balibar, Etienne, *Sind wir Bürger Europas? Politische Integration, soziale Ausgrenzung und die Zukunft des Nationalen*. Hamburg, 2003.

praxen der autonomie.

staat und autonomie stehen nicht in äußerlichem gegensatz: der staat ist in den kämpfen, die kämpfe sind im staat präsent. autonomie ist die bewegung, die inmitten des staats etwas geschehen lässt, das sich dem staat entzieht. autonomie schafft eine offene situation, leitet einen übergang ein, ist gesellschaftsverändernde praxis im vollzug. nicht mehr, nicht weniger.

- *moldenhauer* über copyright enforcement und creative commons im globalen fluss des wissens.
- *seibert* über brasilianische landlose, pariser philosophen und löcher im staat.
- *dzeik* über gefährliche nachbarschaften in den favelas von rio.
- *bond* über strom- und wasserkiege in johannesburg.
- *precarias a la deriva* über feministische Kämpfe in existenziellen Unsicherheiten.
- *globalproject/koordination der intermittenten* über arbeitskämpfe neuen typs auf der îe de france, in avignon und anderswo.
- *weiss* über gewerkschaftliche kämpfe, deren transnationalisierung noch aussteht.

Das Öl des 21. Jahrhunderts

Staat und Autonomie in den Kämpfen um die Kontrolle des Wissens

Von
Oliver Moldenhauer

Je mehr Arbeitskraft in die Erschaffung und Reproduktion von Wissen gesteckt wird, desto größer wird das Bedürfnis der Industrie, die freie Verbreitung des Wissens einzuschränken, wobei sie vom Staat tatkräftig unterstützt wird. Damit rücken die Kämpfe um Copyright und geistiges Eigentum in den Brennpunkt der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Das gilt für Software ebenso wie für Musik und Bücher, aber auch für neue Reissorten und Medikamente.

Sind ökonomische Güter stets knappe Güter, gilt das vom Wissen nur in eingeschränktem Sinn: einmal in der Welt, kann es beliebig leicht vervielfältigt werden. Zugespitzt gesagt: Güter des Wissens sind entweder gar nicht oder im Überfluss vorhanden. (1) Gerade deshalb fällt es ihren ProduzentInnen so schwer, aus ihren Produkten Profit zu ziehen, und darum bemühen sie sich, den freien Zugang zu Wissensgütern immer weiter zu beschränken. Diesem Zweck dient das „Recht auf geistiges Eigentum", bei dem es sich in Wahrheit um *geistige Monopolrechte* oder *geistige Kontrollrechte* handelt, weil Wissen gerade kein exklusives Eigentum sein kann und die positive Konnotation des Eigentums nur dazu dient, solchen „Rechten" Legitimität zu verschaffen Die vielfältigen geistigen Monopolrechte wurden in den letzten Jahrzehnten immer weiter ausgeweitet. (2) In diesen Kontext gehören internationale Vereinbarungen wie das WTO-Abkommen TRIPS, die von ihm gestützte Berner Konvention und das Sortenschutzabkommen UPOV.

Dabei verschiebt sich das Verhältnis zwischen den Interessen der Allgemeinheit und den geistigen Monopolrechten immer weiter zugunsten der Rechteinhaber. So dürfen Bauern in Deutschland ihr selbst geerntetes Getreide nicht mehr aussähen ohne eine Gebühr zu zahlen. In Amerika ist sogar die Idee patentiert worden, Bücher per Mausklick zu kaufen und in Südafrika wurden „Raubkopierer" von AIDS-Medikamenten verklagt. Eine neue EU-Richtlinie schreibt Internet-Providern vor, der Musikindustrie die Daten ihrer Kunden zu überlassen.

Hier geht es um gigantische Geschäfte. Allein die US-Exporte der Urheberrechtsindustrien im engeren Sinne betrugen 2001 89 Mrd. US-$ – deutlich mehr, um einen Vergleich zu liefern, als die USA 2001 für den Import von Öl ausgaben und mehr als für jeden anderen Industriezweig. (3) Dabei ist nur der Betrag eingerechnet, der sich aus dem Verkauf von urheberrechtlich geschützten Gütern ergibt (zu 2/3 Exporterträge aus Software, zu 1/6 aus Filmen). Rechnet man die Erträge aus Patenten und Sortenschutz hinzu, ergeben sich noch viel höhere Summen.

Aufgrund der technologischen Entwicklung hat sich in den letzten Jahren die Lage insbesondere bei den Urheberrechten geändert. Durch die Einführung geeigneter Dateiformate und größerer Übertragungsgeschwindigkeit könnten Musik und Film im Internet praktisch frei verbreitet werden. In den Internettauschbörsen der sog. *Peer-to-Peer (P2P)-Netzwerke* können diese Daten mit Programmen wie z.B. emule, Kazaa, xmule auch unabhängig von Websites angeboten werden, indem die Rechner von Privatpersonen direkt miteinander Kontakt aufnehmen und Dateien austauschen.

Darauf reagiert die Rechteindustrie mit Repression und öffentlichem Druck. April 2004 hat der Verband der Phonoindustrie in Deutschland erste Musterprozesse gegen Tauschbörsen-NutzerInnen angestrengt, die in Anzeigen mit Terroristen assoziiert wurden. Kurz vorher haben EU-Ministerrat und -Parlament nahezu unbemerkt von der Öffentlichkeit die sog. *Copyright-Enforcement*-Richtlinie beschlossen, nach der Provider Zugangsdaten der NutzerInnen nicht nur an die Polizei, sondern auch an die Industrie weitergeben müssen. Aber selbst dieser Eingriff in die Grundrechte wird die Verbreitung von Kopien im Netz nicht verhindern. Neue Tauschbörsen, die mit verschlüsselten Daten arbeiten, sind in der Entwicklung und die Möglichkeiten drahtloser Netze (*WLAN*) sind noch nicht im Ansatz ausgereizt.

Allerdings will die Industrie durch erweitertes *Digital Rights Managment (DRM)* die Nutzungsrechte weiter einschränken und die Datenerfassung ausbauen. Auch sie arbeitet an technologischen Neuerungen: an Büchern, die sich nach einmaligem Lesen selbst zerstören oder an Musikdateien, denen der Name der Käuferin eingeprägt ist. Mit Techniken des *Trusted Computing (TCP)* werden Rechner entworfen, auf denen nur noch Software läuft, die von der Rechteindustrie oder den großen Softwarehäusern zertifiziert wurde, weil der Prozessor andere Software nicht akzeptiert.

Recht auf Creative Commons

Langsam macht sich die Erkenntnis breit, dass es bei der Ausweitung geistiger Monopolrechte nicht um ein Problem von Computerfreaks geht, sondern um die Bürgerrechte aller. Die letzten Jahrzehnte haben gezeigt, dass Widerstand keineswegs aussichtslos ist. So wollte die GEMA Ende der 1950er Jahre jede BesitzerIn eines Tonbandgerätes registrieren lassen, um mit ihr individuelle Lizenzverträge abschließen zu können. In den 1980ern wurde Sony verklagt, da Videorekorder zum „Raubkopieren" genutzt werden könnten. In beiden Fällen konnte sich die Industrie nicht durchsetzen.

Geistige Monopolrechte sind aber nicht nur ein Problem für BürgerInnen im Norden, sie führen zu einer massiven und stetig steigenden Umverteilung von Süd nach Nord. Bei Biopiraterie, Saatgutschutz und Medikamentenpatenten ist das offensichtlich, doch drohen gigantische Transferzahlungen auch für Software und AV-Medien.

Derzeit arbeiten die verschiedenen Gegenbewegungen in den Bereichen Pharma, Biopiraterie und IT noch weitgehend isoliert voneinander. Es gilt zu erkennen, dass das zugrundeliegende Problem im Grunde das gleiche ist. Ähnlich wie vor gut 30 Jahren die Ökologiebewegung *die Umwelt* erfunden hat und damit einen gemeinsamen Rahmen für die Analyse verschiedenster Probleme, brauchen wir heute eine *politische Ökonomie des Wissens* als Rahmen des Widerstands gegen die Privatisierung der *Wissensallmende* als des Wissens aller.

Die Alternativen zur Privatisierung und Monopolisierung des Wissens lassen sich in drei verschiedene Gruppen einteilen. **Erstens** sind da die subversiven Methoden der Umgehung von Monopolrechten z.B. über Internettauschbörsen. Dieser Weg unterliegt der Gefahr der Kriminalisierung und liefert für sich alleine genommen keine Antwort auf die Frage der freien Bereitstellung und Aneignung des Wissens. **Zweitens** gibt es die öffentlich organisierten Alternativen wie die staatliche Förderung der Forschung. Doch muss dieses Wissen vor nachträglicher Privatisierung geschützt werden. So wird der größte Teil der Pharmaforschung staatlich finanziert, doch gehören die Patente den Pharmafirmen. Mindestforderung wäre, dass öffentlich gefördertes Wissen frei verfügbar bleibt. Eine weitere Alternative wäre das im aktuellen Streit um Internetdownloads diskutierte Modell, ProduzentInnen von Musik und Filmen nach der Häufigkeit, mit der ihre Stücke auf Rechnern abgespielt werden, aus einer Internetpauschalabgabe zu entschädigen. **Drittens** gibt es die selbstorganisierte Schaffung und Bewahrung von freiem Wissen. Am bekanntesten ist hier die Freie Software, die mit Linux eine auch wirtschaftlich bedeutende Alternative zu Microsoft entwickelt hat. Freie Software steht unter einer speziellen Lizenz, der GPL, die die kostenlose Nutzung, Verbreitung und Überarbeitung erlaubt, doch verbietet, sie als Teil proprietärer Softwarepakete zu nutzen. Bekannt ist inzwischen auch der freie Internetjournalismus auf Indymedia, der qualitativ allerdings noch zu wünschen lässt.

Explosionsartig wächst seit einigen Monaten die *Wikipedia* (www.wikipedia.de), die freie Enzyklopädie im Internet. Hier arbeiten Zehntausende nach dem Prinzip zusammen, dass jedeR jederzeit jeden Artikel neu schreiben oder überarbeiten kann. Inzwischen ist die Wikipedia mit über 600.000 Einträgen in 80 Sprachen die größte Enzyklopädie der Welt. Allein die deutsche Fassung hat sich zwischen Jahresbeginn und Mitte Mai auf ca. 85.000 Einträge verdoppelt. Dabei gebiert die freie Kooperation auch ohne formale Qualitätssicherung erstaunlich gute Einträge.





Das *Creative Commons Projekt* (www.creativecommons.org) wirbt dafür, dass sich die UrheberInnen sehr genau überlegen, welche Rechte sie wahrnehmen und welche Nutzungsformen ihres Werkes sie zulassen wollen. Dazu wurde eine Sammlung von Lizenzen entwickelt, unter denen die UrheberInnen ihre Werke ganz oder teilweise freigeben können. Dieser Artikel kann z.B. von jeder und jedem nichtkommerziell nachgedruckt werden, sofern mein Name genannt wird. (4)

Im Kampf um Monopolrechte stoßen zwei gegensätzliche Leitbilder aufeinander. Das eine zielt auf zunehmende private Kontrolle über Wissen und Information, gestützt durch staatliche Überwachung. Das andere wendet sich gegen Kontrolle und Überwachung, weil Wissen und Leben gemeinsames Erbe aller sind. Wichtiger Bestandteil dieses Leitbilds sind freie, nicht nur monetär getriebene Kooperation und dezentrale Einheiten. Dazu gehören freie Software, freie Texte und freies Saatgut. Die Auseinandersetzung um die Ausweitung der Wissensallmende, des Gemeineigentums an Wissen, wird eine zentrale Aufgabe der sozialen Bewegungen der nächsten Jahrzehnte sein.

Wie jedes Wissensgut ist auch dieser Artikel keineswegs allein dem Hirn des Autors entsprungen, sondern basiert auf zahlreichen Diskussionen vor allem innerhalb der Attac-AG Wissensallmende und freier Informationsfluss. *Nennen möchte ich Volker Grassmuck, Jan Baden, Benedikt Rubbel, Robert Leisner.*

***Oliver Moldenhauer** ist Physiker, Mitglied des Attac-Koordinierungskreises und lebt in Berlin.*
www.attac.de/wissensallmende
oliver@attac.de

Anmerkungen:

1) Klassische Wissensgüter sind Texte und technische Verfahren, audiovisuelle Wissensgüter sind Musik und Filme, biologische sind Pharmawirkstoffe, Saatgut und Gene, informationstechnologische sind Software, Dateiformate und Datenbanken.

2) Geistige Monopolrechte sind Patente & Gebrauchsmuster, Industriedesign, Urheberrecht (Copyright), Marken (™, ®), geographische Herkunftsbezeichnungen, Pflanzen-Sortenschutzregelungen, das Layout integrierter Schaltkreisen (ICs), Schutzregeln von Schutz von Datenbanken (EU) und natürlich Betriebsgeheimnisse. Im Entstehen sind Regeln zum Schutz traditionellen Wissens.

3) vgl. Intellectual International Property Alliance, www.iipa.com.

4) Das ist falsch. Genannt werden muss auch *Fantômas*, mit Heftnummer und Erscheinungsjahr, die Red.

Löcher im Staat

Über zwei Versuche, die Demokratie zu praktizieren

Von Thomas Seibert

So einig sich radikale Linke in der Kritik traditionslinker Staatsfixiertheit sind, so offen bleibt, wie gesellschaftliche Veränderungen stattdessen durchzusetzen sind. Hier werden zwei Experimente vorgestellt: Eines unternehmen LandarbeiterInnen ohne Boden in Brasilien, das andere ein Philosoph, der in Frankreich Vorsitzender einer maoistischen Partei war. Beide verbindet mehr, als es den Anschein hat.

Wenn im Folgenden erst von Alain Badiou, dann vom *Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra* (MST) die Rede ist, wird die Bewegung der brasilianischen Landlosen nicht praktisch beweisen, dass der Pariser Philosoph theoretisch recht oder unrecht hat. Sichtbar werden soll, wie beide auf ganz unterschiedliche Weise eine neue Antwort auf die verrufene, doch unausweichliche „Machtfrage" suchen. Die historische kommunistische Bewegung, der Badiou und das MST entstammen, wollte diese Frage in der „Diktatur des Proletariats" beantworten. So benannten Blanqui und Marx, dann Lenin und Mao ihre Dialektik von Diktatur und Demokratie, in der gerade die diktatorische Gewalt von Staat und Partei das „Absterben" jeder Herrschaft, jeden Staates vorbereiten sollte. In der letztendlichen Rücknahme des Staates in die sich selbst verwaltende Gesellschaft wäre dann die Vollendung der Geschichte als einer auf ihrer „höchsten Stufe" angelangten Fortschrittsgeschichte erreicht.

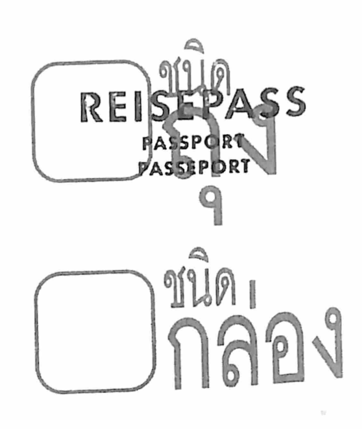
Permanenter Bruch

Die zur Selbstaufhebung bestimmte proletarische Diktatur aber entzog sich spätestens seit Stalin dieser Dialektik und sicherte unter ungeheurem Terror allein die eigene Selbsterhaltung. Wer die „Machtfrage" weder anarchistisch verleugnen noch sozialdemokratisch aufschieben wollte, konnte das jetzt nur noch im Bruch mit Partei und Staat tun, einem Bruch, der zugleich die Gründung einer „Partei neuen Typs" sein würde. Im „roten Jahrzehnt" nach dem Mai 68 versuchten das die französischen „Maos", die mit den deutschen Spontis und den italienischen Autonomen den antiautoritären Flügel der Neuen Linken bildeten. Ihr „Maoismus" deutete die von der KP Chinas verfolgte „Massenlinie" als Strategie einer permanenten Revolution und begrüßte die 1966 initiierte „Kulturrevolution" als Beginn einer Selbstaufhebung der Staats- und Parteiherrschaft zur „Massendemokratie". Anders als die „pro-chinesischen" K-Gruppen lehnten die Maos allerdings jede Unterordnung unter die Pekinger Außenpolitik ab.

Einer ihrer Sprecher war Alain Badiou, der als Schüler des PCF-Philosophen Louis Althusser und Mitautor des vierbändigen *Lire Le Capital* 1969 eine Philosophieprofessur an der „Reformuni“ Paris VIII übernahm. (1) Ein Jahr später gründete er eine der wichtigsten maoistischen Organisationen dieser Zeit, die *Groupe pour la fondation de l'Union des communistes de France marxiste-léniniste* (UCFML). (2) Die Länge des Namens verweist auf das verwickelte Problem, das sie lösen wollte. Wenn die gewaltsame Zerschlagung des bürgerlichen Staats und die Selbstaufhebung der proletarischen Diktatur nur in permanenter Massenmobilisierung erreicht werden konnte, weil die Massen „sich nur aus sich selbst heraus befreien können und man keinesfalls an ihrer statt handeln darf“ (3), konnte die gesuchte „Partei neuen Typs“ nur im und als Prozess der sich selbst organisierenden Massendemokratie entstehen. „Das Wesen der Massendemokratie“ aber, so schreibt Badiou im Rückblick, „stellt sich als eine Massensouveränität dar, und die Massensouveränität ist eine Souveränität des Unmittelbaren, *also der Versammlung selbst*.“ (4) In der Unmittelbarkeit des massendemokratischen Prozesses konnten die Maos für sich deshalb bloß eine Gruppe bilden, aus der im Fortschritt der Kämpfe erst die „Union“ der Kommunisten, schließlich die Partei erwachsen sollte. Damit waren Strategie und Taktik der Maos vorgegeben: Im Betrieb wie im Stadtteil, in der Schule wie in der Universität drängten sie auf die Radikalisierung des Kampfes zum bewaffneten „Volkskrieg“, in dessen Verlauf „befreite Zonen“ als Basen der Massendemokratie erkämpft werden sollten. Vor dem Verfall in bürokratische „Vermittlung“ schützte allein die unausgesetzte Mobilität aller AktivistInnen: Stillstand war Konterrevolution. Das musste zur Überspanntheit, schließlich zu Erschöpfung und Verausgabung führen und war ein wesentlicher Grund dafür, dass der Maoismus Anfang der 1980er aus dem politischen Leben Frankreichs verschwand, ohne bleibende Spuren zu hinterlassen. Nicht weniger wichtig allerdings war die Bereitwilligkeit, mit der sich zehntausende Maos dann doch vom Staat einholen ließen, indem sie sich individuell der Sozialdemokratie Mitterands anschlossen – ein Prozess, der sich ähnlich auch anderswo ereignete.







Das Ereignis, der Staat und die Leere

Das Ende der Maos als organisierte politische Kraft führte im Philosophieren und in der Politik Badious zu einem Umbruch, der die Gründe des eigenen Scheiterns und zugleich des Verzichts, ja des Verrats so vieler GenossInnen aufklären soll. Intensiv setzt er sich mit den poststrukturalistischen Philosophen Gilles Deleuze und Michel Foucault auseinander, die er in den 1970ern noch als „Anarchisten“ bekämpfte und die ihm umgekehrt die „Bolschewisierung“ der Universität vorgeworfen hatten. Gemeinsam ist allen drei die doppelte Kritik der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie wie der real existierenden proletarischen Diktaturen einschließlich der chinesischen. Dabei gewinnt Badiou eine Philosophie des Staates und der Revolution, in der die sozialen Kämpfe keiner Fortschrittsdialektik mehr folgen und sich deshalb auch nicht einer Dialektik von Diktatur und Demokratie vollenden, sondern sich in diskontinuierlichen „Ereignissen“ immer neu verdichten. In solchen Ereignissen – im Oktober 1917, im Beginn der Kulturrevolution, in den Revolten der Epoche zwischen 1965 und 1985, jüngst vielleicht in Seattle und Genua – wird Geschichte nicht auf eine „höhere Stufe“ gehoben, sondern in ihrem Fortschritt *„unterbrochen“*. Jedes Ereignis begründet einen besonderen „Modus“, d.h. eine historisch einzigartige Art und Weise revolutionärer Politik: den jakobinischen Modus zwischen 1792 und 1794, den marxistischen zwischen 1848 und 1871, den bolschewistischen zwischen 1902 und 1917 und – natürlich – den kulturrevolutionär radikalisierten maoistischen Modus. (5)

Den Ereignissen liegt kein Subjekt zugrunde, doch mobilisiert jedes von ihnen Massen, die in ihrem Aufbruch einzigartige Subjektivitäten ausbilden. Subjekt eines Ereignisses wird, wer ihm die „Treue“ hält, indem er den revolutionären Bruch immer anders wiederholt. „Treu“ ist also nicht, wer ein für alle Mal an seinem Modus festhält – im Fall Badious am Maoismus des „roten Jahrzehnts“ –, sondern wer sich nach seinem Ende auf den unverfügbaren Beginn einer anderen Art und Weise revolutionärer Politik öffnet. Die subjektive Offenheit für das Ereignis eines anderen Modus ist keine Frage der Erinnerung oder der Erwartung, sondern einer individuellen

und kollektiven Praxis, die nicht auf ein Fortschrittsversprechen, sondern allein auf die ereignishafte *„Unterbrechung"* setzt. Deren Tiefe und Ausgang kann nicht berechnet werden und bürgt gerade in dieser Unberechenbarkeit für die Aktualität des Kommunismus. Aus demselben Grund aber steht die Treue jederzeit in der Gefahr des Verzichts und des Verrats.

Den Staat bezeichnet Badiou als die Macht der Repräsentation, deren Norm die politische Ökonomie des Kapitals ist. Staat und Kapital setzen den Wert aller Dinge, vermessen sie als Subjekt oder Objekt der Verwertung und machen sie damit zählbar: Wer „etwas" oder „jemand" ist, besitzt eine fixe Identität – konkret: einen Pass – und kann dadurch auch als „Eins" gezählt, d.h. re-präsentiert werden. Als Macht solcher Zählung haben Staat und Kapital selbst keinen Wert, keine Zahl, kein Maß, sind „überschüssige" Macht. In jeder besonderen gesellschaftlichen Situation als einer vom Staat gesicherten Anordnung aller gezählten und zählbaren Dinge und Subjekte aber gibt es eine „Leere" als Ort des Ungezählten und nicht Zählbaren, politisch gesprochen: der vom Staat nicht repräsentierten, sondern ihn nur namen- und zahllos bewohnenden sozialen Elemente, der Proletarier und „gefährlichen Klassen", aktuell der „Arbeiter ohne Papiere", der *Sans papiers*. Diese Leere wird zum Ort des Ereignisses, das den Ausschluss der Ungezählten sichtbar macht.



Entscheidend ist nun, dass das Ereignis den Staat nicht abschafft und deshalb auch nicht selbst zum Staat wird. Stattdessen schafft es eine „Distanz" zum Staat, in der sich revolutionäre Subjektivität kollektiv organisiert und im besonderen Modus ihrer politischen Aktion den Kommunismus als Gleichheit aller artikuliert. Aus dieser Distanz verleiht sie dem Staat ein Maß und unterstellt ihn einer „politischen Vorschrift". (6) Deshalb ist die Demokratie, wie Badiou jetzt gegen Marx, Lenin und Mao einwendet, niemals selbst ein Staat, weder ein diktatorischer, noch ein parlamentarischer. Deshalb realisiert die Demokratie aber auch nicht die Rücknahme eines „absterbenden" Staates in die sich selbst verwaltende Gesellschaft am Ende aller Geschichte. Stattdessen – noch einmal – *„unterbricht"* sie den Staat: *jetzt*, d.h. im gegebenen Modus einer besonderen kommunistischen Praxis.

Roter Stern über Brasilien

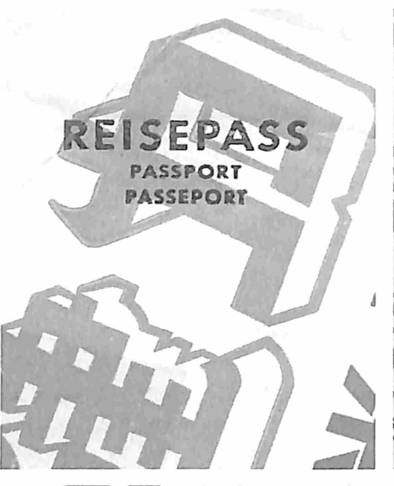
Nimmt man die Begrifflichkeit Badious auf, dann beginnt zu der Zeit, da der maoistische Modus in Frankreich an sein Ende kommt, in Brasilien ein anderer Modus revolutionärer Politik. Auf dem Höhepunkt einer Welle sozialer Kämpfe gründen AktivistInnen der Gewerkschaftsbewegung wie der Bewegung der LandarbeiterInnen eine „Partei neuen Typs", die *Partido dos Trabalhadores* (PT). Die PT distanziert sich sowohl von der sozialdemokratischen wie von der kommunistischen Tradition der Linken und setzt auf die Autonomie der Massenkämpfe, die wenige Monate nach ihrer Gründung maßgeblich zum Rücktritt der seit 1964 herrschenden Militärdiktatur beitragen. Sie basiert auf der Koexistenz mehrerer Flügel, die Mehrheitsströmung um den heutigen Staatspräsidenten Luis Inácio „Lula" da Silva ist linkssozialdemokratisch ausgerichtet, es gibt verschiedene trotzkistische und maoistische, sogar eine anarchistische Fraktion. Im Bündnis mit den Gewerkschaften der *Central Unica dos Trabalhadores* (CUT) und der Landlosenbewegung MST zielt sie auf eine Doppelherrschaft staatlich-parlamentarischer und nichtstaatlich-partizipatorischer Demokratie, die sich in den „Beteiligungshaushalten" der von ihr regierten Städte bewähren soll.

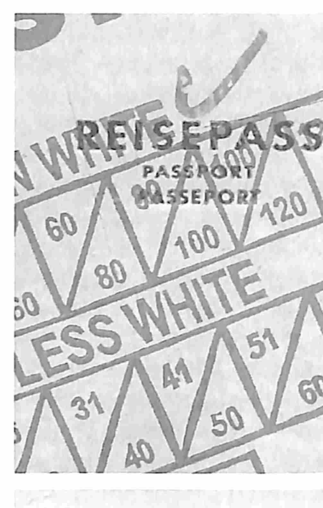
Nachdem Lula im vierten Anlauf 2002 zum Präsidenten gewählt wurde, gerät – wieder mit Badiou gesprochen – der in der PT organisierte Modus umgehend in eine existenzielle Krise; hält man sich an die Oberfläche des Geschehens, verfällt die PT im Eilverfahren der Korruption, in der ihr die historische Linke vorausging. Natürlich ist das MST Teil der Krise der Lula-Regierung. Allerdings stellt es keine Minister, im Gegenteil, João Pedro Stedile, sein Sprecher, sagt: „Das werden wir nicht tun, natürlich nicht – so wenig, wie wir so irre sein werden, eine politische Partei werden zu wollen." (7) Das MST hat seinen eigenen Ort, Badiou würde sagen: seine eigene „Leere". Genauer: es schafft sich viele solcher „Leeren", die den Staat überall dort durchlöchern, wo seine AktivistInnen brachliegendes Land besetzen. Denn während die Hälfte des Landes 1% der Gesellschaft gehört, sind 4,8 Millionen Familien landlos und damit im Staat präsent, ohne von ihm repräsentiert zu werden. Seit 1984 sind aus Landbesetzungen

REISEPASS
PASSPORT
PASSEPORT











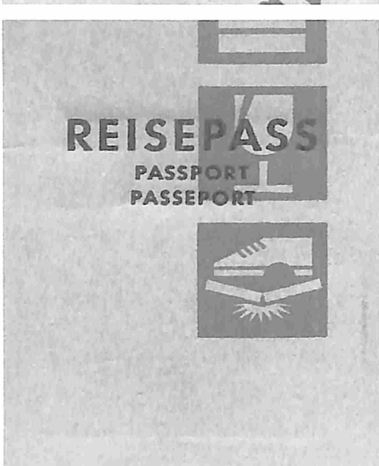




















REISEPASS
PASSPORT
PASSEPORT
NEW



REISEPASS
PASSPORT
PASSEPORT
ILE

















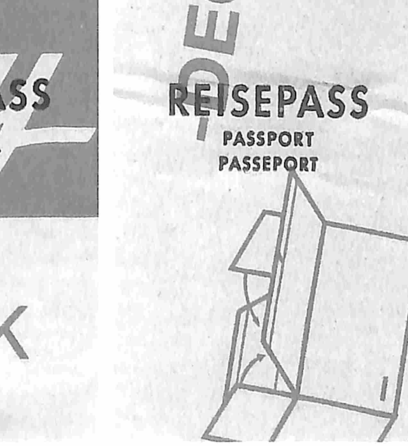












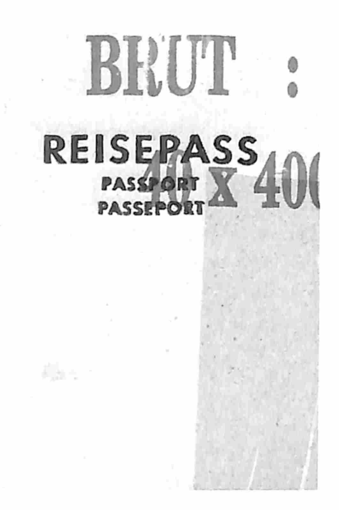


TABOON RIC
REISEPASS
PASSPORT
PASSEPORT
PHO THUỘ
TENTS
Z.(400G.)

des MST 1.600 Siedlungen hervorgegangen, auf denen sich rund 250.000 Familien in Landwirtschaftskooperativen organisieren, etwa fünf Millionen Menschen. In den legalisierten Siedlungen gibt es eigene Schulen, eigene Gesundheitseinrichtungen, wenn auch längst nicht so viel, wie gebraucht werden. Die Losung „Besetzen, Widersetzen, Produzieren!" regelt den Alltag der Kooperativen und schafft damit – wie sollte es anders sein? – neue Widersprüche. So führen, ein Beispiel nur, Mikrokredite, die die Bewegung den SiedlerInnen vermittelt, in vielen Fällen zur bleibenden Verschuldung der KreditnehmerInnen, die das nicht zu Unrecht dem MST anlasten.

Beim Amtsantritt Lulas lebten weitere 60.000 Familien in noch nicht legalisierten MST-Zeltlagern. Im letzten Jahr verdreifachte sich ihre Zahl auf aktuell 170.000 Familien. Die Todesschwadronen der Großgrundbesitzer verstärken seither ihre blutigen Angriffe, das MST fordert staatlichen Schutz und natürlich eine umfassende Landreform. In beidem verlässt es sich nicht auf Staat und Partei, sondern bleibt autonom. Deshalb sitzen im Augenblick sechs seiner Führer im Gefängnis von Manaus, der Hauptstadt Amazoniens, in dessen Landesregierung die PT mit drei Ministern vertreten ist. (8) Das MST verlangt die Freilassung dieser und anderer Gefangener. Badiou würde sagen, dass es auf diese Art und Weise („Modus") versucht, Staat und Kapital unter eine „politische Vorschrift" zu stellen, die nur wirksam werden kann, wenn es seine Distanz zum Staat nicht aufgibt. Vielleicht meint Stedile dasselbe, wenn er sagt, dass das MST nicht so „irre" sein wird, politische Partei zu werden. Von Badious eigener Partei blieb ein kleiner Kern, der seit 1984 unter dem unscheinbaren Namen *L'Organisation politique* (OP) in ein paar Fabriken, in der Solidarität mit den *Sans papiers* und als Theoriezirkel aktiv ist. Darin sucht auch die OP nach einer „Politik ohne Partei", unter der sie nicht eine „unorganisierte Politik" versteht, sondern eine, die nicht mehr in einer „auf den Staat bezogenen Form organisiert ist." (9) Die Wahl des Modus ist die wichtigste Wahl, weil die Treue dem Ereignis und nicht dem Endziel der Geschichte gilt.

***Thomas Seibert** lebt in Frankfurt/Main und ist Redakteur bei* Fantômas.





Anmerkungen:

1) dt. *Das Kapital lesen* I + II, Hamburg 1972.
2) In französischer Sprache u.v.a.: L'Union des Communistes de France marxiste-léniniste (UCFML), *Des années 60 aux années 80: la situation mondiale et les tâches immédiates des révolutionnaires*, Marseilles 1979. Auf Deutsch antiquarisch noch erhältlich: *Der Westen wird rot. Die „Maos" in Frankreich: Gespräche und Reportagen. Vorwort von Jean-Paul Sartre*, München 1973.
3) Erklärung des ZK der KPCh vom 8. August 1966, zit. n. R. Rossanda, *Der Marxismus von Mao Tsetung*, Berlin 1971, 29.
4) A. Badiou, *Über Metapolitik*, Zürich 2003, 101.
5) ebd., 53ff., 167f.
6) ebd., 151ff.
7) Interview mit J.P. Stedile. In: *Tonarchiv Radionetzwerk Trikont* C 19/97. Zum MST vgl. www.mstbrazil.org (Englisch); neben ihm gibt es andere Bewegungen, teils ihm verbunden, teils eigenständig.
8) www.redglobe.de/modules.php. Dort finden sich auch Adressen, an die Protestmails verschickt werden können.
9) *Über Metapolitik*, 133. Vgl.www.organisationpolitique.com

Staat anstelle des Staates

Politische Ordnung, sozialer Krieg und Selbstorganisation in den Favelas von Rio. Ein Reisebericht

Von Susanne Dzeik

In den Slums von Rio de Janeiro leben laut offizieller Statistik eine Million Menschen. Obwohl der lokale Staat hier nur noch in Form seiner korrupten Polizei und vereinzelter sozialer Projekte präsent ist, bilden die Favelas einen politischen Raum mit ganz eigenen Konflikten um Staatlichkeit und Autonomie.

Am Abend des 24. März 2003 erreicht mein Flugzeug Rio de Janeiro. Zum zweiten Mal reise ich in die Fünf-Millionen-Stadt, um einen Dokumentarfilm fertig zu stellen, den ich im letzten Jahr begonnen habe. Im Lichtermeer zeichnen sich dunkel die zahlreichen morros ab, die Hügel, die sich vor allem über den Norden der Stadt ausbreiten. Auf den morros, aber auch in vielen ebenerdigen Gebieten dazwischen liegen die Favelas, in denen ein Fünftel der BewohnerInnen Rios leben. Favelas sind eigenwillige Gebiete. Die erste entstand Ende des 19. Jahrhunderts, ab den 1940er Jahren breiteten sie sich im Zug der Zuwanderung vor allem arbeitssuchender Schwarzer immer schneller aus, ein zweiter Zuwanderungsschub folgte im Rahmen der weltbankfinanzierten Modernisierungsprogramme der Militärdiktatur. Ungeplant entstanden kilometerweite, eng verwinkelte Lebensräume mit engen Gassen, mit einem Gewirr von Stromleitungen überzogen, die jedem deutschen Elektriker die Haare zu Berg stehen lassen würden. Die Kanalisation wird immer erst später angelegt, oft sind die Rohre viel zu klein, weil ein Teil der staatlichen Gelder in private Taschen fließt.

In den Armengebieten finden sich kaum öffentliche Einrichtungen, die wenigen Krankenhäuser und Schulen sind völlig überlastet und unzureichend ausgestattet, dasselbe gilt für die ganze Infrastruktur. Trotzdem verfügen sie über eine ganz eigene, quasi-staatliche Ordnung. Jeder Wohnkomplex entsendet Delegierte in die „associação dos moradores", die Nachbarschaftsvereinigung, die sich vor allem um die Müllentsorgung und das Trink- und Abwassersystem kümmert. Zahllose NGOs versuchen mit Bildungs- und Kulturarbeit die mangelnde Fürsorge des Staates abzufedern. Ihre meist zeitlich befristete Arbeit bleibt allerdings so wenig nachhaltig wie die der wenigen staatlichen Sozialprojekte. Ihre MitarbeiterInnen kommen zum großen Teil von außerhalb, wohnen nicht in der Favela. Daneben existieren sehr viele selbstorganisierte Gruppen, die für ein reichhaltiges Angebot an Capoeira, Samba, Afro Reggae, Hip Hop, an Theater und Fussball sorgen, selten auch für politische Analyse. Großen Einfluss genießen die Narcotraficantes, die Drogenverkäufer. Sie sind in ihren Gemeinden verwurzelt, die sie in einer Mischung aus Angst, Resignation und Respekt anerkennen. Mit erschreckend brutaler Gewalt und nach eigenen Regeln ersetzen sie die Polizei, gegen ihren Willen geht gar nichts. Trotzdem sind die Narcotraficantes Vorbild gerade der jungen Leute. Diese Gemengelage wollte ich besser verstehen.

Platz 151 aus 161

Ich fahre nach Manguinhos. Die Favela zählt 55.000 meist schwarze EinwohnerInnen und stammt aus den 1950ern. Am Hauptweg reihen sich kleine Läden, Verkaufsstände, Bars und dichtgedrängte, meist zwei- oder dreistöckige Häuser aus roten Backsteinen. Aus den Flachdächern ragen die Säulen und Eisen für die nächste Etage, die erst gebaut wird, wenn Bedarf entsteht. Hier leben verschiedene Generationen und Familien zusammen, nicht selten teilen sich sechs Personen ein Zimmer.

Einige Gebiete bestehen nur aus Fundstücken zusammengezimmerten Bretterbuden. Unter den regenundichten Dächern steigen die Temperaturen im Sommer oft über 40 Grad, jede Bewegung wird

zum Kraftakt, wer kann, kauft sich einen Ventilator. Gemessen am "Human Development Index" liegt Manguinhos unter den 161 Stadtteilen Rios auf Platz 151. Im Jahr zuvor grassierte das von Mücken übertragene Denguefieber, in Gegenden wie diesen wurden die meisten Toten verzeichnet.

Ich besuche CCAP, das „Zentrum für populäre Kooperation und Aktivitäten". Die Organisation entstand 1986, mittlerweile arbeiten hier ca. 50 Leute, davon 60% Frauen. Die Arbeit CCAPs konzentriert sich auf diejenigen, die den extremsten Abhängigkeitsverhältnissen unterworfen sind: Schwarze, Frauen und Kinder. Fast alle Mitglieder leben selber in Favelas, kennen die Nöte der Leute. Im Zentrum finden sich die Büros, Klassenzimmer und ein Schneideraum, der von einer Videogruppe genutzt wird, die den Alltag der Favela dokumentiert und ihre Filme auf öffentlichen Plätzen und im lokalen Piratenfernsehen zeigt. Protagonisten sind die BewohnerInnen selbst. Neben der Videogruppe unterhält CCAP eine Vorschule für 100 Kinder und bietet für ein geringes Entgelt Kurse zur Erwachsenenbildung an. Außerdem verfügen sie über ein Archiv, in dem Statistiken gesammelt werden, auch über die Gewalt in den Favelas. Offizielle Zahlen existieren kaum, auch nicht über die Toten, die dem sozialen Krieg zwischen Traficantes und Polizei zum Opfer fallen.

CCAP bietet kostenlose Rechtshilfe an, die vor allem von Frauen genutzt wird, um Unterhalt für ihre Kinder einzuklagen. Sexuelle Beziehungen beginnen oft schon mit 10, 11 Jahren. Wegen mangelnder Aufklärung und weil Abtreibungen verboten sind, werden viele Frauen früh und häufig schwanger. Sie stehen allein, müssen zusätzlich zur Hausarbeit Geld verdienen, die Kinder verbringen den Tag auf der Straße. CCAP ermuntert die Frauen, sich mit ihren Männern zu konfrontieren. Außerdem gründeten sie „Fonds der gegenseitigen Hilfe", über die Mikrokredite verteilt werden. Jedes Mitglied zahlt in den Fonds ein und kann im Gegenzug einen gering verzinsten Kredit beanspruchen. Dabei geht es um die Stärkung der lokalen Ökonomie, auch um kooperative Projekte – und um einen Austausch über die Armut und ihre Ursachen. Auch CCAP trägt sich finanziell selbst, sie erhalten kaum Fördermittel von dritter Seite, die meiste Arbeit wird autonom und im solidarischen Austausch geleistet, was allerdings heißt: ehrenamtlich, unentgeltlich. Damit stößt die Organisation an ihre Grenzen.

Kollateralschäden im sozialen Krieg

Die Misere kennt viele Abstufungen. Tancredo Neves, ein Wohnkomplex mit 6000 EinwohnerInnen in Jacarezinho, erhält gar keine staatliche Unterstützung. Viele Leute hungern. Der Präsident der associaçao dos moradores heißt Quito. Die Vereinigungen wurden ursprünglich von linken Gruppen gegründet und sollten autonome Massenorganisationen werden. Die Gruppen zerfielen, ihre GründerInnen zogen sich zurück, ihre Nachfolger sind kaum noch politisch motiviert. Sie sehen die Arbeit als Job, der das eigene und das Überleben der Familie sichert und suchen deshalb verstärkt die Zusammenarbeit mit den Behörden, die darin eine Chance sehen, Einfluss auf die Gemeinden zu gewinnen.

Quito führt mich durch Straßen, auf denen kleine Jungs auf ausgemergelten Pferden auf und ab reiten, Kinder mit Murmeln spielen und auf Handkarren billige Kleidung verkauft wird. Die Leute begegnen mir offen und freundlich, doch als ich filmen will, muss Quito die Traficantes um ihr OK bitten. Er zeigt mir eine Stelle, an der die Polizei vor einigen Wochen zwei Mädchen angeschossen und einen dreijährigen Jungen getötet hat. Die Mutter erzählt, dass die Polizei auf belebter Straße auf einen Wagen feuerte, der trotz Aufforderung nicht stoppte. Das gehört zum Alltag, die Kinder wurden zum Kollateralschaden. Die Leute trauen sich nicht, Anzeige zu erstatten – bei wem auch? Manchmal allerdings kommt es nach Polizeiüberfällen mit Todesfolge zu kleinen Demonstrationen, bei denen Linienbusse





und Autos angezündet werden. Die Medien zeigen die Brände, nicht die Ursachen. Wenn überhaupt, sind Vorfälle dieser Art Thema von Reality-TV-Sendungen, das Spiel mit der Hysterie gehört zum Geschäft.

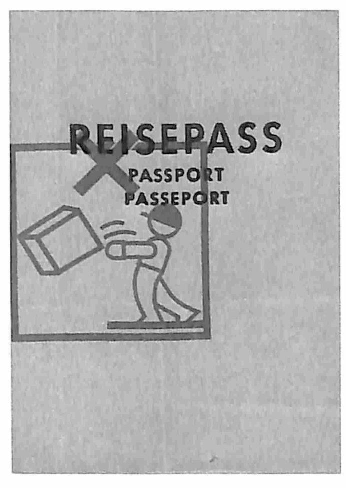
Zusammen mit Kirchenleuten organisiert das CCAP unter glühender Sonne eine „Friedenskundgebung“. Der Schweiß läuft in Strömen, die Gruppe verteilt Flugblätter, die über die Menschenrechte aufklären. Nur wenige Leute bleiben stehen. Nebenan, auf dem Fußballfeld, ist mehr Betrieb. Zuspruch aber kommt von ein paar Jugendlichen, die sich ein Flugblatt holen. Es sind Narcotraficantes.

Gefährliche Momente entstehen, wenn die großen Spezialeinheiten der Polizei auftauchen, die auf den „Favelakampf“ spezialisiert sind und mit Guerrillataktik in die Gemeinden einfallen. Dann entstehen Feuergefechte mit den Traficantes, die sich mit Distanzwaffen verteidigen. Die Gewalt- und Geschäftsbeziehungen zwischen beiden sind verwickelt. Die ortsansässigen Polizisten stehen auf der Gehaltsliste des Drogenhandels. Zum Gefecht kommt es, wenn Bestechungsgelder ausbleiben oder Personen des öffentlichen Lebens von Gangstern umgebracht werden. Dann exekutiert die Polizei ein paar von ihnen, verhaftet manchmal auch einen Anführer. Gelegentlich werden Traficantes aber auch von der Polizei entführt und an eine gegnerische Gang verkauft. Das führt zu Kriegen zwischen den Gangs und mit der Polizei, bei denen sich alle Seiten der Todesstrafe bedienen. Noch im Zentrum des CCAP höre ich vier Schüsse. Sofort werden alle Türen verschlossen. Später erfahre ich, dass die Traficantes eine 20-jährige Frau liquidiert, ihren Körper in Stücke gehackt und verbrannt haben. Sie soll der Polizei den entscheidenden Tipp zur Verhaftung einiger Leute gegeben haben.

Das Rote Kommando

Auch wenn das große Geld nur in den oberen Etagen fließt, sind doch viele FavelabewohnerInnen am Drogenhandel beteiligt. Die einzelnen Viertel sind strikt unter den verschiedenen Syndikaten aufgeteilt, die sich aus „Soldaten“, „Verkäufern“ und dem „Besitzer“ zusammensetzen. Die meist bewaffneten „Soldaten“ sind zwischen 13 und 25 und sorgen für die Sicherheit des Geschäfts, aber auch der Nachbarschaft. Die „Verkäufer“ verdealen vor allem Marihuana und Kokain, an Kunden aus der Mittelschicht, doch zunehmend auch an Leute aus dem Viertel. Der „Besitzer“ ist Herr über seinen Bezirk. Tancredo Neves und Manguinhos unterstehen dem einflussreichsten Syndikat, das Comando Vermelho (CV), „Rotes Kommando“ heißt. Seine Geschichte begann Anfang der 1980er, zu Zeiten der Militärdiktatur, in einem Gefängnis in Rio. Ein paar Kommunisten organisierten Gefangene, bauten schließlich auch außerhalb des Gefängnisses politische Gruppen auf. Ins Drogengeschäft stiegen sie ein, um Waffen zu kaufen. Später wurden die Waffen immer wichtiger, um die Geschäfte fortzusetzen. Die Struktur war zu Beginn relativ dezentral und flexibel, die einzelnen Gruppen handelten autonom, doch stets in enger Zusammenarbeit mit den Gefängnisinsassen. Seit den 1990ern sind die Drogengeschäfte zur Hauptsache geworden. Die großen Transaktionen organisiert eine kleine Gruppe, die alle Entscheidungen zentralisiert hat und über Kontakte ins Parlament und die höchsten Ebenen der Polizei verfügt. Als Fernandinho Beira-Mar, ein zum Medienstar avancierter Boss des CV, im Februar 2002 in das Gefängnis eines anderes Bundesstaates verlegt werden sollte, zündeten „Soldaten“ des Comando 30 Busse an, warfen Benzinbomben auf Wohnhäuser und steckten Polizeireviere und Supermärkte in Brand. Die Regierung setzte 3.000 reguläre Soldaten ein, um die Angriffe zurückzuschlagen; während der ersten drei Tage des Karnevals wurden 72 Menschen Opfer der Kämpfe.

Die Narcotraficantes reproduzieren auf extreme Weise die Strukturen kapitalistischer Herrschaft und Ausbeutung. Zugleich professionalisieren und zentralisieren sich die Drogenunternehmen, verhan-





deln miteinander und teilen sich den Markt auf. Längst bilden sie einen Staat im Staat, der keinesfalls in einem antagonistischen Widerspruch zum bestehenden System steht. Dennoch bieten die Narcotraficantes vor allem den Jugendlichen eine Projektionsfläche der eigenen Wünsche: Sie haben Geld, Frauen und die Macht, der Polizei die Stirn zu bieten. Sie verfügen über eigene Mythen, Identifikationsfiguren und sind das organisierende Zentrum einer eigenen Kultur. Überall an den Wänden finden sich die Kürzel der verschiedenen Gangs und dazwischen immer wieder der berühmte Slogan aus den Anfängen des Roten Kommando – „Frieden, Gerechtigkeit, Freiheit!“ Sogar die Kinder formen zum Gruß mit ihren Fingern das „C“ und das „V“.





Eine neue Musikrichtung der Favelas wird „Funk“ genannt und mischt Elektro und eigene Rhythmen mit Ausschnitten bekannter Melodien und Gesang. Sie wirkt kraftvoll, energetisch und rotzig, die Texte, meist sexistisch und gewalttätig, handeln vom Leben in den Favelas. Die Funk-Partys werden von den Traficantes organisiert, sie sind gut fürs Geschäft und garantieren rege Umsätze. Die Traficantes bezahlen die Musikanlage, die Sänger und das Bestechungsgeld für die Polizei, damit „in Ruhe“ gefeiert werden kann. In Nova Brasilia besuchen wir eine solche Party, als Tanzfläche dient ein umzäunter Sportplatz in der Mitte der Favela, die Straßen sind überfüllt mit Teenagern. Musik dröhnt aus überdimensionierten Boxen, der Schall fährt in die Magengrube, in der Enge tanzen Grüppchen mit aufeinander abgestimmten Bewegungen, sexy und unterleibsbetont. Einer unserer Begleiter stellt mich dem Verantwortlichen vor, einem Traficante, dem ein Maschinengewehr von der Schulter hängt. Ich werde akzeptiert. Wir entspannen uns, denn jetzt können wir keinen Ärger mehr bekommen. In kleinen Gruppen ziehen die Ordner vorbei, 15 bis 17jährige, ebenfalls mit Maschinengewehren bewaffnet. Die Partybesucher sehen geflissentlich über sie hinweg: Wer es wagt, Streit anzufangen, hat zu viel Kokain gezogen oder ist schlicht verrückt. Jointrauch hängt in der Luft, die Lines werden in aller Öffentlichkeit auf der Straße gezogen. Finden sie nicht vorher den Absprung, werden Traficantes meist nicht älter als 25 bis 30 Jahre.

Susanne Dzeik *arbeitet im Videokollektiv AK KRAAK, lebt in Berlin und ist Mitglied bei FelS. Auf der Reise des letzten Jahres entstand ein Film über Fabrikbesetzungen in Argentinien, der unter akkrak@assi.tv bestellt werden kann. Dort kann auch der kommende Film über die Lebenssituation in den Favelas vorbestellt werden.*

Zerstört die Zähler, genießt das Wasser!

Globale Konzerne, lokaler Staat und soziale Bewegung in Johannesburg

Von Patrick Bond

Seit Ende der 1990er ist die Metropole Johannesburg zum Brennpunkt der sozialen Bewegungen Südafrikas geworden. Anlass dafür ist der Versuch der lokalen Regierung, mit ihrer Stadt in die Liga der „Global Cities" aufzusteigen auf Kosten, natürlich, der ärmeren und armen Viertel. Dem antworten die Bewegungen in Kämpfen, die lokal und global zugleich ausgerichtet sind.

Kraftvolle soziale Bewegungen hat Johannesburg schon in den 1980er Jahren, im Kampf gegen die Apartheid, hervorgebracht. Gab es nach der Regierungsübernahme des *African National Congress* (ANC) eine Tendenz zur Einhegung ihrer Widerspenstigkeit auf das liberale Ideal der „Zivilgesellschaft", setzte Ende der 90er ein Repolitisierungsschub ein. Hintergrund dafür war und ist die vom lokalen Staat forcierte Auslieferung der Stadt an die globalen Konzerne, in deren Folge sich die Lebensbedingungen für Menschen mit niedrigem Einkommen – die soziale Basis der Bewegungen – massiv verschlechtert haben. In allen Bereichen gingen Jobs verloren, die Löhne blieben niedrig und mit dem Wegfall staatlicher Subventionen schossen die Preise für öffentliche Dienstleistungen dramatisch in die Höhe. Das Einkommen des durchschnittlichen schwarzen Haushalts ist zwischen 1995 und 2000 um 19% gefallen, das der weißen um 15% gestiegen.

Seither sind die Dinge nicht besser geworden. Brennpunkte der Auseinandersetzung sind die Versorgung mit Unterkunft, Strom und Wasser und der Widerstand gegen das neoliberale Stadtentwicklungsprogramm „Igoli 2002". Schirmorganisation der Kämpfe ist das „Anti-Privatisation-Forum" (APF), in dem sich eine neue Generation auf Gemeindeebene aktiver Basisgruppen sammelt.

Die Strom- und Wasserkriege

Die südafrikanischen „Anti-IWF-Riots" begannen in Townships wie Soweto, Tembisa, Eldorado Park und KwaTema und richteten sich von Anfang an gegen die Versuche der Regierung, die öffentlichen Dienste einer neoliberalen „Kostenreduktion" zu unterwerfen. Die Graswurzel-Proteste forderten Preisnachlässe und den Wiederanschluss aller Haushalte an die Strom- und Wasserversorgung, deren Leitungen wegen unbezahlter Rechnungen gekappt worden waren. In mehreren Gebieten kam es zu gewaltsamen Protesten und zu Auseinandersetzungen mit der Polizei und städtischen Angestellten. Seit Jahresmitte 1998 breiteten sich die Konflikte in den East Rand Townships und den umliegenden ländlichen Gemeinden aus, in Witbank und Tsakane im Osten Johannesburgs wurden nach Zwangsräumungen und –vollstreckungen öffentliche Gebäude und ein Postamt angezündet. Als in Amersfort ein Baby starb, nachdem viele Familien von der Strom- und Wasserversorgung abgeschnitten wurden, kidnappten die Leute einen bekannten Kommunalpolitiker. An mehreren Orten wurden die Häuser kommunaler Politiker angezündet, schließlich wurde ein persönlich für Strom- und Wassersperren verantwortlich gemachter Bürgermeister während eines Aufruhrs getötet. Aufgrund ihrer Mitverantwortung für neoliberale Entwicklungsprojekte wie z.B. das „Lesotho Highlands Water Project" richteten sich die Proteste aber explizit nicht nur gegen die kommunale, sondern auch gegen die nationale Politik und transnationale Institutionen, voran die Weltbank.

2000 wurden das „Soweto Electricity Crisis Committee" (SECC) und die von ihm getragene „Operation Khanyisa! Reconnect the Power!" ins Leben gerufen. Auf eigene Faust schließen die AktivistInnen des SECC Haushalte, denen die Strom- und Wasserversorgung gesperrt wurde, wieder an das Leitungsnetz an. Als der staatliche Stromkonzern ESKOM im Gegenzug dazu überging, Monat für Monat die Leitungen von jeweils 20.000 weiteren BewohnerInnen Sowetos zu kappen, eskalierten die Auseinandersetzungen. Im November brachte die Washington Post auf der Titel-

seite eine längere Analyse der Situation, eingeleitet mit der Geschichte von Agnes Mohapi, einer alten Frau, die mit 600 Rand (70 €) monatlich zu überleben sucht:

„Als sie die Dunkelheit und die Kälte nicht mehr ertragen konnte, die ihre arthritischen Knie umfing und als sie wieder daran dachte, ein Möbelstück als Feuerholz zu opfern, verfluchte Agnes Mohapi die Mächte, die sie vom Strom abgeschnitten hatten. Dann wandte sie sich an einen Nachbarschaftsdienst, der sie illegal wieder ans Stromnetz anschließen würde. Kurz darauf erschienen zwei bootleg technicians (‚Schwarztechniker') des Soweto Electricity Crisis Committee auf der Kreuzung der Moseka und der Moema Straße. Ohne um eine Gegenleistung zu bitten nutzten sie eine Kombizange und ein Taschenmesser, um mit einem Schnitt hier und einer Verbindung dort wieder Licht in die staubige, baumlose Ecke zu bringen. ‚So was sollten wir nicht nötig haben', sagt Mohapi, 58, als sie ohne Reue mit gekreuzten Armen vor ihrem Haus steht, das die Reparateure wieder mit Strom versorgt haben. Nichts ist vergleichbar mit der Apartheid, dem System der Rassentrennung, dass die Schwarzen in arme Townships wie Soweto einschloss. Doch in all ihrem Elend und all ihrer Erbärmlichkeit hat Apartheid Agnes Mohapi nicht den Job genommen, die Strom- und Wasserrechnungen nie in solche Höhen getrieben und sie endlich, als sie nicht mehr zahlen konnte, von der Versorgung abgeschnitten. ‚Das hat erst die Privatisierung getan', sagt sie, die Worte vor Ärger immer schneller herauspressend. ‚Und dieser ganze Globalisierungsmüll, den unsere neue schwarze Regierung uns aufzwingt, hat nichts besser, sondern alles schlechter gemacht ... Wir werden uns zusammenschließen und diese Regierung mit derselben Wut bekämpfen, mit der wir zu ihrer Zeit die Weißen bekämpft haben.' Das ist Südafrikas neue Revolution." (1)

Schließlich erschien der Minister für Öffentliche Unternehmen, Jeff Radebe, persönlich in der Orlando Hall, einem Veranstaltungsgebäude mitten im SECC-Gebiet, um der „Operation Khanyisa!" die vom Netzwerk der Gemeindeverwaltungen, der Menschenrechtskommission, der ESKOM und dem Johannesburger Wirtschaftsverband getragene „Operation Lungise! – Light On!" entgegenzusetzen. Er versprach die Wiederherstellung aller Anschlüsse, wenn die Hälfte der unbezahlten Rechnungen bezahlt würden. In ganzseitigen Anzeigen hieß es: „Alles, was Sie tun müssen, ist Ihre Gebühr zu bezahlen. Jeden Monat. Pünktlich. Wir werden unsere Dienste stetig verbessern." Nur wenige BewohnerInnen Sowetos ließen sich auf den Deal ein, Anfang 2003 musste Radebe schließlich offiziell den Verzicht auf Zahlungsrückstände in Höhe von 1, 4 Milliarden Rand (über 1,4 Millionen €) erklären.

Einen ähnlichen Verlauf nahmen die Auseinandersetzungen um die Wasserversorgung. Hier entzündeten sich die Konflikte vor allem an der Installation von Zählern, die Wasser nur noch gegen Vorkasse abgeben. Um an Wasser zu kommen, müssen die Leute Karten erwerben, die sie zum Bezug einer bestimmten Wassermenge berechtigen. Die ersten sechstausend Liter sind kostenlos, danach schießt der Preis rasant in die Höhe. Zähler dieser Art wurden dann ausgerechnet in dem nur aus schäbigen Hütten bestehenden Township Orange Farm aufgestellt, einem Mikrokosmos aller sozialen Probleme des Landes, der in Johannesburg „deep south", tiefer Süden genannt wird: Erwerbslosigkeit, Gewaltverbrechen und HIV-Infektionen auf höchstem Niveau. Zur Begründung für die Installation der Zähler führten Stadtbeamte in aller Offenheit an, dass es sich in Gegenden wie diesen einfach nicht lohne, den Leuten Rechnungen zu stellen. Nach dem Vorbild des SECC gründete sich schließlich das Orange Farm „Water Crisis Committee" (OFWCC), dessen Motto sein Sprecher Bricks Makolo, ein Veteran der Anti-Apartheid-Kämpfe, in den Worten formuliert: „Zerstört die Zähler und genießt das Wasser! Unsere Regierung sagt, Wasser sei ein Grundrecht. Doch jetzt gibt sie unsere Rechte zum Verkauf." (2)

Entscheidend ist, dass die AktivistInnen sich auch hier nicht nur gegen die kommunale Politik, sondern zugleich gegen internationale Akteure richten, wiederum gegen die Weltbank, aber auch gegen den französischen Suez-Konzern, der in Kooperation mit ESKOM Johannesburg mit Wasser versorgt. Zur längst fälligen Bündelung der unterschiedlichen Proteste kam es, als das Anti-Privatisation-Forum, das SECC, das OFWCC, das Netzwerk ländlicher Entwicklungsdienste RDSN und die Gewerkschaft der kommunalen ArbeiterInnen SAMWU eine landesweite Kampagne starteten, die von der südafrikani-





schen Regierung die Bereitstellung von 50 Liter Wasser täglich fordert – pro Person und kostenlos. Finanziert werden soll das nicht allein durch staatliche Subvention, sondern durch drastisch erhöhte Tarife für Großkunden.

Die Ebenen der Kämpfe

Ähnliche Strategien der De-Kommodifizierung, der Begrenzung oder Rücknahme der Warenökonomie, wurden von NGO, Gewerkschaften, Kirchen und Graswurzelbewegungen auch in anderen Sektoren entwickelt und stellten Bezüge zwischen verschiedenen Ebenen der Auseinandersetzung und unterschiedlichen Subjekten her:

– Kämpfe um den *lebendigen Leib* des HIV-positiven Individuums, in millionenfacher Zahl Opfer von Vergewaltigung, einem fatalen Leiden ausgesetzt; Kämpfe, in denen gegen die Regierung der Zugang zu antiretroviralen Medikamenten erzwungen wurde;

– Kämpfe um den *Haushalt*, in denen mit der Gründung einer Kampagne um eine kostenlose Grundversorgung mit Wasser- und Strom vor allem die Frauen einen jedenfalls vorläufigen Sieg errungen haben;

– Kämpfe der *Nachbarschaft*, in denen die Crisis Committees die Abkopplung zehntausender Familien von der Strom- und Wasserversorgung verhindern konnten;

– Kämpfe im *nationalen politischen Diskurs*, in denen Massenmobilisierung, direkte Aktion und die offenbare Demütigung der Regierung und ihrer Partei progressiven Stimmen zur Hegemonie verhalfen;

– Kämpfe, in denen sich in der Kritik der von den Regierungen des südlichen Afrika geplanten New Partnership for Africa's Development *grenzüberschreitende Allianzen von Bewegungen, Gewerkschaften, Kirchen und NGO* herausbildeten;

– Kämpfe auf globaler Ebene, die ein System anfechten, dass im Angesicht der öko-sozialen Krisen etwa der Wasserversorgung oder des Klimas noch aus diesen elementaren Ressourcen Profit schlagen will.

Der universale Charakter dieser je für sich eigensinnig geführten Kämpfe – um freie Versorgung mit Wasser, den Zugang zu Medikamenten, ein garantiertes Grundeinkommen oder um einen Zugang zu Land als einem Menschenrecht – zeigt sich an dem Anspruch auf die De-Kommodifizierung der öffentlichen Güter – ein Anspruch, in dem die sozialen Bewegungen Johannesburgs sich nicht notwendig auf die Tradition des europäischen Sozialstaats beziehen, wohl aber an die Tradition der Kämpfe anschließen, in denen dieser erstritten wurde.

Der Marsch auf Sandford

2002 bekamen die sozialen Bewegungen Johannesburgs die Chance, ihren Protest gegen neoliberale Globalisierung an der richtigen Adresse vorzubringen – gegenüber dem „World Summit on Sustainable Development" (WSSD), einer UN-finanzierten Konferenz zu „nachhaltiger Entwicklung". Am 31. August, einem sonnig-heißen Frühlingstag, riefen das „Social Movements Indaba" (SMI), ein Zusammenschluss von 25 Townshiporganisationen, und die Landlosenbewegung zum Protestmarsch auf und sammelten binnen kurzem 20.000 DemonstrantInnen, die sich aus dem für seine Widerspenstigkeit berühmten Township Alexandra zum zwölf Kilometer entfernten Sandford aufmachten, dem reichsten Stadtteil Johannesburgs und Tagungsort des WSSD. Der Ort ist von den armen Gebieten der Stadt durch eine achtspurige Autobahn getrennt.

Schon um neun Uhr früh strömten die Mengen zusammen und bildeten, was an diesem Tag die „Vereinigten Sozialen Bewegungen" genannt wurde. Als die Demonstration die Autobahn erreichte, stoppte der Klassen- und Community-Kampf den Verkehr: Die Leute überquerten die acht Spuren und nahmen von Sandford Besitz. Nicht, dass sie zum ersten Mal in dem seit den 1990er Jahren schnell wachsenden Nobelviertel waren. Nicht wenige der DemonstrantInnen verdienen hier ihr Geld, als mies bezahltes Dienstleistungspersonal in den Konzernverwaltungen, Hotels, Restaurants und Luxusappartements, das nach Beendigung seiner Dienste schnellst möglich aus der Gegend vertrieben wird. Dafür sorgen der physisch merkliche Klassenhass der Sandfordians, die hohen Preise, die jeden Einkauf verbieten und das aggressive Wachpersonal, das jeden aus dem Weg räumt, der sich nicht freiwillig zurückzieht. In dieser Hinsicht hat sich hier seit 1994 nicht viel geändert.

So bedeutend wie die Überwindung der







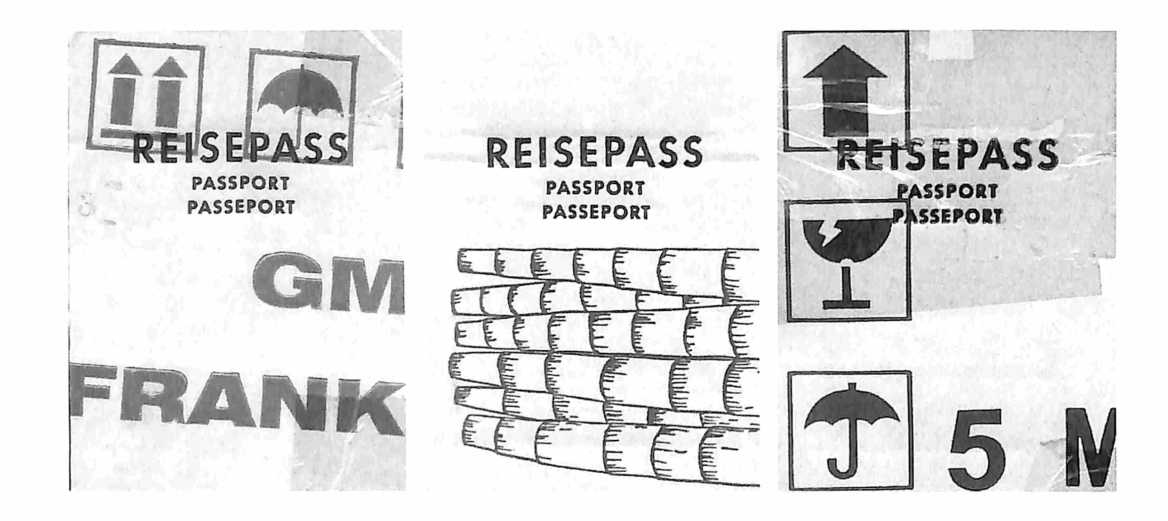
physischen Distanz war die Schlacht der Zahlen und Leidenschaften: Der ANC, der Gewerkschaftsbund COSATU und die an der Regierung beteiligte South African Communist Party (SACP) hatten zeitgleich zu einem „Global Civil Society Forum“ mobilisiert, und dafür Präsident Thabo Mbeki selbst sowie Fidel Castro und Yassir Arafat aufgeboten. Während die unabhängige Linke und die Townshiporganisationen die Mengen auf ihre Seite brachten, sprach Mbeki vor gerade eben 5000 ZuhörerInnen im Alexandra Fußballstadion – und verlor nahezu ein Fünftel seines Publikums, als der Demonstrationszug vorbei zog, wohl nicht zuletzt, weil weder Castro noch Arafat am „Forum“ teilnahmen. (...)

Die Antwort der Staatsgewalt ließ nicht lange auf sich warten: Waren schon in den Wochen zuvor Hunderte von AktivistInnen festgenommen und ohne Anklage wieder freigelassen worden, marschierten am 31. August Polizei- und Armeeeinheiten in einer Anzahl auf, wie man das seit den Tagen der Apartheid nicht mehr erlebt hatte. Dabei schreckten die kommandierenden Stäbe nicht einmal vor der vorübergehenden Wieder-Indienstnahme von Offizieren des Apartheid-Regimes zurück. Dem setzten die DemonstrantInnen die Regenbogenkoalition des Protests entgegen: Anti-Privatisation-Forum, Social Movement Indaba, Landless People's Movement, Environmental Justice Networking Forum, Soweto Electricity Crisis Committee, Rural Development Services Network, Friends of the Earth, First People, World Bank Bonds Boykott, Indymedia, Palestinian Solidarity Committee (...).

Die Antwort des ANC: links blinken, rechts abbiegen

Mbeki und der ANC denunzierten die Bewegungen umgehend als eine von ihren ausländischen Alliierten gesteuerte „Ultralinke“ und Blade Nzimande, der Generalsekretär der SACP, wollte in der Regenbogenkoalition eine „Neue Linke“ erkennen, die tatsächlich nur die „alte Tradition des Anarcho-Syndikalismus und Genossenschaftssozialismus“ fortsetze. Anders fiel dagegen das Urteil von John Appolis aus, einem führenden Gewerkschafter der Provinz Gauteng: „Außerordentlich lehrreich war die Repression, die die ANC-Regierung einsetzen musste, um ihre politische Agenda durchzubringen – eine Methode, die stark an das Apartheidregime erinnert. Dass der ANC auf solch repressive Taktiken zurückgreifen muss, um die neuen politischen Bahnen der Bewegungen zu sperren oder umzukehren, hat sein Image als Champion der Demokratie und der Armen angeknackst. Während des WSSD wurden wichtige Allianzen und Verbindungen geschaffen. Doch noch sind unsere Kämpfe in Südafrika defensiver Natur, es fehlt ein kohärentes Programm des gesellschaftlichen Wandels. Die organisierten ArbeiterInnen und die StudentInnen sind noch nicht gewonnen, unsere größte Herausforderung liegt in der Verbreiterung unserer Massenbasis.“ (3) Das spiegelt sich noch in den Wahlen vom 14. April diesen Jahres, deren Resultate im Verhältnis denen von 1999 entsprachen: bei Verlusten der weißen Opposition und der Zulu Inkatha Partei kam der ANC auf 70%. Die Zahl der NichtwählerInnen allerdings übertraf deutlich die der für den ANC abgegebenen Stimmen. (...)

Die Auseinandersetzungen der letzten Jahre haben vier Faktoren zusammengebracht, die das Verhältnis von lokalem Staat und sozialer Bewegung bestimmen werden: die für die Armen zunehmend ungenügenden öffentlichen Dienste Johannesburgs, das Scheitern der neoliberalen makroökonomischen Politiken hinsichtlich der Schaffung von Jobs und wachsenden Einkommen, das Scheitern kommunaler und nationaler Politik im Versuch der Integration – statt des Ausschlusses – der urbanen Massen und die internationalistische Ideologie auf Seiten der neuen Bewegungen. Letzteres führt mich dazu, in einer Wende zur LeserIn auf die Möglichkeiten einzugehen, die südafrikanischen AktivistInnen von Deutschland aus zu unterstützen. So hat die südafrikanische Sektion der internationalen Entschuldungskampagne ihre schwache deutsche Sektion dringlich gebeten, ihre Unterstützung für die Ansprüche speziell der Deutschen Bank gegenüber sogenannten „Ländern mittleren Einkommens“ wie Südafrika oder Nigeria einzustellen: Doch Erlassjahr.de beschränkt sich auf die Forderung nach einem bedingten Schuldenerlass statt nach vollständiger und unbedingter Streichung aller Schulden und billigt darüber hinaus die Weltbank- und IWF-Strategie gegenüber den hochverschuldeten Ländern, die oftmals die Forderung nach Privatisierung der Wasserversorgung einschließt. Die Deutsche Bank ist darüber hinaus wegen diverser Delikte zur Strafzahlungen verurteilt worden, zuletzt



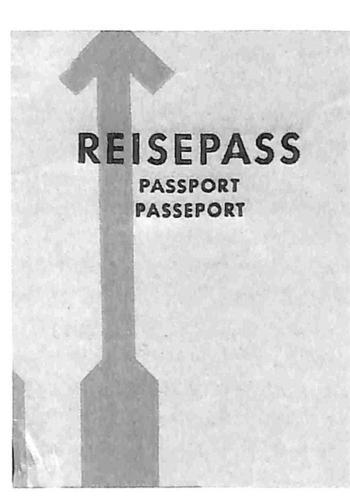
2000/2001 wegen Beihilfe zur Vernichtung erheblicher Geldwerte im Zuge illegaler Wechselgeschäfte. DaimlerChrysler hat im Rahmen eines von breiter öffentlicher Kritik zurückgewiesenen üblen Waffengeschäfts nachweislich ANC-Funktionäre bestochen. Deutschlands größte Baufirma Lahmeyer ist wegen der Bestechung politischer Beamter in Lesotho im Rahmen des skandalösen Lesotho Highlands Water Project verurteilt worden, das mitverantwortlich ist für die drastischen Erhöhungen der Wasserpreise in Soweto. Die deutsche Firma Siemens ist einer der Haupterzeuger jener verhassten Wasserzähler im Zuge der Umstellung auf Vorauszahlungen und musste Schäden in Höhe mehrerer Millionen Euro hinnehmen, als diese 1997 während der Proteste in Tembisa massenhaft zerstört wurden. Die Stiftungen deutscher politischer Parteien – namentlich der CDU, der SPD und der FDP – sind notorisch für ihren Einsatz zugunsten reaktionärer und neoliberaler Diskurse bekannt. Hinzu kommt natürlich die Unterstützung, die die Schröder-Regierung der Weltbank und dem IWF gewährt – nichts entlarvt deutlicher die Heuchelei der Sozialdemokratie und der Grünen als ihr entschiedener Widerstand gegen jeden Versuch der Demokratisierung dieser Institutionen. Dasselbe gilt von der deutschen Position in der EU, deren Hilfsleistungen an Südafrika auf Kosten sozialer Demokratie Privatisierung und Neoliberalismus vorantreiben. Der deutsche Widerspruch gegen den Krieg im Irak wurde durch die Beteiligung am Krieg gegen Afghanistan konterkariert, die freundlichen Beziehungen Joschka Fischers zu den USA unterstrichen gerade nach der Besetzung Bagdads, wie es Berlin mit internationalem Recht und den Menschenrechten hält. Ergänzt wird das durch die Unterstützung der WTO und des GATS-Abkommens, das Länder wie Südafrika zur Privatisierung des Wassers zwingt – mit und gegen ihre Londoner und Pariser Konkurrenten haben deutsche Firmen hier ihre Ansprüche schon angemeldet. Was dagegen getan werden könnte, lässt sich an Allianzen ablesen, die Johannesburger soziale Bewegungen mit NGO und BasisaktivistInnen anderer Länder längst eingegangen sind, mit nordamerikanischen BürgerInneninitiativen hinsichtlich der Kämpfe gegen die Wasserprivatisierung in Soweto und Orange Farm, mit der britischen Initiative „War on Want", die auch materielle Unterstützung leistet, mit dem „Trans National Institute" in Amsterdam, dessen MitarbeiterInnen gemeinsam mit AktivistInnen und Intellektuellen in Johannesburg soziale Untersuchungen organisierte, zuletzt mit diversen skandinavischen Gruppen im Widerstand gegen die EU. Auf Solidarität dieser Art sind die Bewegungen angewiesen, sollen sie im Kampf um De-Kommodifizierung und De-Globalisierung ihre lokalen und nationalen Staatsapparate vom Neoliberalismus und von der zunehmenden Repression abbringen. Um die Globalisierung des Kapitals bekämpfen zu können, bedarf es einer Globalisierung der Leute, die Praxis wird.

Übersetzung: **Thomas Seibert**

***Patrick Bond** ist Professor für Politische Ökonomie an der Graduiertenschule für Öffentliches und Entwicklungs-Management der Witwatersrand-Universität in Johannesburg. Zuletzt erschienen von ihm: Talk Left, Walk Right, University of KwaZulu-Natal Press, 2004; Against Global Apartheid, Zed Books, 2003; Unsustainable South Africa, Merlin Press, 2002.*







Anmerkungen:

1) Jeter, J., *For South Africa's Poor, a New Power Struggle.* In: Washington Post, 6. 9. 2001

2) Thomson, G., *Water Tap Often Shut to South Africa Poor.* In: New York Times, 29. 5. 2003

3) Appolis, J., *The Political Significance of August 31.* In: Khanya Journal 2/2002.

Informationen zu Südafrika finden sich auf folgenden websites: http://www.nu.ac.za/ccs http://southafrica.indymedia.org http://www.red.org.za http://www.aidc.org.za

Landkarten für die Territorien des Prekären

Im Transitbereich zwischen Arbeit und Nicht-Arbeit

Von den
precarias a la deriva

Precarias a la deriva (1) ist ein Forschungs-Aktions-Projekt von Frauen in Madrid, das Transformationen femininer Arbeit nicht nur unter-, sondern diese vor Ort aufsucht. Die aus diesen „militanten Untersuchungen" gewonnenen Materialien belegen vor allem eins: dass sich die Transformation neokapitalistischer Staatlichkeit nicht nur *in*, sondern wesentlich gerade *zwischen* jenen im bürgerlichen Staat grundlegenden Kategorien „Produktion" und „Reproduktion" beziehungsweise „privat" und „öffentlich" und damit – nach wie vor – insbesondere in den Lebens- und Arbeitsbedingungen nicht-privilegierter Frauen abspielt. Deren Subjektivität bleibt andererseits auf ihre Verwertung im komplexen Wachstumssektor der prekären Arbeit nicht reduzierbar. Und eben daraus ergeben sich veränderte Bedingungen für zukünftige „Arbeits"kämpfe. Der folgende Bericht hat zwei Teile. Der erste ist eine fragmentarische Übersetzung aus verschiedenen Reflexionen und Dokumenten der *precarias*. Der zweite eine kleine Auswahl der von ihnen protokollierten „prekären Geschichten". (2)

Ein zentrales Datum im Entstehungsprozess unseres Gruppenprojekts (3) war der 20. Juni 2002, der Generalstreiktag, zu dem die spanischen Gewerkschaften aufgerufen hatten. Aus Anlass dieses Tages setzten einige von uns sich zusammen, um über eine Interventionsform nachzudenken, die „unseren Zeiten" gerecht werden würde. Wir stellten uns Fragen: Für wen wurde dieser Streik ausgerufen? An welche wurde gedacht? Existiert(e) das geringste gewerkschaftliche Interesse an den Realitäten der prekären ArbeiterInnen, der MigrantInnen, der Hausfrauen? Verhindert das Niederlegen der Arbeit den produktiven Prozess der Hausarbeiterinnen, SexarbeiterInnen, sozialen AssistentInnen, selbstständig Tätigen in der Übersetzung, Gestaltung, Programmierung, Forschung und all der anderen, dessen Unterbrechung an diesem Tag nichts weniger oder mehr bedeutet als die Verdopplung ihrer Arbeit am darauffolgenden Tag?
Der Arbeitsstreik als Kampfform lieferte uns keine ausreichende Antwort auf diese Fragen – und dies aus drei Gründen: Erstens bezieht er nicht die Erfahrung von Ausbeutung in Versorgungsarbeiten mit ein, die im so genannten „nicht produktiven" Bereich des Zusammenlebens größtenteils von Frauen verrichtet werden. Zweitens marginalisiert der Arbeitsstreik als Aktionsform jene Tätigkeiten, die unter dem Etikett „prekär" zusammengefasst werden, so dass bei jenem Generalstreiktag drittens also flexible, unsichtbare und unterbewertete, und das heißt: feminisierte und/oder migrantische Arbeiten nicht die geringste Beachtung erfuhren. Außerdem ist die Ausweitung der Prekarisierung des Arbeitsmarktes bereits so weit fortgeschritten, dass die durch staatliche Reformen institutionalisierte Beschneidung von Arbeitsrechten und Absicherungen, gegen die sich der Streik richtete, für die Mehrheit der Arbeiterinnen schon längst Normalität ist.

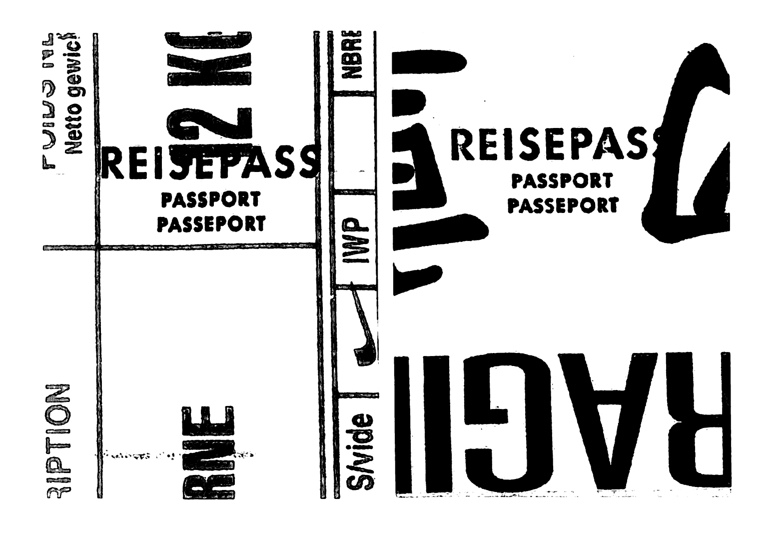
Wir suchten deshalb nach einer Form, die es uns erst einmal ermöglichte, uns über diese neuen, eine stundenweise Angestellte in einem Supermarkt angreifen, oder den winzigen Gemischtwarenladen einer Migrantin schließen. Deshalb verwandelten wir den klassischen Streikposten in eine Streikposten-Befragung. Außerdem stellten wir auch denjenigen Frauen Fragen, die an diesem Tag arbeiteten oder konsumierten oder einfach auf der Straße waren – um so Räume zu erschließen, in denen wir uns über unterschiedlichen Erfahrungen austauschen könnten. Das war der Anfang unserer Aktions-Untersuchungen.

Für eine De-Identifikation des Prekären

Natürlich hätten wir uns mehr Zeit nehmen können, um die theoretischen Grundlagen unserer Forschung zu erarbeiten, die Hypothesen, die wir ins Auge fassten, oder die feministische Perspektive, von der wir ausgingen. Aber was uns anstieß war vor allem der dringliche Wunsch, auf dem Weg zu lernen, zu kommunizieren – eben diese neuen und doch gar nicht so neuen Situationen und Realitäten des prekarisierten Arbeitsmarktes zu erfahren. Wir wollten gemeinsame Bezeichnungen finden und gleichzeitig Singularitäten potenzieren. In den daraus folgenden Debatten wurde deutlich, dass die ursprünglich proklamierte Losung „wir sind alle prekär" modifiziert werden musste, und wir begannen Prozesse der (De-)Identifikation zu problematisieren: Unsere Situationen sind so unterschiedlich, dass es geradezu abenteuerlich ist, eine gemeinsame Bestimmung zu setzen, von der aus es möglich wäre, kollektiv zu sprechen und zu kämpfen. Was wir brauchten, war eine Definition des Prekären, die auf eine kollektive Identität verzichtet, aber dennoch nach gemeinsamer Verortung drängt. Schließlich wollen wir das kollektive Erschaffen anderer Lebensentwürfe ermöglichen.

Wir setzten uns die Realisierung einer Art Landkarte prekärer Arbeitsverhältnisse von Frauen zum Ziel. Ausgehend von einem intensiven Erfahrungsaustausch, einer gemeinsamen Reflexion und dem gleichzeitigen Aufzeichnen all des Gesehenen und Erzählten versuchen wir, dies bestmöglich zu materialisieren: mit Hilfe von Fotografien, Video, Audioaufnahmen oder geschriebenen Notizen. Eine solche Materialsammlung jeder *deriva* zielt darauf ab, die Resultate zugänglich zu machen und soll dazu dienen, die Frage der Kommunikation ernst zu nehmen – nicht nur als Mittel der Verbreitung, sondern als unmittelbaren Ort von Politik.

Die Eckpunkte, die sich in unseren Diskussionen entwickelten, gingen von der Verschiedenheit unseres Lebens aus, in Bezug auf *Zeit* (Stress, die Unmöglichkeit zu planen, Instabilität, Übermaß, Intensivierung, Anhäufung von Arbeit), *Raum* (Mobilität, „Lebensterritorien", Grenzen, Ortsveränderungen, Sesshaftigkeit), *Einkommen* (materiell-prekäre Situation, Mangel an Zugang zu öffentlicher Versorgung, Instabilität), *Kommunikation*, *Beziehungs- und Versorgungsnetze*, *Konflikt*, *Hierarchie*, *Risiko* (Unsicherheit, Verletzbarkeit) und *Körper* (Disziplin, körperlicher Missbrauch, Begehren). Diese Eckpunkte wurden zu Leitlinien unserer kleinen Reisen durch unterschiedliche Territorien des Prekären. Schnell war uns



klar geworden, dass statische Interviews zu ersetzen wären durch jene situationistische Praktik der urbanen Rundgänge, eben: der *deriva*. Einige Monate lang ging eine offene und sich ständig verändernde Gruppe von uns fast wöchentlich auf Wanderung durch die Orte, die im alltäglichen Leben von Frauen, die in hoch prekarisierten und hoch feminisierten Sektoren arbeiten, eine Rolle spielen – also im Leben von uns selber, von Freundinnen und nahen Kontakten: im Kommunikationssektor (Übersetzung, Unterricht), Hausarbeit, Call-Center, Sexarbeit, Restauration, persönliche Assistenz, Medienproduktion. Uns ging es darum, nicht nur die momentanen oder vergangenen Arbeitsplätze abzulaufen, sondern uns von den *derivas* selbst führen zu lassen – durch Straßen, Häuser, Fabriken, öffentliche Transportmittel, Supermärkte, Bars, Gewerkschaftssitze etc.

Dieser Akt, uns unsere alltäglichen Lebenswege zu zeigen, eröffnet unglaubliche Möglichkeiten der Visualisierung und der Verwunderung, des Durchgangs und der Erzählung – darüber, wie diejenigen, die uns führen, Prekarität definieren und erleben, ihren Alltag organisieren, welche kurz- und langfristigen Lebensstrategien sie entwickeln.

Just in time, permanent extra

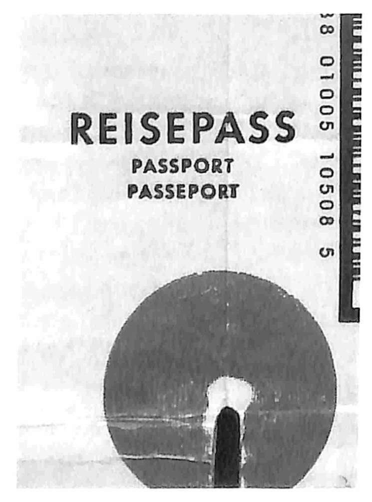
Daraus entwickelten wir eine vorläufige „Landkarte" des Phänomens prekäre Arbeit mit folgenden Orientierungspunkten: Prekäre Arbeit umfasst neue Formen selbstständiger, meist outgesourcter Beschäftigung, in der Dienstleistungen oder Arbeitsprodukte nach Werkvertrag bezahlt werden, verbunden mit zunehmend dezentralisierten Unternehmensstrukturen und einer permanenten Steigerung der Varianten von Vertragstypen. Dabei kommt es zu einer grundlegenden Umstrukturierung der räumlichen und zeitlichen Bedingungen von Arbeit (flexible Arbeitszeiten, Teilzeit, Telearbeit etc.) und zu einer Intensivierung des Produktionsprozesses, etwa durch das Prinzip der just-in-time-Produktion oder durch permanente Extra-Stunden, die aber nicht mehr als „Arbeit" sichtbar werden und damit zu einer gleichzeitigen Reduktion der Entlohnung. Eine Unmenge „nicht-qualifizierter" und vor allem nicht entlohnter Qualifikationen wird abgefordert: Kommunkations- und Präsentationsfähigkeit, Betreuungskompetenz, Empathie etc. etc. Die faktischen Lohnkürzungen gehen einher mit dem Verlust jener Rechte, die traditionell die „typische" Arbeit des Fordismus und des keynesianischen Sozialpaktes charakterisierten (vom Mutterschutz bis zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Urlaubsgeld etc.) Bezahlte und unbezahlte Hausarbeit erweist sich hier als paradigmatisch: vollständig „regelungsfrei" bzw. überhaupt nicht entlohnt. Hier wird auch eine weitere Dimension vieler prekärer Arbeiten deutlich sichtbar: die Ambivalenz der Beziehungen zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen, die häufig weder eindeutig „beruflich" noch eindeutig „privat" ist.

Es ist eine Herausforderung, eine Definition von „prekärer Arbeit" zu finden, die weit genug ist, um dem Ausmaß und der Multidimensionalität des Phänomens gerecht zu werden, aber auch möglichst konkret ist, damit der Begriff nicht seine beschreibende Kraft verliert. Wir haben uns deshalb darauf geeinigt, als prekär zu bezeichnen: *das Zusammenspiel von materiellen und symbolischen Bedingungen, die bestimmend sind für eine Unsicherheit im Zugriff auf notwendige Ressourcen für die volle Lebensgestaltung eines Subjekts*. Diese Definition erlaubt es, die Dichotomien öffentlich/privat und Produktion/Reproduktion zu überwinden, sowie jene Verbindungen zwischen dem Sozialen und dem Ökonomischen sichtbar zu machen, die es unmöglich machen, „Prekarität" ausschließlich ausgehend von der Arbeits- und Lohnperspektive zu denken.

To be continued

Wir ziehen es vor, Prekarität als Tendenz zu denken und nicht als fixe Bedingung oder Position. Selbstredend ist Prekarität nicht neu (seit Urzeiten ist ein großer Teil bezahlter oder nicht bezahlter Frauenarbeit prekär). Was neu ist, ist der Grad der Expansion von Prekarität in immer mehr gesellschaftlichen Sektoren, ohne dass eine eindeutige Trennungslinie zwischen den „prekären" und den „abgesicherten" Teilen der Bevölkerung zu ziehen wäre. Genauer wäre es deshalb, vom Prozess der „Prekarisierung", statt vom Zustand der „Prekarität" zu sprechen. Der Ort des Zusammenschlusses wie auch des Kampfes wird für mobile und prekäre ArbeiterInnen nicht zwangsläufig der „Arbeitsplatz" sein – wie auch, wenn der so häufig zusammenfällt mit dem eigenen oder fremden Zuhause, wenn er alle paar Monate wechselt, oder wenn die Chance darauf, mit einer relevanten Zahl anderer ArbeiterInnen im selben Sektor so lange zusammen zu sein, dass man sich wirklich kennen lernt, ungefähr eins zu tausend ist? – sondern eher jenes metropolitane Territorium, durch das wir alltäglich navigieren.

Relevante Angriffspunkte scheinen uns zu sein: die politische Artikulation einer Krise der Versorgung. Dafür wird es keine einfache Formel geben wie etwa Lohn für Hausarbeit, Umverteilung der Reproduktionsaufgaben o.ä. Es geht vielmehr dar-





um, ein widersprüchliches und komplexes Terrain zu politisieren, in das Migrationspolitik ebenso gehört wie die Organisation sozialer Dienstleistungen, Arbeitsbedingungen, Familienstrukturen, Affekte. All dies müssen wir als Ganzes angehen, aber mit Aufmerksamkeit für die Einzelheiten. Ein anderer Punkt: die Welt der Sexarbeit, die wir nach und nach untersucht haben und die in einem ähnlich komplexen Feld situiert ist: zwischen Einwanderungssbehörden, Arbeitsrechten etc. Aber es geht auch um „Rechte" im Bereich des Imaginären, der Affekte. Wir sprechen von einem grundlegenden Kontinuum, das wir *Care-Sex-Attention* nennen und das sich durch sehr viele der von uns untersuchten Bereiche durchzieht.

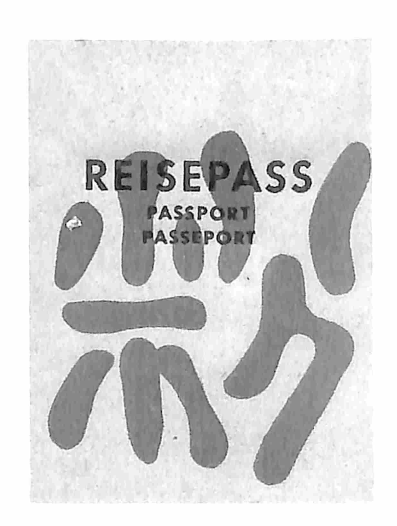
Unser Anliegen ist es, die lokalen und internationalen Allianzen zu stärken, die wir in unserem Aktionsprozess entwickelt haben. Das von uns veröffentlichte Video ebenso wie das kürzlich erschienene Buch (3) verstehen wir dafür als Instrumente. Darüber hinaus aber halten wir es für unerlässlich, gemeinsame ökonomische und infrastrukturelle Ressourcen zu mobilisieren. Wir wollen konkret in der Lage sein, Menschen zu „befreien": frei zu sein von Illegalität, von Prekarität. Was wir nicht wollen: durch die Welt touren, Stars produzieren und darüber die lokale Vernetzung vernachlässigen oder von Subventionen abhängig werden. Die Ressourcen, die uns am Herzen liegen, sind ebenso immateriell und affektiv, wie sie auch materiell sind. Sie zu sozialisieren setzt voraus, dass wir Wissen und Netzwerke kollektivieren und dass wir die Logik individueller Ressourcen-Maximierung durchbrechen.

***Precarias a la deriva**, Madrid*
www.sindominio.net/karakola/precarias

Prekäre Geschichten. Eine Auswahl

Ich stehe um acht Uhr auf. Frühstücke eine halbe Stunde und räume derweil den Geschirrspüler ein, lasse alles aufgeräumt in der Küche zurück und gehe ins Wohnzimmer. Das Wohnzimmer braucht viel Zeit, alles aus Glas und Holz. Dann das Esszimmer. Wenn sie dann noch nicht aufgewacht sind, gehe ich in den Waschraum. Der ist im Hof. Ich nehme die Wäsche vom Vortag ab und mache eine neue Maschine fertig. Während dessen wacht sie auf und ich fange an, ihr Zimmer aufzuräumen oder mache ihr einen Saft. Dann wachen die Mädchen auf und bis dreizehn Uhr verbringe ich die Zeit mit Putzen und Kinder hüten. Ich putze ihr Schlafzimmer und ihr Badezimmer, das Schlafzimmer der Mädchen und das Badezimmer der Mädchen, das Spielzimmer und noch ein Zimmerchen, das wohl das neue Kinderzimmer wird, für den Jungen, den sie erwartet. Und noch ein Badezimmer, das kriegt der Junge wahrscheinlich dann. Ständig kommt die Señora und sagt jetzt dies, jetzt das. Dann wird es Zeit zu kochen. Ich versuche immer, schon gegen dreizehn Uhr in der Küche zu sein. Bis fünfzehn Uhr bin ich dann mit Kochen beschäftigt, decke den Tisch und serviere das Essen. Manchmal, wenn sie essen, sagen sie: Komm, setz dich und iss. Aber bis ich mich setze, sind sie schon fast fertig und dann hab ich ein halbes Essen da stehen, wenn sie schon den Nachtisch wollen; die Señora möchte Obst, das Mädchen möchte einen Joghurt, das andere wieder Obst ... Am Tag mache ich drei Waschmaschinen und beim Bügeln überfällt mich dann eine Müdigkeit, sterben könnte ich. Bügeln geht so bis halb sechs, dann wollen die Mädchen ihren Nachmittagssnack. Wenn ich für das Abendessen noch was vorbereiten muss, eine Gazpacho zum Beispiel, dann mache ich das jetzt schnell, sonst schaffe ich es nicht mehr. Denn die Mädchen essen das eine, die Señores was anderes, der Großvater kann nur noch Brei essen. Weil sie es zu früh findet, um 22 Uhr zu Abend zu essen, fange ich erst ab halb elf damit an, das Abendessen aufzutischen. Die Mädchen brauchen eine Ewigkeit beim Essen. Wann, glaubst du, komme ich aus der Küche raus? Spät, spät.

V. aus Quito, Ecuador, arbeitet mit ihrem Mann zusammen als „interne" (d.h. ohne eigenen Wohnsitz) Hausarbeiterin in Madrid, unterstützt ihre Kinder in Ecuador von ihrem Lohn.







Prekarität ist ein Zustand, in dem du allem um dich herum ausgeliefert bist. Das, was dich am dichtesten an die Angst und an die Einsamkeit heranführt. Ein Zustand, in dem du dich, wenn du in der Spannung nachgibst, schnell im Nichts verlierst. Deshalb, das sagte ich dir ja schon, ist es so wichtig, die Prekarität als Prozess des ganzen Lebens zu verstehen. Ich habe viel Glück, weil ich Unterstützung habe, was mir hilft, mich nicht zu verlieren. Prekarität ist wie eine mechanische Kluft, ein Leben von Tag zu Tag, das dir nicht erlaubt, viel von dem, was in dir entsteht, nach außen zu bringen, diese ganze Unruhe. Prekarität schränkt dich sehr ein und sie erstickt dich ein bisschen.

R., Zeitarbeiterin in Madrid

Meine Basisfiguren waren vier „Archetypen", ich veränderte die Stimme nur wenig, wohl aber den Ton und die Schnelligkeit des Sprechens. Marcela: eine Mexikanerin (den Akzent bekam ich gut hin), 25 Jahre alt, dunkelhäutig, schwarze Augen, 1,58 groß, 52 kg schwer. Ist in Spanien mit einem Kunststipendium und lebt in Granada, Barcelona oder Madrid, je nach Anrufer. Startet mit „ich kann nicht schlafen" oder „meine Freundin und ich, wir langweilen uns alleine". Sara: zwischen 18 und 22 Jahre alt, die jüngste von allen. Spielerische Stimme. 1,69 groß, 55 kg. Weißhäutig, grüne Augen, kupferrotes Haar, lange Locken. Startet mit: „Sara, dein Kätzchen" oder „möchtest du mein Spielzeug ausprobieren?". Noelia: natürliche Stimme, 31 Jahre alt, langes brünettes Haar, 1,70, 58 kg. Krankenschwester. Hat die am besten ausgearbeitete Geschichte, weil sie feste Anrufer hat. Wurde von ihrem Freund verlassen, sucht jetzt neue Kontakte, wählt das Telefon, weil es ihr schwer fällt, jemanden direkt anzusprechen. Noelia hatte eine lange Romanze mit einem Guardia Civil aus Vitoria, der jede Nacht anrief und zwischen zwei und vier Stunden mit ihr sprach – drei Monate lang. Schließlich suchte er das Krankenhaus auf, um Noelia kennenzulernen. Das hat mir Angst gemacht: Wie weit geht die Farce? Bis wohin glauben uns die Anrufer? Was, wenn sie mich wirklich finden? Schließlich Marta: ungefähr 40 Jahre alt, verheiratet, Witwe oder geschieden. Schwere, langsame Stimme. Gefärbte blonde Haare, keine Angaben zu Größe und Gewicht. Hat Kinder. Startet mit „Ich bin deine Stiefmutter" oder „Marta. Traust du dich?" Gibt Anweisungen und lässt sich später von den Anrufern erzählen, ob sie diese befolgt haben. Schickt die Anrufer in bestimmte Gegenden (nachts in den Park, Schwimmbäder bei Tag) und sagt ihnen, sie sollten dort Sex haben und ihr anschließend davon erzählen; sie sollen sich die Unterwäsche ihrer Freundin anziehen oder sagt ihnen, welches Gemüse sie sich hinten reinstecken können, während sie mit ihr sprechen. Ob sie all das taten, weiß ich nicht, aber sie riefen an, um ihre Geschichten zu erzählen, und Marta interessierten wie alle andern auch einzig die registrierten Minuten.

In diesen fünf Monaten steckte ich all meine Erfindungsgabe in den Phantasie-Service, in Träume und Realitäten parallel zu meiner. Deine Selbstüberschätzung nahm zu, wenn die Typen anriefen und dich sprechen wollten. Ich glaube, deshalb konnten viele so lange durchhalten in diesem Ambiente, das für andere einfach nur schmutzig ist.

P., Telefonsex-Agentin, Madrid

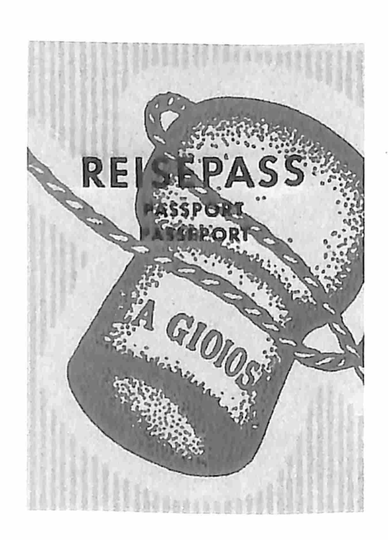
Irgendwer sprach kürzlich vom „Ende der Arbeit". Meine Erfahrung ist, das Arbeit alles überflutet. Es fühlt sich so an, als wäre das Leben ganz in den Dienst der Arbeit gestellt. Wie willst du eine „Arbeitszeit" isolieren, wenn alles ein einziger – und damit auch dein sozialer Zusammenhang ist? Noch so eine Falle: Professionalität. Die Arbeit hat in meinem Fall schon lange aufgehört, ein Instrument zu sein und sich in reinen Selbstzweck verwandelt. Ich mache das, was ich tue, gern. In manchen Momenten sogar leidenschaftlich gerne – und auf diese Weise besetzt die Arbeit immer mehr und mehr und verhindert zugleich andere Möglichkeiten. Ich bin dafür, die verborgene Programmatik von Professionalität aufzudecken, sie zu entmystifizieren. Schützen wir uns vor unserer Leidenschaft für Arbeit.

Meine Prekarität ist das Leben auf dreißig Quadratmetern, die Unsicherheit draußen drei Meter vor mir, die Unmöglichkeit zu planen; das Erwachsenwerden, das nie anfängt.

S., arbeitet als „freie" Dozentin und Autorin in Buenos Aires







Meine Prekarität ist vor allem in meinem Kopf und hat zu tun mit meinen Widersprüchen;zu wissen, eigentlich mag ich meine Arbeit, nicht aber das, was sie mit sich bringt. Ich bin keine Arbeiterin ohne Papiere, ich habe einen Werkvertrag ich bin nicht irgendwelchen Übergriffen seitens eindeutiger Mächte ausgesetzt, und dennoch... Vor ungefähr einem Jahr nahm ich an Versammlungen mit meinen KollegInnen teil. Erst seitdem bin ich mir über die tatsächliche Situation, in der ich mich befinde, im Klaren. Diese Versammlungen, mit ihrer ranzigen Gewerkschaftssprache, das war nichts anderes als weinerliches Betteln um mehr Geld. Die Anhebung der Löhne war wichtiger als die Tatsache, dass sie Leute entlassen und alle möglichen Abteilungen auslagerten. Parole war „Rette sich, wer kann". Keinerlei Vorschlag für irgendeine Mobilisierung. Als man über die Möglichkeit zu streiken sprach (es handelt sich um ein wichtiges Medienunternehmen, das Echo auch im Ausland wäre enorm gewesen), wollten die meisten nicht, denn sie wollten keinen Tag bezahlter Arbeit verlieren. Niemand sprach über Arbeitsbedingungen. Der Betriebsrat schlug vor, das Angebot, selbst zu kündigen, anzunehmen. Man übernahm den Diskurs der Unternehmensleitung zu hundert Prozent.

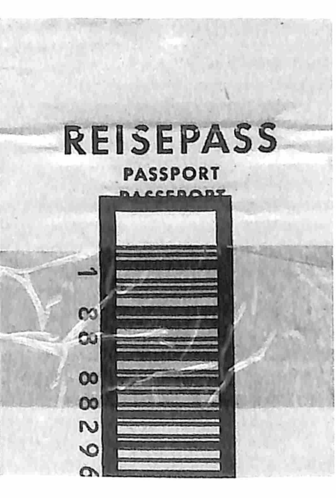
Ich hätte gerne über die endlosen Arbeitstage gesprochen, darüber, wie das Unternehmen uns alle in winzige Abteilungen umstrukturierte, wo das Verhältnis zu deinem Chef so eng ist, dass du einen Streik machen damit verwechselst, deinem Chef was anzutun (der sehr jung ist und sehr engagiert, der findet, *das mit dem Streik das ist irgendwie so siebziger/achtzigermäßig, und wenn du ein Problem hast, kannst du es ihm natürlich sagen und er wird die Angelegenheit dann nochmal ganz spezifisch untersuchen*). Du arbeitest mehr und mehr, mit immer mehr Risiko. In dieser audiovisuellen Welt sind wir alle so progressiv, und du entwickelst Schuldgefühle, wenn du mal früher nach Hause gehst. Du weißt, dass du ein Verfallsdatum hast, aber du arbeitest so viel, dass du nicht mal Zeit hast, dir das vorzustellen (außer im Urlaub, aber sie lassen dich nicht länger als zwei Wochen am Stück Urlaub nehmen.)

Ich kann nicht behaupten, dass es offene Diskriminierung von Frauen gibt, nur sind fast alle höheren Posten mit Männern besetzt. Auf den Versammlungen musst du Gebrauch von deinen Lungen machen, wenn du gehört werden willst - und wenn du respektiert werden willst, musst du deinen Kollegen runtermachen, elegant und ironisch, und du musst die Witze über dich einstecken können – über dich, nicht bloß über deine Arbeit. Ich würde diese Arbeit gerne weiter machen, aber ich träume davon, die Formel zu finden, die es mir erlauben würde, ein kleines bisschen eigenes Leben zu haben, um mich mehr als Person zu fühlen. Zu lernen, mich auszudrücken, ohne bestimmte maskuline Verhaltensformen zu kopieren und zu wissen, dass meine Arbeit Sinn macht – für mich, aber auch für die anderen. Vielleicht finden wir eines Tages diese irgendwie menschlichere Formel. Irgendein Vorschlag?

C., arbeitet auf Werkvertrag in einer Filmproduktionsfirma, die Teil eines Unternehmens ist, das wiederum zu einem der mächtigsten Medienkonzerne im Land gehört, Madrid.

Anmerkungen:
1) Wörtlich übersetzt etwa: Prekäre Frauen unterwegs, oder auch: Prekäre Frauen brechen auf ...
2) Alle entnommen aus dem im Februar 2004 im Verlag *traficantes des suenos ùtiles* erschienenen Buch *a la deriva. Por los circuitos de la precaridad femenina* und im Netz zu finden unter www.traficantes.net. Übersetzt, gekürzt und bearbeitet durch die Redaktion *Fantômas*.
3) Die Gruppe bestand am Anfang aus etwa 10 Frauen unterschiedlicher Herkunft. Unser gemeinsamer Ort, von dem aus wir diskutierten und „forschten" ist die „Escalera Karakola", ein 1997 von Frauen besetztes Gebäude im Madrider Stadtteil Lavapies, das seither autonomes, soziales und politisches Zentrum für feministische, antirassistische, antikapitalistische Politik, subkultureller Raum und vieles mehr ist.







Spektakel diesseits und jenseits des Staates

Soziale Rechte und Aneignung öffentlicher Räume: die Kämpfe der französischen Intermittents

Von *GlobalProject* und der Koordination der Intermittents und Prekären der Île de France

Die Stärke einer politischen Bewegung liegt nicht nur in ihrer Fähigkeit, ein konkretes Ziel zu erreichen. Erfolge dieser Art hängen hauptsächlich von der Konjunktur der Kräfteverhältnisse ab. Die Stärke einer Bewegung zeigt sich vielmehr in ihrem Potenzial, neue Fragen aufzuwerfen und neue Antworten zu geben. Und soviel ist sicher: Die Kämpfe der prekär beschäftigten französischen KulturarbeiterInnen haben neue Fragen gestellt, die neue Antworten erfordern. (1)

Seit dem 1. Januar 2004 ist in Frankreich eine neue Regelung in Kraft. Diese Vereinbarung sieht für hunderttausende Arbeitslose den Wegfall oder die Verringerung ihrer Ansprüche vor. Betroffen sind die so genannten *intermittents du spectacle*, „frei" arbeitende Kulturschaffende. Für diese galt bislang eine eigene Regelung: die so genannte „kulturelle Ausnahme". Danach wurden KulturarbeiterInnen, sofern sie zwischen zwei Produktionen keine Einnahmen hatten, aus der Arbeitslosenkasse bezahlt – unter der (für viele bereits kaum zu erfüllenden) Bedingung, dass sie für insgesamt zwölf Monate 507 Stunden Arbeit nachweisen konnten. Daraus ergab sich ein zwölfmonatiger Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung. Nachdem jedoch Unternehmen und drei Gewerkschaften im Sommer letzten Jahres das „Protokoll Unedic" zur Neuregelung der Arbeitslosenversicherung unterzeichneten, gilt diese Regelung seit diesem Jahr nicht mehr. Nun muss die gleiche Anzahl an Stunden in elf Monaten nachgewiesen werden, und Arbeitslosenunterstützung gibt's nur noch für acht Monate. Dadurch fallen 35% der zuvor Anspruchsberechtigten aus dem Leistungsbezug heraus.

„Wir sind Darsteller, Interpreten, Techniker. Wir beteiligen uns an der Produktion von Theaterstücken, Tanz- und Zirkusschauspielen, Konzerten, Schallplatten, Dokumentar- und Spielfilmen, Fernsehshows, Reality-TV, Abendnachrichten und der Werbung. Wir stehen vor und hinter der Kamera, auf der Bühne und in den Kulissen, wir sind auf der Straße, in den Klassenzimmern, den Gefängnissen, den Krankenhäusern. Die Strukturen, in denen wir beschäftigt sind, reichen von Non-Profit-Projekten bis zu börsennotierten Unterhaltungskonzernen. Als Beteiligte sowohl an der Kunst wie auch an der Industrie sind wir einer doppelten Flexibilität unterworfen: flexible Arbeitszeit und flexible Entlohnung. Die Regelung zur Versicherung und zur Arbeitslosigkeit der Intermittents du spectacle ist ursprünglich aus dem Bedürfnis entstanden, ein kontinuierliches Einkommen zu sichern, das die Diskontinuität von Beschäftigungsverhältnissen abfedert. Die Regelung ermöglicht es, die Produktion flexibel zu gestalten und die Mobilität der Lohnabhängigen zwischen verschiedenen Projekten, Sektoren und Beschäftigungen sicherzustellen." (2)

And ... action!

Mit Demonstrationen und spektakulären Besetzungs- und Streikaktionen haben die Intermittents den ganzen Sommer 2003 lang Widerstand geleistet. Zahlreiche Kulturveranstaltungen mussten abgesagt werden oder wurden in Diskussionsforen umgewandelt; eines Abends gelang es AktivistenInnne sogar, die Übertragung der Abendnachrichten des öffentlichen Fernsehkanals France 2 zu unterbrechen. Organisiert in lokalen, landesweit vernetzten Koordinationen werfen die Intermittents die Frage der prekären Arbeit auf; auch über den Bereich der Kulturproduktion hinaus. In ihren Kämpfen geht es um mehr als bloße „Gehalts"forderungen. Sie attackieren nicht nur ein juristisches oder ökonomisches Unterordnungsverhältnis gegenüber einem öffentlichen oder privaten Arbeitgeber. Sie zeigen uns vielmehr, dass es darum geht, die Grundlagen der Produktion öffentlicher Güter wie Bildung und Kultur anzugreifen – samt der zugehörigen institutionellen Verfahren und Verwertungstechnologien: der Finanzierung von Kultur, der Verteilung von Zugangsrechten und schließlich der Produktion von KonsumentInnen-Subjektivitäten durch Schulen, Kulturindustrie und Medien.

„Dieser Konflikt hat bei uns zu einer vertieften Reflexion über unsere Berufe geführt. In einer Epoche, in der die Verwertung der Arbeit mehr und mehr darauf beruht, dass die Individuen sich mit all ihren subjektiven Ressourcen in ihre Beschäftigung einbringen, und in welcher der dieser Subjektivität zugestandene Raum immer mehr eingeschränkt und formatiert wird, stellt dieser Kampf einen Akt des Widerstands dar: Es geht darum, dass wir uns den Sinn unserer Arbeit auf persönlicher und kollektiver Ebene wieder aneignen."

Kultur- und Kommunikationsindustrie sind nicht einfach neue Felder der kapitalistischen Akkumulation sondern produzieren darüber hinaus Begehren, Glauben und Affekte in den Kontrollgesellschaften. Die Intermittents besetzen dabei eine Schnittstelle zwischen diesen Industrien, der Produktion von Öffentlichkeit und den KonsumentInnen der verschiedenen Kulturindustrien. Im Grunde kann schon längst nicht mehr von einer „Sonderstellung der Kultur" gesprochen werden: Erstens, weil kulturelle Praktiken längst integraler Bestandteil der kapitalistischen Produktion sind. Und zweitens, weil die Produktion von Affekten der materiellen Produktion vorausgeht. Die durch Marketing, Werbung, Kommunikationspolitik und künstlerische Praxis produzierte KonsumentInnen-Subjektivität ist grundlegende Voraussetzung von Kulturindustrie und doch auf ihre kulturindustrielle Verwertung nicht zu begrenzen. Die Arbeitslo-

sen-"Reform" mit ihrer impliziten Förderung von Konzernkunst beschleunigt die Standardisierung und Normierung dieser Verallgemeinerung kultureller Produktion und Konsumtion.

„Die neue Regelung schont nur eine Kategorie von Lohnabhängigen, nämlich die Gruppe mit regelmäßigen Verträgen. Ursprünglich sollte es darum gehen, in Bereichen, in denen die Profitlogik nicht an erster Stelle steht, eine Kontinuität des Einkommens zu sichern. Nunmehr werden allein die rentabelsten Unternehmen – insbesondere die der audiovisuellen Industrie – weiterhin aus Arbeitskräften Profit ziehen, die mehr als je zuvor gezwungen sind, den ‚Inhalt' und die Arbeitsbedingungen der vorgeschlagenen Beschäftigungen zu akzeptieren."

Die Intermittents als Akteure und Betroffene dieser Situation stellen die Frage nach den Möglichkeiten, sich dieser kapitalistischen Besetzung der Affekte zu entziehen und fordern uns dazu auf, die zeitgenössischen Formen der Ausbeutung genauer zu untersuchen. Wie der Industriekapitalismus sich die natürlichen Rohstoffe und die Arbeitskraft aneignete, um sie für die Produktion materieller Güter auszubeuten, so ergreift der zeitgenössische Kapitalismus die kulturellen und künstlerischen Ressourcen, um sie der Logik des Profits zu unterwerfen – allerdings ohne die Kosten der Produktion zu tragen.

„Als Angriff auf die kollektiven Rechte führt diese ‚Reform' eine bestimmte Idee der kulturellen Ausnahme ein: eine Vitrinenkunst mit ihren besonders geförderten Vorzeigeprojekten einerseits und eine Industrie standardisierter Kultur andererseits, die auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig ist."

Für die Verallgemeinerung der „kulturellen Ausnahme" ...

Im Laufe der Bewegung der Intermittents haben die Hoteliers, Gastronomen und Händler aus Aix-en-Provence eine Klage gegen unbekannt eingereicht. Die Absage des „festival d´art lyrique" durch seinen Direktor aufgrund des Streiks der Intermittents führte zu einem Umsatzrückgang von 30% für die örtliche Tourismusindustrie. Die Tourismusindustrie ist gemeinsam mit der Kultur- und Kommunikationsindustrie am begierigsten nach kulturellen und künstlerischen Ressourcen: nach Traditionen, Lebensformen, Riten, Weltsichten ebenso wie nach Festivals, Theater, Kunstwerken aller Art. Die Tourismusindustrie kolonisiert öffentliche Güter wie Kunstwerke, Architekturen, Landschaften oder historische Stadtzentren, eignet sich diese kostenlos an und verändert ihren Status: vom „Erbe der Menschheit" zum Privaterbe der Industrie und des Tourismus. Ein Gang durch die historische Innenstadt einer beliebigen europäischen Stadt genügt, um zu verstehen, wie die Umwandlung der Erfahrung von Zeit und Raum in Warenform geschieht. Dies ist nicht nur eine ungeheure Reduktion sozialer Öffentlichkeit auf das Begriffspaar „Anbieter" und „Kundschaft". Eine riesige Menge Arbeit wird außerdem ohne jegliche finanzielle Gegenleistung verwertet.

„In der der Neuregelung zu Grunde liegenden strikt buchhalterischen Sichtweise ist die Beschäftigung die einzige Berechnungsgrundlage; es wird nur ausgezahlt, was dem Volumen der abgeführten Sozialabgaben entspricht. Der darüber hinausgehende Teil des gesellschaftlich produzierten Reichtums wird nicht berücksichtigt."

Für die sozialen Rechte als Kulturschaffende einzutreten, ist prinzipiell aus zwei Richtungen möglich. Einmal, indem man auf der „kulturellen Ausnahme" im Sinne eines Berufsstands-Privilegs besteht. Und einmal, indem man die Absicherung künstlerischer Prekarität als Exempel für alle Prekären versteht und damit die eigenen, zunächst begrenzten Forderungen einschreibt in den gesellschaftlichen Kampf um soziale Rechte.

„Ist es nicht symptomatisch, dass in das, was ein Modell für andere Kategorien von Prekären sein könnte, systematisch eine Bresche geschlagen werden soll? Die Ausarbeitung eines auf der Realität unserer Praktiken basierenden Arbeitslosenversicherungsmodells ist eine offene Diskussions-Grundlage für alle Formen der Wiederaneignung, der Verbreitung und Ausweitung des Kampfes auf andere Bereiche."

Letztere Perspektive ermöglicht es zudem, generelle Merkmale postfordistischer Arbeitsverhältnisse aus der neoliberalen Individualisierungsrhetorik zu lösen und als Terrain politischer Kämpfe sichtbar zu machen.

"Unsere Forderungen haben nichts mit einem Kampf um Privilegien zu tun: Flexibilität und Mobilität, die zu einer allgemeinen Anforderung werden, dürfen nicht zu Prekarität und Elend führen. Die Erarbeitung eines Konzepts von Arbeitslosengeld, das die Realität unserer Tätigkeiten anerkennt, also die Kontinuität der Aktivitäten und die Diskontinuität der Entlohnung, öffnet die Tür für Formen der Wiederaneignung und Zirkulation."

... und die Aneignung des Sozialen

Die Kämpfe der Intermittents vom vergangenen Jahr fordern uns also dazu auf, neue Fragen zu stellen und neue Antworten zu finden. Es geht darum, die Unterordnung unter die Bedingungen von öffentlicher oder privater „Arbeit" zu unterlaufen, die Produktion öffentlicher Güter jenseits ihrer Verwertung durchs Kapital anzukurbeln und schließlich darum, produktive Zeit von Entlohnung zu koppeln, um so den Zugang aller zu nicht überwachten Lebensabschnitten sicherzustellen. Es geht darum, Trennungen aufzuheben: zwischen der Erfindung und der Reproduktion kultureller Güter, zwischen Produzierenden und Nutzenden, zwischen ExpertInnen und Laien. Der Kampf der Intermittents um soziale Rechte, konkret: um ein staatlich garantiertes System sozialer Sicherung ist dafür gerade deshalb Voraussetzung, weil er über diese Forderung hinausreicht, wenn er die Reproduktion staatskonformer Subjektivitäten, die Spaltung in „Künstler" und „sonstige Prekäre" zurückweist und die Sicherung sozialer Rechte mit dem Kampf um die gesellschaftliche Aneignung öffentlicher Güter verbindet. Die an den Staat gerichteten Forderungen dienen so dazu, eine neue Sphäre der Öffentlichkeit zu schaffen: eine Sphäre, die nicht mehr vom Staat determiniert ist.

„Nur kollektive soziale Rechte können die Freiheit der Personen garantieren, die Kontinuität der Arbeit auch außerhalb der Beschäftigungsperioden, die Realisierung auch der unwahrscheinlichsten Projekte, die Diversität und die Innovation garantieren. Dynamik, Erfindungsreichtum und Kühnheit, welche die künstlerische Beschäftigung charakterisieren, beruhen aber auf der gewollten und durch die interprofessionelle Solidarität erkämpften Unabhängigkeit und dem Erhalt annehmbarer Existenzbedingungen."

Übersetzung: **Michael Sander**

Anmerkung:

1) Bearbeitete und ergänzte Übersetzung eines Artikels der Zeitschrift *GlobalProject*. Print: GlobalProject – Paris: L'Europe est à nous, Sondernummer zum ESF 2003 (französisch). http://www.globalproject.info/art-3.html. (italienisch).

2) Die kursiv gesetzten Zitate stammen aus Erklärungen der Coordination des intermittents et précaires d'Ile-de-France. Vgl. *Jungle World* 26 und 32/2003.

Außerhalb der Apparate

Die Transnationalität der Gewerkschaften lässt auf sich warten

Das global agierende Kapital orientiert sich immer weniger an Nationalstaaten und agiert auf einem deutlich deregulierten Weltmarkt. Soziale Kämpfe hingegen, insbesondere die von Gewerkschaften geführten, leiden immer noch unter nationalstaatlicher Fixierung. Über dieses Dilemma sprach Georg Wißmeier mit Helmut Weiss, stellvertretender Vorsitzender von ver.di Dortmund und Mitarbeiter bei LabourNet Germany.

***Fantômas**: Vor welchen Herausforderungen stehen Gewerkschaften angesichts der Transnationalisierung des Kapitals?*

Weiss: Im Prinzip gibt es nur eine Antwort auf diesen Prozess. Gewerkschaften müssten eine Strategie fahren, die sagt, wir sind mindestens so international wie der Kapitalismus. Das ist leider nicht so. Ab und an aber gibt es positive Ansätze. In England gibt es eine Welle von „Offshores“, also von Auslagerungen, insbesondere von Call-Centern nach Indien. Die übliche Reaktion von Gewerkschaften: Mauern hochziehen und die Firmen nicht aus dem Land lassen. In der Regel verbunden mit Zugeständnissen bei Löhnen und oder Arbeitszeiten. AMACUS, eine der neu gegründeten Gewerkschaften in England, hat stattdessen zwölf von ihren Leuten nach Indien geschickt, um dort mit den örtlichen Gewerkschaften zu versuchen, die Call-Center zu organisieren. Eine gegenüber der üblichen Herangehensweise bemerkenswerte Aktion.

In der Art und Weise macht es doch auch die IG BAU (1), wenn sie eigens ein Gewerkschaftsbüro in Polen eröffnet, um eine deutsch-polnische Zusammenarbeit zu entwickeln ...

Sie macht aber auch gemeinsame Aktionen mit dem Zoll. Und das ist schon absurd. Wer Polizeiaktionen gegen Beschäftigte ohne Papiere fordert , verhält sich als reaktionäre Kraft. Nun sind die Positionen innerhalb der IG BAU ja wohl gespalten. Liest man aber die offiziellen Dokumente zur EU-Osterweiterung, dann stellt man fest, dass es gerade die IG BAU gewesen ist, die bei Schröder darauf gedrängt hat, Zugangsbeschränkungen für Arbeitskräfte zu errichten. Das erreicht zu haben und es dann auch noch als Erfolg zu feiern, finde ich schlimm. Ist aber keine exklusiv deutsche Erscheinung. Ganz übel ist es z.B. in den USA. Beispielsweise gibt es eine Internetseite gegen Offshoring, da sind Gewerkschaften beteiligt, etwa die *Communication Workers of Amerika*. Die vertreten die Position: Die Unternehmen sollen hier bleiben und keine Arbeitskräfte rein lassen. Das sind keine nationalistische Untertöne mehr, das sind nationalistische Obertöne.

Dabei klingt die unter Linken gern genommene Parole, seid internationalistischer als das Kapital, doch wirklich gut ... Gibt es auch positive Beispiele?

Ja. Wie man Druck auf offizielle Gewerkschaften ausüben kann, das zeigt das Beispiel der Aktivitäten in den Häfen gegen die von der EU-Kommission geplante Liberalisierung der Hafendienstleistungen, das so genannte Port Package. Da ist es Gewerkschaften erstmalig gelungen, die Absenkung von sozialen Standards und die geplante Deregulierung zu verhindern. Die geplante Be- und Entladung von Schiffen durch Seeleute oder eingeflogene Billigteams anstatt durch qualifizierte Hafenarbeiter ist deshalb jetzt vom Tisch.

Wie kam es dazu?

An mehreren Aktionstagen haben mehrere tausend Hafenarbeiter von Helsinki bis Piräus, von Hamburg bis Marseille die Arbeit aus Protest gegen das Port Package niedergelegt, teilweise bis zu 24 Stunden, und das mehrfach. Demonstrationen von Hafenarbeitern aus fast allen Hafenstädten Europas in Brüssel und in Rotterdam haben ebenfalls für Druck gesorgt. Auch dort haben die Kollegen ganze Arbeitstage eingebracht. Noch am Vortag der Entscheidung im EU-Parlament ruhte auf der Mehrzahl der Hamburger Container-Terminals erneut für zwei Stunden die Arbeit. Und schließlich hat das Europäische Parlament im November 2003 die von der EU-Kommission geplante Liberalisierung abgelehnt.
Koordiniert werden die Aktivitäten durch ein im Grunde durch nichts legitimiertes Hafenarbeiterkomitee, in dem sich AktivistInnen zusammengefunden haben; die wichtigsten Häfen von Liverpool bis Spanien sind darin vertreten und üben Druck auf die Gewerkschaften aus, kündigen Aktionen an, wenn nichts passiert. Das ist eins der wenigen Beispiele, wo offizielle Gewerkschaften – auf Druck der AktivistInnen – international agiert haben. Ansonsten sieht es aber eher düster aus.

Ist das nur auf europäischer Ebene so oder auch anderswo?

Leider ist das nicht nur in Europa so. Ich war vor zwei Jahren auf einer Konferenz

der CUT (Central Únicados Trabalhadores) in Brasilien. Dort waren unter anderem KollegInnen aus Argentinien, Uruguay und Paraguay anwesend. Es war für viele überhaupt das erste Mal, dass sie andere Organisationen zur Kenntnis genommen haben. Zwar wusste man, dass es die jeweils anderen gibt, aber mehr auch nicht. Kontakte und grenzüberschreitende Kämpfe gibt es meines Erachtens auch in anderen Kontinenten kaum. In Südamerika gibt es zwar ganz bescheidene Versuche, sich im Zusammenhang mit der Freihandelszone Mercosur zu treffen und Absprachen zu treffen, aber auf einem ganz niedrigen Niveau. Also, es ist nicht so, dass man sagen könnte, die reichen europäischen Gewerkschaften sind schlimmer als die anderen.

Dort gibt es eine stärkere länderübergreifende Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften. Die erklärt sich aus der spezifischen Rolle Südafrikas Die COSATU (Congress of South African Trade Unions) hat allein durch die Position, die Südafrika im südlichen Afrika einnimmt, so eine Art Vaterrolle bei den anderen Gewerkschaften – und bemüht sich auch, diese auszufüllen.

Kurz: Im Grunde gibt es eigentlich – noch – keine transnationalen Kämpfe.

Ganz wenig. Was es transnational gibt, das sind bestimmte Kampagnen. Es hat sich in den letzten zehn Jahren in der Gewerkschaftsbewegung zwar herum gesprochen, dass man „eigentlich was tun müsste", aber du weißt ja selbst was „eigentlich müsste man" real bedeutet. Schau dir doch die Geschichte mit dem 3.4.2004 an – der so genannte europäische Aktionstag gegen Sozialabbau. Das war ein Witz und kein europäischer Aktionstag.

In der Tat: Die Demonstrationen vom 3.4. wiesen praktisch gar nicht über den jeweiligen Nationalstaat hinaus. Als Maximum wurde ganz abstrakt ein „soziales Europa" eingefordert.

Ja, das soziale Europa. Das ist das Transnationalste, was bei den gewerkschaftlichen Aufrufen überhaupt auftaucht. Und das gibt für transnationale Kämpfe nichts her. Wenn man schon so eine platte Parole wie „Für ein soziales Europa" verbreitet, müsste auch dazu gesagt werden: Keine Diskriminierung, kein Einreiseverbot. Eine ganz banale demokratische Forderung, die aber eine unglaublich Sprengkraft in den Gewerkschaften hätte. Die würden wahrscheinlich explodieren, würden sie sie ernsthaft aufstellen. Mindestlohn wäre eine weitere Forderung. Keine Diskriminierung und Mindestlohn, das wäre im Prinzip eine vernünftige Haltung europäischer Gewerkschaften auch zur Frage der EU-Osterweiterung. Nur dazu sind sie politisch nicht fähig – und im Übrigen spiegelt das auch nicht die Wünsche der überwiegenden Anzahl der Mitglieder wider.

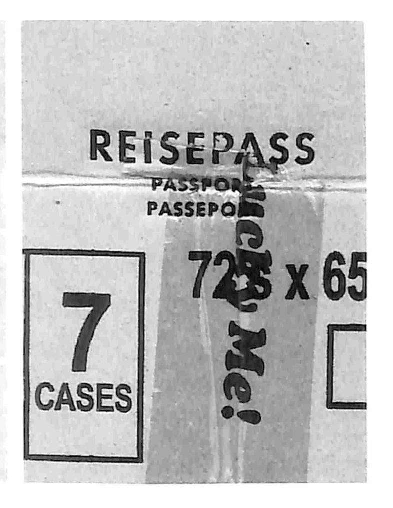
Das wäre doch ein hervorragendes Arbeitsfeld für die Gewerkschaftslinke. In dieser Richtung nehme ich aber keine besonderen Aktivitäten wahr.

Das hat damit zu tun, dass die Gewerkschaftslinke heutzutage meist aus linken BetriebsrätInnen und linken GewerkschaftssekretärInnen besteht. Es gibt da recht wenig Basisbewegung. Aktive Gruppen gibt es schon, aber die bestehen oft auch aus BetriebsrätInnen, und meist kommen noch Vertrauensleute (2) dazu. Aber auch linke Betriebsräte sind nun mal Betriebsräte: Man darf nicht vergessen, dass bei uns durch das Betriebsverfassungsgesetz ein linker Betriebsrat etwas anderes ist als ein linker Gewerkschafter, denn für den Betriebsrat sind auch durch die betriebliche Praxis oft vor allem die „Interessen" „seines" Betriebes handlungsleitend. Es ist heute schon schwierig, bei einem Konzern mit mehreren Standorten in einem Land ein gemeinsames Handeln der KollegInnen herzustellen, worum sich sehr viele linke BetriebsrätInnen in-









Was genau verhindert denn das Zusammenkommen, die gemeinsamen Aktivitäten und Aktionen?

In manchen Ländern auch schlicht logistische Probleme, zum Beispiel in Brasilien oder auch in den USA. Die Länder sind einfach sehr groß, es erfordert bereits enormen Aufwand, im nationalstaatlichen Rahmen „zusammenzukommen". Im Fall Brasilien gibt es durch die ganze Problematik nationale Souveränität, US-Imperialismus, mit der Erfahrung der Militärdiktatur im Hinterkopf dieses Fixiertsein in der strategischen Orientierung auf den eigenen Staat. Und das gilt für Südamerika eigentlich generell. Anders sieht es etwa im südlichen Afrika aus.

tensiv bemühen. Schau dir den letzten Streik in der Metallindustrie in Ostdeutschland an und die unsägliche Rolle, die bestimmte Betriebsräte aus westdeutschen Automobilkonzernen dabei spielten, die den Streik im Prinzip hintertrieben und nur noch „ihre“ Konzerne im Blick hatten. (3) Wenn die Standortkonkurrenz unter den Betriebsräten, die alle gleichzeitig Gewerkschafter sind, national schon so hervorragend funktioniert, ist es nahezu unmöglich, transnationale Kämpfe zu organisieren.

Natürlich gibt es immer wieder Versuche, dies zu durchbrechen. Bei der Automobilkoordination wird das versucht, die KollegInnen der Chemie-Opposition machen eine sehr verdienstvolle Arbeit was man beispielsweise aktuell an der Erklä-



rung deutscher und französischer BetriebsaktivistInnen zur Aventis-Übernahme sehen kann. Auch andere machen das, etwa auf der Ebene „Solidarität im Konzern“. Das letztere geschieht aber fast immer im Rahmen der – und das ist gar keine Kritik an derArbeit der KollegInnen – Solidaritätsarbeit, d.h. man setzt sich für die KollegInnen an anderen Standorten ein und versteht das nicht unbedingt als gemeinsames und damit auch eigenes Interesse.

Diesen einseitigen Solidaritätsgedanken zu überwinden, wäre sicherlich eine wichtige Voraussetzung für transnationale Kämpfe?

Ganz bestimmt. Wir hatten bei der IG Medien Dortmund lange einen Arbeitskreis Internationalismus. In diesem Zusammenhang haben wir viele VertreterInnen ausländischer Gewerkschaften zu Veranstaltungen eingeladen – um uns mit ihnen auszutauschen und von ihnen zu lernen. Wir wollten nicht helfen, sondern uns über Probleme austauschen: Probleme, vor denen wir tatsächlich stehen. Nimm das Beispiel der Organisierung in der informellen Ökonomie. Da gibt es Gewerkschaften in Afrika, die wesentlich weiter sind als die deutschen Gewerkschaften (etwa, was die Organisierung von StrassenhändlerInnen in Zambia betrifft. Doch eine solche Erweiterung setzt ein Umdenken voraus: Du machst eine Veranstaltung nicht, weil du nett zu deinen Gästen sein willst, sondern weil du was von ihnen lernen willst. Davon abgesehen fehlt es auch an strategischen Ausarbeitungen, im dem Sinne etwa, dass sich alle Gewerkschaften an allen betroffenen Standorten treffen und ein Gegenkonzept entwickeln zu neuen Kapital- bzw. Konzernstrategien.

Und jenseits von Gewerkschaften?

Da passiert schon eher was. Gewerkschaften sind in der Regel Apparate, die ziemliche Beharrungskräfte haben, egal, wo sie politisch stehen. Ganz anders etwa die Arbeit der Arbeit der landlosen Campesinos in Lateinamerika. Eine gemeinsame Kampagne für die Landreform ist so ein Anfang, aber auch gemeinsame Kampagnen gegen den Einsatz von Pestiziden mit dem Ziel, bestimmte Pestizide, wenn nicht alle vom südamerikanischen Markt weg zu bekommen.

Findet diese Arbeit über die Nationalgrenzen hinaus statt?

Ja, wenn die Forderung nämlich lautet: Wir wollen die Pestizide in allen Ländern weg haben. Einige Organisationen der Via Campesina (4) haben sich darauf geeinigt.

Was müsste gemacht werden, um nationalstaatliche Schranken im gewerkschaftlichen Aktivismus zu überwinden?

Notwendig wäre es, bestimmte gesellschaftspolitische Themen in die Debatte zu bringen, wie etwa die Frage der Nichtdiskriminierung von Menschen aus den osteuropäischen Beitrittsländern, etwa in Bezug auf die Reisefreiheit: Alle müssen genau so viel Reisefreiheit genießen wie wir. Diese Forderungen sind so überoffensichtlich. Alles soll sich in der EU frei bewegen können, nur die Menschen sollen es nicht. Da finden einen Monat vor der EU-Osterweiterung große Demonstrationen für ein soziales Europa statt und es wird mit keinem Wort über solch naheliegende Forderungen gesprochen. Es geht darum, soziale und demokratische Rechte zu verbinden. Dabei könnten gewerkschaftliche Linke und Gewerkschaften ein wichtiger Motor sein.

In ihrer jetzigen Verfasstheit sind die Gewerkschaften aber wohl eher ein Hindernis als ein Motor.

Es wird kein Weg daran vorbei führen, dass man Gewerkschaften in ihrem Er-

scheinungsbild und ihrem Verständnis von Interessenvertretung am Arbeitsplatz als historisch überholtes Modell ansieht. Übrigens auch in ihrer linken Variante, die ja die gleiche Orientierung hat, nur halt eine konsequentere Interessenvertretung bietet als die sozialdemokratische Version. Es ist aber deshalb nicht so, dass „social movement unionism" der Anfang vom Ende der Gewerkschaften ist. Von mir aus kann das hinterher immer noch Gewerkschaft heißen, nur die Politik muss eine andere sein. Es geht darum, eine Bewegung zu initiieren, die bestimmte gesellschaftliche Räume einfordert. Die fordert: Es darf hier keine Diskriminierung geben oder auch: Es darf keinen Hunger geben. Das würde auch die Betriebs- und Branchenorientierung und schließlich auch die nationale Ebene überwinden. Ein weiteres Beispiel: Die Gewerkschaften hier werden mit ihrer jetzigen Strategie gegen die Privatisierungen vor relativ vielen Problemen stehen. In Brasilien etwa wurde in der ersten Phase der Privatisierung von einigen Linken in der CUT die Forderung nach „Demokratisierung statt Privatisierung" aufgestellt. Eine Überlegung, die es hier relativ selten gibt. Zumeist geht es um die Verteidigung des status quo. Also: neue Modelle braucht es – und du wirst genügend Leute finden, die genau das sagen...

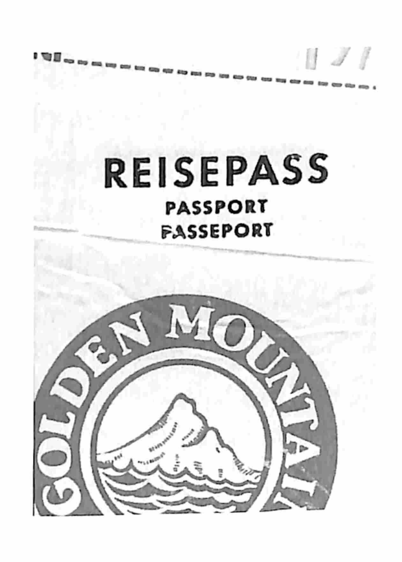
... aber gleichzeitig in den Apparat eingebunden sind, entweder als Betriebsräte oder als Gewerkschaftsangestellte. Basisgewerkschaften ohne Basis?

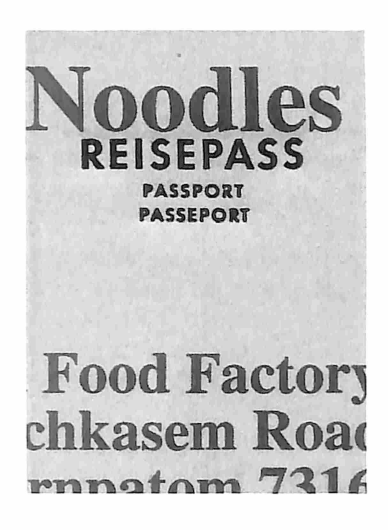
In Deutschland sagen die meisten Linken, dass die Einheitsgewerkschaft eine wichtige Errungenschaft ist. Ich bin da sehr skeptisch, ob das heute noch so unumwunden stimmt. Wenn heute was in Richtung Basisgewerkschaften erreicht werden soll, muss man nach Lage der Dinge und der gesellschaftlichen Entwicklung in Bereiche, in denen der DGB noch nicht ist, dort ist Bedarf nach Neuem, weil traditionelle Gewerkschaftsmodelle strukturell wenig geeignet erscheinen, da wirksam zu werden.

Also in den informellen Sektor beispielsweise oder in Richtung Prekarisierung, was ja nicht zuletzt auch mit dem Kongress „Die Kosten rebellieren" angeschoben wird (5).

Ja, da sind mögliche Ansatzpunkte. Wenn wirklich was Neues entwickelt wird – und das wird sicherlich auf Widerspruch auch bei Gewerkschaftslinken stoßen – dann wird das von außerhalb der Apparate kommen.

Danke für das Gespräch.





Anmerkungen:

1) Industriegewerkschaft Bauen, Agrar, Umwelt.

2) Vertrauensleute sind von den im jeweiligen Betrieb gewerkschaftlich Organisierten gewählte Delegierte. Sie sorgen dafür, dass Informationen weiter gegeben werden und entscheiden über gewerkschaftliche Aktionen im Betrieb.

3) Vgl. in ak 475 vom 15.08.2003 den Artikel „Streikbrecher – Richtungsstreit in der IG Metall."

4) Via campesina bezeichnet sich selbst als einen Zusammenschluss von Kleinbauern, armer Landbevölkerung, indigenen bäuerlichen Gemeinschaften, Landarbeitern und landlosen Bauern. Zu den Mitgliedsorganisationen gehören u. a. die europäische Bauernkoordination CPE, die brasilianische Landlosenbewegung MST, die polnische Peasant Solidarnosc und die indische Bauernorganisation KRRS.

5) Vom 25.-27. Juni findet in Dortmund unter der Überschrift „Die Kosten rebellieren" ein Kongress zum Funktion, Stellenwert und Formen prekärer Arbeit statt. Dazu ruft ein heterogener Kreis von politischen Gruppen (von migrantischen Selbstorganisationen bis zu GewerkschafterInnen, von antirassistischen bis zu Erwerbslosen-, Jobbern oder Anti-Hartz-Initiativen) auf, der kontroverse Debatten zusammenzubringen und sich darin auf strategische Ansatzpunkte und politische Forderungen verständigen will – nicht zuletzt, um konkrete Handlungs- und Organisierungsansätze auszutauschen und weiterzuentwickeln. www.labournet.de

dichtung und wahrheit.

☐ jenseits von staat und autonomie:
der riss ins dunkle. *danielle sarréra*.

☐ über staat und autonomie: das glossar.
von A (althusser) bis Z (zivilgesellschaft).

☐ an den grenzen, über die grenze: passe-port.
gerschner und *backmund* über bernhard eberle.

Der Riss ins Dunkle

Von Danielle Sarréra

Politik und Poesie verbindet und trennt eine lange Geschichte. Zwar sind die Revolten der Poesie auch Sozialrevolten, richten sich in ihrer radikalen Form aber nicht nur gegen eine bestimmte Gesellschaft, sondern gegen Gesellschaft schlechthin. Das liegt daran, dass jede Gesellschaft ihren Mitgliedern Zwecke vorgibt, fremd gesetzte in der Regel, selbst bestimmte im besseren Fall: heißt Auto – nomie doch, nach eigenem Gesetz zu leben. Alle gesellschaftliche Praxis zielt auf ihre eigene Reproduktion. Die Poesie aber, und erst recht die Poesie der Revolte, behauptet die Zweckfreiheit eines Lebens, das sich in der Intensität der singulären Erfahrung verausgabt, und sei es um den Preis des Lebens selbst.

Von der Dichterin Danielle Sarréra sind nur drei Schulhefte und einige lose Blätter überliefert, die sich nach ihrem Tod in ihrer Wohnung fanden. Danielle Sarréra brachte sich im Jahr 1949 im Alter von siebzehn Jahren um. Wir dokumentieren Auszüge aus ihrem Buch *Arsenikblüten* (Matthes und Seitz, 1978).

Ihr mögt ruhig versuchen, mir einen Namen zu geben, doch offen gesagt, ihr werdet mich nie nennen können, denn ich bin abwesend, auf dem Gipfel der Abwesenheit. Du, der mich am besten kennt, du weißt nichts von mir; nicht dass ich etwas verberge, aber alles verbirgt mich. Ich bin von der penetranten Gewöhnlichkeit der Flüsse, die die Fötusse, die man in sie wirft, nicht kennen, die nicht den männlichen Geschmack der Kiesel kennen, die sie mit sich wälzen. Sie sind taub und blind, ohne Arme und Beine; sie sind sogar stumm.

Man könnte sich zur Probe an ein Kreuz schlagen. Aber die Kreuze reden nur zu den Toten. In Wirklichkeit sind meine Hände und Füße durchbohrt und bluten Wasser. Wenn ich dieses Wasser analysiere, ist es ohne jede Substanz, auch ohne die des Wassers.

Ich bin eine Glasscheibe im Glaspalast; ich trenne nichts. Von mir gibt es nichts zu sehen. Hinter mir gibt es nichts mehr zu sehen. Der Blinde weiß um die Leichtgläubigkeit des Lichts. (...)

Ich nenne mich Treue gegen jeden gewählten Tod.

Mit einer Seele und einem Körper, mit diesem einzigen Schwung, der die Schleuder zerbricht und den Schädel zerschmettert, die Fensterscheiben einschlägt, aus dieser verdammten Einsamkeit, wo sich die verwesten Raben des gänzlich zerrütteten Geistes versammeln, aus diesem für unsere unerfüllten Aussichten zu kleinen Ort, wo wir Welten guten Willens mit hinfort unüberschreitbaren Quellen trostlos haben leben und sterben sehen, aus diesem eisigen abgeschlossenen Raum, wo kein Gebären möglich ist, richte ich, die stolze Dienerin eines Todes, der viel toter ist als ihr das glauben könnt, diesen Gruß an euch, von ganzem Herzen hoffend, dass er euch kreuzunglücklich machen wird und euch immer tiefer sinken lässt, bis zu der stummen Stunde der gesetzlich gebilligten Verbrechen, die aus den Phantomen, die ihr seid, eine endgültige Welt mit heillosem Schweigen schaffen wird.

Ihr werdet an der Langeweile sterben, denn die Langeweile ist der einzige Herr des Ozeans, der euch fesselt und euch führt. (...)

Ihr tut unrecht, hundertmal, tausendmal unrecht, eure Kräfte an menschliche Werke zu verschwenden. Ihr seid gar keine Menschen, sondern seltsame Phänomene, an einem Tag geboren, da man euch nicht brauchte. Eure unüberlegte Monstrosität taugt nicht mehr als das Gras auf den Wegen, die fortan keiner mehr hegen wird. Ihr sperrt das Maul auf wie ich das Maul aufsperre. Doch ich, ich kenne den Weg, der zur äußersten Selbstgefälligkeit führt; ich kann die Tür des in seiner Rinde aus zerfetzter Haut zerrütteten Geistes öffnen; ich kenne die Stunde! So kann ich vorhersehen – und ich irre mich nicht, in keinem Fall! –, dass ihr letztlich nur Trug eures vollgepfropften Gedächtnisses seid, das sich des Nichts erinnert, eigene Küche um Mitternacht unter dem Mond.

Meine Mutter, mein Vater, meine Großmutter und mein Großvater, alle am Geist kastriert! Abscheuliche Leute, die an Gott glauben, wenn schönes Wetter ist, und die sich im Familienkreis beschimpfen, wenn das gebrandmarkte Kind auf und davon läuft zu den finsteren Dörfern, wo die Abwasser sich verkrochen haben. Für mich gibt es keine andere Lösung – wenn ich klar sehe – als die, das Feuer mit Eis und den Schnee mit Kupferfackeln zu besticken. Alles überprüfen, alles in Angriff nehmen, alles anpacken. Alles erwürgen also, mit diesen Händen, die so zart sind, dass sie nicht das Beil halten können, doch die schärferen Beile sind als alle Waffen der Welt. Aber genug! Ich sehe mein besseres Gesicht mit der Spitzigkeit der Nadeln, im Schmerz der Peitsche, die über einem schläfrigen Geschlecht erschlafft, das die Erschließung der neuen Länder erträumt. Meine Mutter, mein Vater, meine Großmutter und meine Großvater (meine Brüder wären Salamander gewesen, die die Quellen küssen) haben nichts gekannt, nichts besucht. Ich bewege mich schließlich, und meine Dachstube kündigt die riesige Kluft des Geistes an, die Spalte, wo die Schweine sich vergnügen.

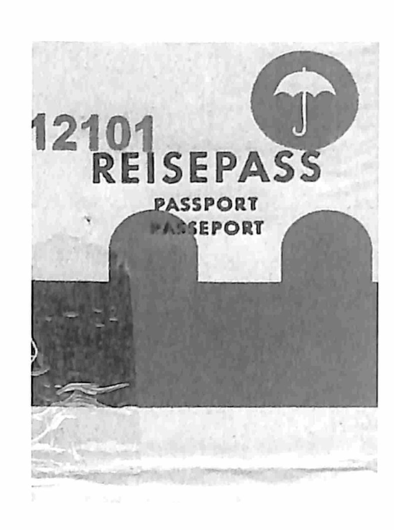
Diese glückliche Frau am starken Arm ihres glücklichen Mannes, aber so sterbe sie doch! Soll ihr Mann sterben! Sollen ihre Kinder sterben unter unsäglichen Qualen! Ihr Glück ist gemacht aus diesem durch die Gossen gewälzten Schlamm, den ich an meine Augen führe, um sie für immer blind zu machen. Soll alles, was gerecht ist, sich verdammen! Soll alles, was glücklich ist, sich kreuzigen! Ich mag nur die für immer verlorenen Geschöpfe, die Verrückten, von einer Verrücktheit befallen, die genügt, um tausend Selbstmorde ins Auge zu fassen! Ich werde mich ermorden, sobald Zeit ist. Ihr werdet sehen,

glückliche Leute, dass mein spritzender Kot belebend ist! (...)

An jenem Morgen ging Antigone auf Zehenspitzen weg. An jenem Morgen, nachdem sie ihre Röcke geschürzt hatte, um in der Sonne dieses unsäglichen Sommers ihre Knie glänzen zu lassen, öffnete Antigone die Tür, die auf Montmartre hinausgeht, und mischte sich unter die Menge der linken Hand. Denn dies soll nimmer das Tagelicht erblicken, so wie die Eule dazu verurteilt ist, nur die Nacht zu kennen, und sollte sie sich je am hellen Mittag auf das Dach desjenigen wagen, den ich zu lieben glaubte, wird sie bestimmt zu Staub werden, wahrlich ulkig. Aber möget ihr euch den Osten oder den Westen betrachten, was werdet ihr, Paternoster-Leute, an dem Tag sagen, da ein sol- zu dem die Schweine gekommen sind, um ihre Seele zu sättigen! Ruhm und Ehre dem Tod, den ich in meinem düsteren Labyrinth wohlweislich destilliert habe! Ruhm und Ehre all jenen, die es wie ich verstanden haben, mit den Bällen zu spielen, die mannigfache Zufälle unter unsere Stutenfüllenbeine werfen. Amen.
(...)







der Sonntage. An jenem Morgen öffnete Antigone ihre Augen auf eine frostige Welt und tauchte die Finger in das Weihwasser der Tragödie, die an jenem Morgen einen der Gipfel des Denkens erreichte. Antigone fing an jenem Morgen am Flussufer an zu lachen, mit ihrem Lachen, das gelinder ist als die Nacht und ärger als die Hölle, und sehr ruhig schlief sie ein, ohne zu träumen, in der ekelerregenden Menge des Meineids. An jenem Morgen verließ Antigone die väterliche Wohnung, warf den Schlüssel in die Rhône und in die Saône, und als alles rein war wie eine Küche am Samstagabend, hockte sie sich ins Gras und gab sich ihren schöpferischen Verrücktheiten hin, deren Einleitung die Form eines Geschlechts hat, und deren Schluss nur in den Sternen zu lesen ist, wenn diese explodieren und herabfalllen. An jenem Morgen ging Antigone fort, das Haar wirr, die Arme verschränkt , die Augen blinkend wie Degen; und der Herr der Schädelbohrers (soll der Tod seine Seele haben!) sah sie weglaufen, die Augen in Tränen gebadet. An jenem Morgen, ja, an jenem Morgen ging Antigone allein fort, an jenem Morgen. Und damit begann das Wunder.

Ich schreibe das dritte Evangelium mit cher Augenblick des Geistes euch an der Gurgel packen wird, wo ihr daran nicht habt glauben wollen, und, an den Füßen in die Höllenglut gezogen, eure hübschen, euch so gut stehenden Köpfe plötzlich den Wasserspeiern von Notre Dame ähnlich werden? Ich betrachte euer starres Auge voller Hochmut, weil ich weiß, wie unfertig und, mit einem Wort, gewöhnlich ihr seid, ihr, die ihr es mit Geld fertiggebracht habt, den Thron der Schicksale zu spielen und aus meinem lieben Schädelbohrer-Ritter ein lächerliches nacktes Männchen an einem Kreuz Israels zu machen. Hier bin ich jedoch bereit zu preisen, indem ich mich weigere zu preisen, fähig den Tod zu vernichten in eurer in Höhe des Denkens durchschnittenen Kehle. Hier bin ich, glücklich und elend, triumphierend und niedergeschlagen, trotzig, mit einem Wort, und frei! Ruhm und Ehre meinem Rätselpferd, das genau weiß, wohin es geht! Ruhm und Ehre meiner kindlichen Gestalt, die morgen zu einem glühenden Gestirn erstarren wird (eine wahre Sonne Kaschmirs!). Ruhm und Ehre meinem verstoßenden und nimmermüden Geschlecht, diesem Diamanten, diesem Pelzkleid, diesem unbestreitbaren Onyx,

Genug! ich weigere mich, auf Erden Fuß zu fassen! Pack dein Herz in den Abgrund meines Staubs. Ich werde dir verzeihen, wenn du es wagst.

Liebe kleine Danielle, laß mich deine Beine streicheln; lass meine Hand deine samtweichen Schenkel hochfahren. Laß mich mit deinem Geschlecht spielen. Aber schon bist du kalt wie eine Statue, o Mädchen der Leere, große wunderbare Schwester, bei der meine Liebkosungen den Tod erfahren und festwurzeln. Arme, liebe, sehr liebe kleine Danielle, ich verlange von dir lediglich ein Verbrechen, das nur das in dir geahnte Ungeheuer tötet.

Hier ruht das Kind, von dem das Kind nichts wissen wollte. (...)

Ich bin göttlich von Todes Gnaden, und es ist der Tod, den ich auf allen Bänken des großen Kollegs zur Schau stelle. Ich bin gerettet durch meinen Schrei, der schrecklicher ist als der der Mantelmöwe, die jedoch jene, die sie hören, mit den schlimmsten Unheilsfluten überschwemmte, die man sich denken kann. Ich bin Christus ebenbürtig und ihr werdet mir das glauben müssen! Eine neue Ära beginnt am Ende meiner Raserei und sie wird von der Herrlichkeit der Steine sein.

Von Althusser bis Zivilgesellschaft. Glossar

Althusser, Louis (1918 – 1990) versuchte zu Beginn der 60er Jahre den Marxismus durch den Rückgriff auf die Psychoanalyse und den Strukturalismus zu erneuern. Dabei richtete er seine Angriffe sowohl gegen den stalinistischen „Vulgär-Ökonomismus" des autoritären Marxismus als auch gegen Spielarten eines humanistischen Marxismus, die sich auf den Entfremdungsbegriff des frühen Marx bezogen. Erstere kritisierte er, weil deren Basis-Überbau-Konzeption zu einem Determinismus führe. Letztere, weil sie in ihrer Orientierung am entfremdeten Menschen den Klassenkampf und die Geschichte ausblendeten. Vor allem mit seiner Ideologietheorie gelang es ihm, die Debatten zu beeinflussen. 1977 rief A. die „Krise des Marxismus" aus, um den doktrinären Parteikommunismus zu provozieren. Die Krise bestand für ihn in dem unaufgearbeiteten Verhältnis von Marxismus, Staat und GULAG einerseits und dem Auftauchen von neuen sozialen Bewegungen jenseits der Arbeiterbewegung andererseits.

Autonomie, im Wortsinn Selbstgesetzgebung, Selbstbestimmung im Gegensatz zu Heteronomie, Fremdbestimmung. Begriff der europäischen bzw. bürgerlichen Philosophie, die A. zur Eigenschaft menschlicher Subjekte erklärte. Später zentraler Begriff der Neuen Linken, besonders des italienischen Operaismus, der unter „Arbeiterautonomie" die Fähigkeit der Arbeiterklasse zur selbstbestimmten politischen Aktion gegen den Staat und die traditionellen Arbeiterorganisationen verstand. ArbeiterA. ist aber keine Eigenschaft der Arbeiter(-subjekte), sondern ihrer Aktion, und das Verhältnis von A. und Heteronomie kein äußerliches, sondern ein innerliches: die A. der Arbeiter bestimmt in ihrem Gegensatz zum Staat und zu den traditionellen Arbeiterorganisationen deren konkrete Form. Der Begriff „A. der Migration" funktioniert nach derselben Logik. Der Witz dabei: Obwohl A. immer erst errungen werden muss, geht sie der Heteronomie voraus, die immer nur Reaktion auf die Aktion der A. ist. Grundfehler (nicht nur) der deutschen Autonomen war, A. neuerlich als Eigenschaft eines Subjekts zu denken.

Distanz zum Staat, Versuch aus jüngerer Zeit, das Problem gesellschaftlicher Selbstbestimmung nicht mehr als Problem eines Übergangs zur Selbstbestimmung der Gesellschaft zu stellen. In D.z.S. verwirklicht sich gesellschaftliche Selbstbestimmung, indem ihre Akteure Staatsmacht weder ausüben noch abschaffen, sondern sie (die Staatsmacht) gerade dadurch beeinflussen, dass sie ihr aus dem Weg gehen, d.h. im Staat etwas anderes als Staat machen, den Staat durchlöchern. Anders gesagt: D.z.S. ist überall dort gewonnen, wo der Staat den Effekten einer Praxis unterworfen wird, die weder staatliche noch antistaatliche Praxis ist.

Etatismus meint eine Ausrichtung der politischen Praxis an den Staat. Diese Staatsfixierung war die dominante Politikorientierung sowohl in der sozialdemokratischen als auch in der kommunistischen Tradition der Arbeiterbewegung. Schon früh hatten die Anarchisten den E. in der SPD kritisiert. In der Weimarer Republik schüttete Tucholsky beißenden Spott über die SPD und deren E.: „Sie dachten, sie wären an der Macht, dabei waren sie nur an der Regierung." Ebenfalls gescheitert ist die e. Ausrichtung des Parteikommunismus. Sie glaubte, eine Eroberung der Staatsmacht würde zum Absterben des Staates führen. Die Neue Linke setzte gegen den E. eine Politik der Autonomie. Nach dem Scheitern des E. der nationalen Befreiungsbewegungen begann die Suche nach einer revolutionären Politik jenseits des E. Insbesondere die Zapatistas inspirierten viele radikale Linke.

Gouvernementalität, eine Wortschöpfung von Michel Foucault (1926 – 1984), zusammengesetzt aus den Begriffen „gouverner" und „mentalité". Damit wird ein widersprüchlicher Zusammenhang von Herrschaft und Subjektivierung bezeichnet, der typisch ist für moderne Machtregime. Eigentlich geht es darum, dass Menschen besonders effektiv dann beherrscht werden, wenn sie das Beherrschtsein selbst übernehmen. Ihre vollendete historische Form findet G., so weit sich das bislang absehen lässt, im Neoliberalismus, der den Imperativ zu Selbstführung, -management, -kontrolle, -regulation universalisiert. Gleichwohl geht G. zurück auf eine alte christliche Machttechnik: die Führung des Hirten über seine Herde, die idealerweise in der permanenten und selbständigen Gewissensprüfung der Schafe mündet. Im Anschluss an Foucaults programmatische Entwürfe hat sich in den letzten Jahrzehnten international ein eigenständiger Forschungszweig etabliert: die Gouvernementality Studies, deren theoriepolitisches Projekt von Neoliberalismuskritik bis Politikberatung reicht.

Gramsci, Antonio (1891 – 1937): Begeistert von der russischen Revolution stellte er sich schon frühzeitig die Frage, wieso alle kommunistischen Strömungen im Westen gescheitert sind. Er sah gravierende Unterschiede zwischen den Gesellschaften in Russland und den kapitalistisch entwickelten Staaten im Westen. Hier existierte im Gegensatz zu Russland eine stabile Hegemonie der bürgerlichen Gesellschaft mittels der Institutionen und Organisationen der Zivilgesellschaft. G. kritisierte den in der kommunistischen Bewegung vorherrschenden Ökonomismus. Viele von G. geprägte Begriffe wie „erweiterter Staat", „organischer Intellektueller" oder „Hegemonie" bestimmen die staatstheoretischen Debatten bis heute. 1926 zum Vorsitzenden der kommunistischen Partei Italiens gewählt, wurde er noch im selben Jahr von der faschistischen Regierung verhaftet. In der Haft schrieb er seine „Gefängnishefte", in denen er seine theoretischen Ergebnisse ausbreitete. Kurz nach der Haftentlassung 1937 starb er an den Folgen seiner Erkrankungen.

Poulantzas, Nicos (1936 – 1979), In Athen geboren, ging er Anfang der 1960er Jahre nach Frankreich, wo er bis zu seinem Freitod lebte. Argumentierte in doppelter Frontstellung: Einerseits gegen Positionen, die den Staat nur als Anhängsel des Kapitals begriffen, andererseits gegen solche, die Machtverhältnisse im Staat ausklammerten. P. betonte stattdessen die relative Autonomie der jeweiligen Staatsapparate und gesellschaftlichen Bereiche. Der Staat ist nie ganz im Besitz einer Klasse, sondern auch in sich widersprüchlich. Der Klassenkampf existiert auch innerhalb der Staatsapparate. P. interessierte sich dafür, wie es dem Block an der Macht trotz dieser Widersprüchlichkeit gelang, seine Hegemonie zu organisieren. In seinen späteren Studien behandelte er zunehmend Probleme, die die offensichtliche Krise des Marxismus mit sich brachte. Insbesondere aufgrund der Erfahrungen der portugiesischen Revolution 1974 und seines Engagements in Griechenland nach dem Zerfall der Militärdiktatur setzte er sich intensiver mit Fragen des demokratischen Sozialismus auseinander.

Reformismus, wörtlich: Streben nach sozialer Veränderung und politischer Neuordnung auf evolutionärem und eben nicht auf revolutionärem Weg. Die Reformistin strebt keine radikalen Umwälzungen an, sondern setzt von den gegebenen Bedingungen ausgehend auf schrittweise Verbesserung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen. Historisch ist der R. eine Hauptströmung der europäischen sozialistischen Arbeiterbewegung. Der Widerspruch zwischen „Reform" und „Revolution" zieht sich aber auch durch die Geschichte der Neuen Linken; diesen auszufechten geriet bisweilen zu ihrer Hauptbeschäftigung und führte zu einer endlosen Produktion von Spaltungen. Von R. zu sprechen macht allerdings nur dann Sinn, wenn soziale Verhältnisse wie minimal auch immer verbessert werden sollen. Insofern hat zumindest der klassische sozialdemokratische R., seitdem er seinen Restwiderspruch zum Kapital ganz aufgegeben hat, ausgedient.

Revolution und Staat, zentrales Dilemma der marxistisch-leninistischen Tradition, in der die vollständige Rücknahme des Staates in die sich selbst bestimmende Gesellschaft Endziel der geschichtlichen Entwicklung, d.h. der Revolution war. Auf dem Weg dahin musste die Revolution selbst Staat werden: Diktatur des Proletariats, die in der Zerschlagung des bürgerlichen Staates die eigene Selbstaufhebung betrieb. Historisch ohne Zweifel gescheitert, lebendig nur noch insofern, als die anderen Lösungsvorschläge für das Problem des Übergangs zur sich selbst bestimmenden Gesellschaft, Sozialdemokratie bzw. Reformismus einerseits, Anarchismus (unmittelbare Aufhebung jeder Staatsgewalt) andererseits, nicht weniger gründlich gescheitert sind. Nicht unwahrscheinlich, dass das Problem falsch gestellt ist.

Staatsapparate, repressive (RSA) und ideologische (ISA): Unterscheidung, die von Althusser in die marxistische Staatstheorie eingeführt wurde. Zu den RSA gehören die Institutionen, die traditionellerweise als „Staat" verstanden werden: Regierung, Militär, Polizei, Verwaltung, Gerichte, Gefängnisse. Diesen stehen eine Vielzahl von ISA gegenüber, die nach einer eigenen Logik funktionieren. Dazu gehören die Schulen, die Kirchen, die Parteien, Gewerkschaften, Medien und der Kulturbetrieb. Mit dieser Erweiterung des Staatsbegriffs hob Althusser die klassische Trennung zwischen Staat und Gesellschaft auf und hob die Bedeutung der ISA für die Reproduktion der bürgerlichen Gesellschaft hervor. Eine bloße Eroberung der Staatsmacht lässt die ISA unberührt. Diese stellen aber die Bollwerke der bürgerlichen Macht dar.

Transnationalisierung des Staates, transnationalisierter Staat ist genau genommen gar kein Staat, sondern etwas, das mit den Nationalstaaten und ihrem globalen Zusammenhang geschieht, ihnen widerfährt. Dazu kommt es allerdings, zumindest im Fall der dominanten Staaten des integrierten Weltkapitalismus, in der Folge nationalstaatlichen Handelns selbst, d.h. gerade nicht aufgrund einer über die Staaten hereinbrechenden Globalisierung. Transnationalisierte Staatlichkeit versucht, die „Omni-Krise" (Hardt/Negri) des Weltkapitalismus zu lösen. Der transnationalisierte Staat (der keiner ist) wird auch als „Ultraimperialismus" (Kautsky/Roth), als „ideeller Gesamtimperialismus" (Kurz), als „Weltsystem" (Wallerstein) oder als „Empire" (Hardt/Negri) bezeichnet. Die genannten Autoren verwenden den Ausdruck nicht, beschreiben aber in unterschiedlicher Perspektive den hier so genannten Prozess.

Weltsystem, darunter versteht Immanuel Wallerstein das kapitalistische System der weltweiten Arbeitsteilung. Das W. ist eine ökonomische Einheit mit einer einheitlichen Arbeitsteilung, aber keine politische Einheit, und es enthält mehrere kulturelle Subsysteme. Das moderne W. entstand im 16. Jahrhundert als Folge der Krise des Kapitalismus. Die historische Lösung bestand in der Bildung von Nationalstaaten, der geographischen Expansion und einer globalen Arbeitsteilung. Auch die Sowjetunion war nicht das Gegenüber, sondern nur ein Element des Weltsystems. Laut Wallerstein befindet sich das W. in einer fundamentalen Krise.

Zivilgesellschaft ist ein schillernder Begriff, der je nach Verwendungsweise einen völlig unterschiedlichen Bedeutungsgehalt hat. Z. im Sinne einer materialistischen Staatstheorie meint das Geflecht von Institutionen und Organisationen, die die Basis der bürgerlichen Gesellschaft sind. Dazu gehören Presse, Schulen, Kirchen und Sportvereine. In diesen Institutionen der „società civile" wird tagtäglich die herrschende Hegemonie reproduziert. Diese lässt sich nicht zentral von ihrer repressiven Seite her bestimmen. Vielmehr ist sie mit „Zwang gepanzerte Hegemonie". Die Z. ist bei Gramsci ein Struktur- und Herrschaftsbegriff. Normativ verstanden wird Z. vor allem in vielen NGOs und Menschenrechtsorganisationen. Dort wird Z. als der Raum betrachtet, der zwischen dem System „Ökonomie" und dem System „Politik" liegt. Diese Systeme haben sich angeblich verselbständigt und können nicht mehr miteinander kommunizieren. Die Z. fungiert deshalb in diesen Vorstellungen als Übersetzer oder als Moderator zwischen den Systemen „Politik" und „Ökonomie".

Wer mehr über **Giorgio Agamben, Gilles Deleuze, Disziplin, Empire, Michel Foucault, Kontrollgesellschaft, Toni Negri/ Michael Hardt** wissen möchte, schaut ins Glossar in *Fantômas* 2 oder auf die homepage:
www.akweb.de/fantomas/index.htm

Bernhard Eberle – Multiples

Von Petra Gerschner und Michael Backmund

Der Münchner Künstler Bernhard Eberle druckt Pässe. Im Außenmaß und mit den identischen Schriftzügen des grünen bundesdeutschen Reisepasses, produziert und verbreitet er sie in unbegrenzter Auflage. Sein Arbeitsmaterial sind industriell hergestellte Kartonagen. Die aufgedruckten Logos und Pictogramme der Verpackungsschachteln geben in ihrer Zeichenhaftigkeit Auskunft über Wareninhalt, Herkunftsländer und Transportwege. Eberles Pässe sind bewusst gewählte Ausschnitte, Fragmente entnommen aus alten Kartons; diese Verpackungen sind ein von ihrem Inhalt befreites Versprechen, sie haben selber keinen Wert und werden weggeworfen. Mit dem Aufdruck „Reisepass" verortet Eberle auf den eingeschriebenen Botschaften des globalisierten kapitalistischen Warenverkehrs die Frage nach Grenzen für und Ausgrenzung von Menschen, die diese Waren für unseren Alltagskonsum herstellen.

Die Einführung des Passes, und damit der ersten offiziellen Urkunde mit Personenbeschreibung, ist ein Produkt der Konstruktion nationalstaatlicher Ordnung und der Kontrolle wachsender gesellschaftlicher Mobilität (passe-port). Über Identifikationskriterien und die Bestimmung nationaler Zugehörigkeit hinaus definiert der Pass den legalen Bewegungsradius seiner Besitzer. Das Dokument entscheidet faktisch darüber, wer ungehindert passieren darf und wer gestoppt wird. Dabei werden die Wege für den Warentransfer immer offener und vernetzter, für die meisten Menschen jedoch immer dichter.

Das Material der Pässe ist in beiden Fällen Pappe. Geknüpft an subjektive Distanzierung und Verweigerung der Anerkennung des Dokuments wird der Pass umgangssprachlich auch „Pappe" genannt. Doch beide „Pappen" haben unterschiedliche Entstehungs- und Verwertungshintergründe. Während die Originale druckfrisch aus der Berliner Bundesdruckerei kommen, tragen die von Eberle produzierten bereits die Geschichte des globalisierten Kapitalismus als Verweis mit sich.

Bernhard Eberle setzt seine Arbeit in Bezug zu einem Zitat aus Bertolt Brechts „Flüchtlingsgespräche": „Der Pass ist der edelste Teil von einem Menschen. Er kommt auch nicht auf so einfache Weise zustand wie ein Mensch. Ein Mensch kann überall zustand kommen, auf die leichtsinnigste Art und ohne gescheiten Grund, aber ein Pass niemals. Dafür wird er auch anerkannt, wenn er gut ist, während ein Mensch noch so gut sein kann und doch nicht anerkannt wird."

Eberle befragt die Autorität, die sich ermächtigt, dieses Dokument als Leihgabe an bestimmte Personengruppen zu vergeben – so bleibt der edelste Teil von einem Menschen „Eigentum der BRD", eingeschrieben in jeden Pass, und es besteht Ausweispflicht. Der Künstler bietet das „Papier" als Möglichkeit an, als Multiple, als etwas, das man selber gestalten kann. Er versieht es jedoch nicht mit biometrischen Daten oder Personalien, sondern verschiebt den Kontext. Jedes seiner Objekte ist einerseits Unikat, andererseits stört der immer gleiche Aufdruck die Aura des Originals. Es gibt in dieser multiplen Serie gar kein Original oder nur Originale. Gleich den offiziellen Amtspässen sind sie seriell hergestellte Produkte, die sich jedoch verweigern zu identifikatorischen Unikaten zu werden.

Zdenek Felix schreibt in seinem Buch *Das Jahrhundert des Multiple*: „. . . es stellt sich heraus, dass diese Multiples zwar als Unikate existieren können, ihre Bedeutung und Kraft aber gerade aus der Tatsache ihrer Vervielfältigung, die zugleich eine gedankliche Vernetzung, eine die Einmaligkeit des Unikates sprengende Kommunikation herstellt, schöpfen. Das Multiple übernimmt in solchen Fällen die Rolle des Transmissionsriemens, mit dessen Hilfe Botschaften übertragen und Ideen vermittelt werden, ohne dass sich dabei die Aura des Originals störend ausgewirkt hätte."

Eberle überlässt seine Pässe dem Publikum. Sie sind käuflich zu erwerben, er gibt sie ab. Auch offizielle Pässe sind Ware und es ist bekannt, dass sich für genügend Geld jeder Pass kaufen lässt.

***Petra Gerschner** und **Michael Backmund** leben in München und bilden ab dieser Ausgabe die Bildredaktion von* Fantômas



Der Künstler und Drucker **Bernhard Eberle** lebt und arbeitet in München. „Meine Arbeiten sprechen von der Beseelung des Alltags", sagt Eberle. In seinen Grafiken und Papierobjekten kreist er um den Verlust und die Wiedergewinnung der menschlichen Würde; der Mensch auf der Flucht ist dabei ein wiederkehrendes Motiv. Die „Reisepässe" druckt und verbreitet er seit dem Jahr 2002 in unlimitierter Auflage als work in progress. Sie waren seither in Ausstellungen als 300 bis 500-teilige Wandarbeiten zu sehen. Die Pässe sind auf der Rückseite vom Künstler signiert und kosten pro Stück 7.50 Euro plus Versand. Zu beziehen über Bernhard Eberle. Telefon/Fax: 089/441 42 804 oder email: strangfeld.eberle@web.de

Hier gibt es FANTÔMAS und *ak!*

Berlin
- Argument Buchladen, Reichenberger Str. 150
- b_book, Lübbener Str. 11
- Buchhandlung Turmstraße, Turmstr. 4
- Der kleine Buchladen, Weydinger Str. 14-16
- Infoladen Daneben, Liebigstr. 34
- Kisch & Co., Oranienstr. 25, 10999 Berlin
- Kopierladen M 99, Manteuffelstr. 99
- O 21, Oranienstr. 21
- Schwarze Risse, Kastanienallee 85
- Schwarze Risse, Gneisenaustr. 2a
- pro qm, Alte Schoenhauser Str. 48

Bielefeld
- Eulenspiegel, Hagenbruchstr. 7

Bochum
- Notstand Büchertisch u. Archiv, Uni Bochum

Bonn
- Buchladen 46, Kaiserstr. 46
- Le Sabot, Breite Str. 76

Braunschweig
- Guten Morgen Buchladen, Bültenweg 87

Bremen
- Buchladen im Ostertor, Fehrfeld 60
- Buchcafé Andere Seiten, Brunnenstr. 15/16
- Infoladen Bremen, St. Pauli Str. 10-12

Darmstadt
- Buchladen, Lauteschlägerstr. 18

Dortmund
- Buchhandlung Litfass, Münsterstr. 107
- Taranta Buba, Humboldtstr. 44

Düsseldorf
- Buchladen Bibabuze, Aachener Str. 1
- Büro für ständige Einmischung, Corneliusstr. 108

Duisburg
- Buchhandlung Weltbühne, Gneisenaustr. 226

Essen
- Heinrich-Heine-Buchhandlung, Viehofer Platz 8

Erfurt
- Bahnhofsbuchhandlung

Flensburg
- Carl von Ossietzky-Buchhandlung, Heiligengeistgang 9

Frankfurt a.M.
- Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23
- Infoladen Exzess, Leipzigerstr. 91
- Karl Marx Buchhandlung, Jordanstr. 11
- Uni Buch, Jügelstr. 1
- Land in Sicht, Rotteckstr. 13
- Ypsilon Buchladen, Berger Str. 18
- Bahnhofsbuchhandlung

Freiburg i.Br.
- Buchladen Jos Fritz, Wilhelmstr. 15
- Bahnhofsbuchhandlung

Giessen
- Infoladen, Alter Wetzlarer Weg 44

Göttingen
- Buchladen Rote Strasse, Nikolaikirchhof 7

Hagen
- Buchladen Quadrux, Lange Str. 21

Hamburg
- Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55
- Buchladen in der Osterstrasse, Osterstr. 171
- Buchhandlung Nautilus, Friedensallee 7-9
- Heinrich-Heine-Buchhandlung, Grindelallee 28
- Rasta Village, Nernstweg 10
- Schwarzmarkt, Kl. Schäferkamp 46
- Tabakladen, Spritzenplatz

Hanau
- Buchladen, Am Freiheitsplatz 6

Hannover
- Asta Uni Hannover, Welfengarten 1
- Buchladen Annabee, Gerberstr. 6

Heidelberg
- Bahnhofsbuchhandlung
- Infoladen im Gegendruck, Fischergasse 2

Herford
- Provinzbuchladen, Hämelinger Str. 22

Karlsruhe
- Bahnhofsbuchhandlung, Bahnhofsplatz 1
- Der andere Buchladen, Marienstr. 15

Kiel
- Buchladen Zapata, Jungfernstieg 27

Köln
- Bunt Buchhandlung, Ehrenstr. 86
- Der andere Buchladen, Weyertal 32

Lübeck
- Infoladen Lübeck, Willy-Brandt-Allee 9

Mannheim
- Der andere Buchladen, M2, 1
- Bahnhofsbuchhandlung

Marburg
- Buchladen Roter Stern, Am Grün 28

München
- Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41b-43

Münster
- Buchladen Rosta, Ägidiistr. 12
- Infoladen Bankrott, Dahlweg 64
- Umweltzentrum, Scharnhorststr. 57

Nürnberg
- Bahnhofsbuchhandlung
- Bücherkiste, Schlehengasse 6

Oldenburg
- Buchhandlung Carl von Ossietzky, Marktstr. 24

Osnabrück
- Infoladen Zett, Alte Münze 12

Paderborn
- Infoladen Paderborn, Borchenerstr. 12

Potsdam
- Buchladen Sputnik, Charlottenstr. 28

Ravensburg
- Kulturladen Karacho, Bachstr. 27

Recklinghausen
- Attatroll, Paulusstr. 2

Saarbrücken
- Der Buchladen, Försterstr. 14

Siegen
- Bücherkiste, Bismarckstr. 3

Stuttgart
- Infoladen Ludwigstraße 110a

Trier
- Buchladen Gegenlicht, Glockenstr. 10

Tübingen
- Der faire Kaufladen, Marktgasse 13

Weimar
- Bahnhofsbuchhandlung

Wiesbaden
- Cafe Klatsch, Marcobrunnerstr. 9

Würzburg
- Buchladen Neuer Weg, Sanderstr. 23/25

Wuppertal
- Autonomes Zentrum, Markomannestr. 3

***ÖSTERREICH*, Wien**
- Infoladen Zehn, Wielandgasse 2-4

***SCHWEIZ*, St. Gallen**
- Comedia, Katharinengasse 20

Zürich
- Buchhandlung am Helvetiaplatz, Stauffacherstr. 60
- TAT und RAT, Roeschibachstr. 69

***SCHWEDEN*, Stockholm**
- Bokhandeln Info, Tjärhovsgatan 44

***NIEDERLANDE*, Amsterdam**
- Het Fort van Sjakoo, Jodenbreetstraat 24

Groningen
- Boekhandel Rosa, Folkingedwarstraat 16A

Utrecht
- De Rooie Rat, Oudegracht 65

Jahresabo: 2 x FANTÔMAS und 11 x *ak*

O **3 Ausgaben von *ak* für nur 5 €!** (Schein beilegen oder überweisen)
(wenn nicht nach Erhalt der zweiten Ausgabe gekündigt wird, wird dieses Angebot automatisch zum Jahresabo)

Ich will ***ak*** im Abonnement beziehen.

Aboart	**halbjährlich**	**jährlich**
Normalabo (Inland)	O € 27,-	O € 53,-
Normalabo (Europa)	O € 32,-	O € 63,-
Förderabo	ab O € 43,-	ab O € 85,-

(Luftpostzuschlag auf Anfrage)

für Menschen mit geringem Einkommen

Sozialabo	O € 19.-	O € 37.-

Zahlungsweise:

O Ich fülle die Einzugsermächtigung aus und lasse das Geld abbuchen

O Ich zahle nach Erhalt der Rechnung per Überweisung auf das Konto a·k·i, Verlag für analyse, kritik und information GmbH Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto 788 836-202

Das Abonnement ist bis spätestens zwei Wochen vor dem Ablauf des Bezugszeitraumes schriftlich kündbar. Ich weiß, daß ich diese Bestellung binnen 14 Tagen (Poststempel) bei analyse & kritik widerrufen kann.

....
Ort, Datum Unterschrift

AbsenderIn: ....
....
....
....

An
analyse & kritik
Rombergstraße 10
20255 Hamburg

Einzugsermächtigung

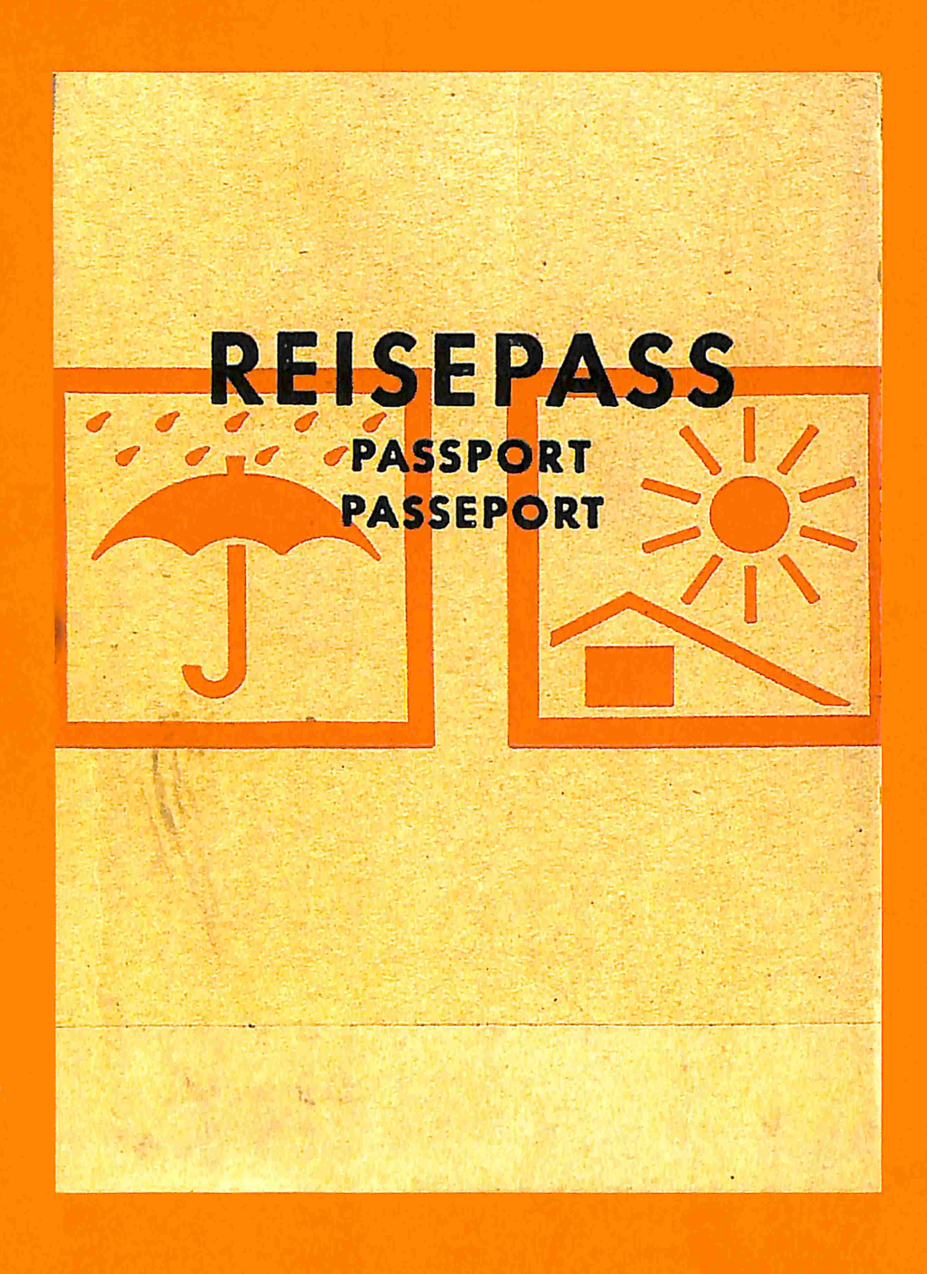
Hiermit ermächtige ich a·k·i, Verlag für analyse, kritik und information GmbH, Hamburg, den von mir zu entrichtenden Abonnementspreis für die Zeitung ***ak*** bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos

Kto.Nr. BLZ

bei der

mittels Lastschrift einzuziehen.

.... , den ....
Unterschrift



REISEPASS
PASSPORT
PASSEPORT

Herausgeber: Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik e.V.

Druck und Verlag: analyse + kritik, Rombergstr. 10, 20255 Hamburg

Tel. Redaktion/Verlag: 040-401 701 74
Tel. Aboverwaltung: 040-401 701 73
Fax: 040-401 701 75

E-Mail: fantomas@akweb.de
Internet: www.akweb.de

Redaktion: Erika Feyerabend, Stefanie Graefe, Moe Hierlmeier, Thomas Seibert, Georg Wißmeier

Bildredaktion: Petra Gerschner, Michael Backmund

Titelgestaltung und Bildkonzeption: Thomas Böck, Petra Gerschner, Michael Backmund

V.i.S.d.P.: G. Wißmeier, Verlagsanschrift

Fantômas erscheint halbjährlich.

Einzelpreis: 4,50 €

Auflage dieser Ausgabe: 2.800
Die nächste Ausgabe von *Fantômas* erscheint Mitte Oktober 2004. Anzeigenschluss: 20. September
Anzeigenpreisliste bitte über die Redaktionsadresse anfordern.

Abonnement: 2 Ausgaben *Fantômas* und 11 Ausgaben *ak* – analyse + kritik. Jahresabo 53 €. Förderabo jährlich 85 €. Sozialabo jährlich 37 €. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt erfolgt keine Entschädigung.

Bankverbindung: aki-Verlag für analyse, kritik und information GmbH, Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Kt.-Nr. 788 836-202

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt wird. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

+++ **dank an** +++ thomas atzert +++ frauke banse +++
martin glasenapp +++ hans-hermann +++ dirk hauer +++ kathrin herold
+++ ib. +++ jo +++ renate +++ michael sander +++ th. +++ norbert +++
nicole vrenegor +++ unsere autorinnen und autoren